



Bericht

der Landesregierung

Bericht zur politischen Bildung 1998

Landtagsbeschluß vom 26. März 1998 – Drucksache 14/1390

Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung
und Kultur

Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitung**
- 2. Herausforderungen, Aufgaben und Ziele politischer Bildung**
- 3. Politische Bildung in der Schule**
 - 3.1 Schüleraktivitäten und -initiativen
 - 3.2 Stärkung der Eigenverantwortung
 - 3.3 Lehrplanreform und ihre Auswirkungen in Grundschule und Sekundarstufe I
 - 3.4 Politische Bildung in der Sekundarstufe II
 - 3.5 Medienkompetenz
 - 3.6 Thematische Schwerpunkte: Europa, Umweltbildung, Interkulturelles Lernen, Projekte und Programme, Integration statt Ausgrenzung
 - 3.7 Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung durch das Institut für Praxis und Theorie der Schule
- 4. Außerschulische politische Jugendbildung**
 - 4.1 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
 - 4.2 Kommunalwahlalter 16
 - 4.3 Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt
 - 4.4 Maßnahmen zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweise
 - 4.5 Mädchenarbeit als politische Bildung
 - 4.6 Internationale Jugendarbeit
 - 4.7 Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit
 - 4.8 Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)
- 5. Politische Weiterbildung**
 - 5.1 Überblick und Perspektiven der politischen Bildung Erwachsener
 - 5.2 Bildungsfreistellung
 - 5.3 Volkshochschulen
 - 5.4 Heimvolkshochschulen, Träger und Einrichtungen
 - 5.5 Parteinahе Träger und Einrichtungen politischer Bildung
 - 5.6 Thematische Schwerpunkte:
Europa, Umwelt, Ausländer- und Spätaussiedlerarbeit, Frauen
- 6. Hochschulen und Forschung**
- 7. Landeszentrale für politische Bildung**

Demokratie ist keine Festansprache für besondere Anlässe, sondern eine Frage der täglichen Mitbestimmung. Deshalb geht es um das Erlernen von Demokratie nicht nur als politisches System, sondern als alltägliche Lebensform.

Dieter Tiemann

1. Einleitung

Mit dem Beschluß zur Fortschreibung des Berichts zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein 1994 hat der Landtag in seiner Debatte eine Reihe von Einzelgegenständen und Vorhaben angesprochen, die sich zusammenfassen lassen in den großen Themen- und Aufgabenstellungen politischer Bildung insgesamt. Anders als im sehr breit angelegten Bericht aus dem Jahre 1994, dem ein sehr differenzierter Fragenkatalog des Schleswig-Holsteinischen Landtags zugrunde lag, wird im vorliegenden Bericht neben den Leistungen der verschiedenen an politischer Bildung mitwirkenden Institutionen insbesondere auf die im Landtag genannten zentralen Aufgaben politischer Bildung eingegangen. Hierzu gehören:

- Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten bei wachsender Komplexität und Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,
- Individualisierung der Lebensgestaltung mit Wandel von Werten, Orientierungsproblemen bei Jugendlichen und teilweiser Politikabstinenz,
- Schutz der Umwelt in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung,
- Überwindung von Ausgrenzung sowie die kulturell-politische Integration im Zuge von Zuwanderung und Zuwanderungsbestrebungen,
- Extremismus und Gewalt als Bedrohung demokratischer und rechtsstaatlicher Lösung von Konflikten,
- wachsende Abhängigkeit von Informationen bei gleichzeitig zunehmender medialer Vermittlung von Wirklichkeit im allgemeinen und Politik im besonderen,
- Prozeß der europäischen Einigung sowie Überwindung der Kluft zwischen Ost und West.

Neben diesen herausragenden Aufgaben besteht der hauptsächliche Auftrag für politische Bildung nach wie vor darin, Grundelemente unserer pluralen Gesellschafts-

ordnung und des demokratischen Verfassungsstaates einsichtig zu machen. Es ist offenkundig, daß die für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft erforderlichen Kompetenzen sich nicht allein auf Kenntnisse über das politische System und seine Institutionen beschränken. Notwendig sind ebenso Wissen über den Ablauf politischer Prozesse und die Alltagswirklichkeit von Politik, Einstellungen, wie die Bereitschaft, unterschiedliche Meinungen und Werte in einer pluralistischen Gesellschaft zu dulden, sich an der Austragung von Konflikten zu beteiligen und Kompromisse zu schließen, wie auch inhaltliche Ansprüche und Gestaltungskompetenzen zur Nutzung von Beteiligungschancen.

Auch wenn der Gegenstand der politischen Bildung nicht beliebig sein kann, sondern letztlich auf Themenstellungen im staatlichen Bereich und im öffentlichen Leben ausgerichtet ist, so umfassen doch die Themen politischer Bildung ein weites Spektrum. Abzugrenzen ist allerdings politische Bildung als organisiertes Lernen, das in diesem Bericht im Mittelpunkt steht, von der politischen Information, etwa durch Presse, Funk und Fernsehen sowie Literatur, deren Beiträge zur politischen Orientierung unumstritten sind, die hier jedoch nicht als Bildungsprozesse im engeren Sinne verstanden werden sollen.

2. Herausforderungen, Aufgaben und Ziele politischer Bildung

Schulen, Hochschulen, Institut für Praxis und Theorie der Schule und Landeszentrale für politische Bildung, aber auch die vom Land geförderten Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die freien Träger, Vereine, Gewerkschaften und Verbände bieten beträchtliche und aner kennenswerte Leistungen für politische Grundbildung und die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen der Politik und gesellschaftlichen Herausforderungen. In den vergangenen vier Jahren wurden die Leistungen des Landes gezielt ausgebaut; besonders hervorzuheben sind die Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe II der Gymnasien und Gesamtschulen, die Auseinandersetzung mit den neuen Medien und die neuen Lehrpläne sowie die verstärkte Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Herausragendes Ziel der Landesregierung ist unverändert die Überwindung von Gleichgültigkeit, Unverständnis oder Argwohn gegenüber Politik sowie der Ausbau von Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Bericht zur politischen Bildung 1994).

Extremismus bekämpfen, Vertrauen in die Demokratie stärken

Die Herausforderung durch den Extremismus erscheint zwar gegenwärtig als weniger gravierend, doch läßt sich die Einflußsphäre extremistischer Bestrebungen nur schwer quantifizieren, etwa anhand zurückgegangenen Wählerzuspruchs für extremistische Parteien. Extremistische Bestrebungen können jedoch, abhängig von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen, sowohl partiell sympathisierende Einstellungen in der Bevölkerung aktivieren als auch den Protest gegen aktuelle Politik für sich nutzen und ihre politische Bedeutung dann sprunghaft vergrößern. Für den Bereich des Rechtsextremismus belegen Untersuchungen (vgl. Silbermann/Hüsters 1995, Falter 1994), daß über 5% der bundesdeutschen Bevölkerung stark fremdenfeindlich eingestellt sind, weitere 10% zeigen überdurchschnittlich hohe fremdenfeindliche Haltungen. Festgefügte rechtsextremistische Weltbilder weisen ungefähr 5% der Bevölkerung auf, weniger festgefügte rechtsextremistische Weltanschauungen finden sich immerhin bei 17%. Insbesondere junge Menschen, so die aus wissenschaftlichen Studien, aktuellen Wahlergebnissen und Veränderungen der Mitgliederstrukturen von Parteien abzulesende Tendenz, neigen zunehmend zu rechtsextremistisch orientierten politischen Handlungsmustern. Ausländerfeindlichkeit macht vor den Toren demokratischer Großorganisationen nicht halt: So kann sich laut einer Studie von Infratest/dimap im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks jedes 3. Gewerkschaftsmitglied im Alter von 18 bis 24 Jahren „sicher“ oder „vielleicht“ vorstellen, eine rechtsextremistische Partei zu wählen.

Verschiedene Studien über Einstellungen und Orientierungen von Jugendlichen in den letzten Jahren zeigen, daß die Distanz zu Parteien und Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden zugenommen hat (vgl. insbes. 12. Shell-Jugendstudie, 1997). Das Vertrauen in die politische Gestaltung und in die Gestaltungsfähigkeit droht zunehmend verloren zu gehen. Indizien hierfür sind sowohl Ergebnisse repräsentativer Untersuchungen (vgl. Jugendstudie von EMNID im Auftrag des SPIEGEL

Ende 1994), nach denen 75% der befragten Jugendlichen sich nicht vorstellen können, irgendwann für ein politisches Amt zu kandidieren, als auch die zum Teil äußerst niedrige Wahlbeteiligung von Jugendlichen. Während immerhin 51,6% der 16- bis 20jährigen an den Kommunalwahlen 1998 teilgenommen haben, waren es bei den 21- bis 24jährigen lediglich 38,3% (Beteiligung insgesamt: 60,1%, vgl. auch Abschnitt 4.2). Und 69% der befragten jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren erklärten in der EMNID-Studie, daß für sie eine Mitgliedschaft in einer politischen Partei nicht in Frage komme.

Diese Signale könnten darauf hindeuten, daß das Hineinwachsen Jugendlicher in das gesellschaftliche System gestört ist. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, diese Entfremdung der Jugend von gesellschaftlichen Institutionen allein auf wachsende Orientierungslosigkeit und den Verfall traditioneller Werte zurückzuführen. Denn die Studien der letzten Jahre zeigen auch, daß Jugendliche in der Regel gut Bescheid wissen über globale Zukunftsprobleme und die Krisen unserer Gesellschaft. Immerhin halten der EMNID-Studie zufolge rd. 90% Demokratie für etwas Wertvolles und 80% der Befragten sind der Meinung, daß unsere Gesellschaftsordnung es wert ist, verteidigt zu werden. Die Bereitschaft zum Engagement läßt sich auch daran ablesen, daß 59% der Aussage zustimmen, daß alle Jugendlichen für ein Jahr der Gesellschaft dienen sollten, etwa in Krankenhäusern, Altenheimen, im Naturschutz oder in der Bundeswehr.

Ausweitung von Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten

Die Landesregierung hat mit ihrer Politik der Ausweitung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bundesweit Meilensteine gesetzt. Mit ihrer Demokratiekampagne setzt sie auf die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensräume. Dabei werden nicht nur Ideenreichtum und Begeisterungsfähigkeit genutzt, sondern durch Selbsttun und praktische Erfahrungen lernen Kinder und Jugendliche politische Prozesse und Chancen ihrer Beeinflussung kennen. Diesen Weg wird die Landesregierung konsequent fortsetzen.

Für Jugendliche, wie auch für Erwachsene, ist die Ausweitung von Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Entwicklung unserer pluralen Demokratie von entscheidender Bedeutung. Über die im Bericht zur politischen Bildung 1994 ge-

nannten umfangreichen Maßnahmen zur Erweiterung der direkten und kommunalen Demokratie hinaus haben Landesregierung und Landtag in den vergangenen Jahren weitere grundlegende Demokratieelemente verwirklicht. Hierzu gehören die Direktwahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. Landräte, die die Volksabstimmungsinstrumente auf der kommunalen Ebene ergänzt, die Erweiterung des Wahlrechts auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Jugendliche ab 16 sowie erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an der Schulgestaltung.

In bezug auf die Städte und Gemeinden setzt die Landesregierung auf eine langfristig angelegte Akzeptanzstrategie; zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Vorhaben zwar Planungsprozesse komplexer macht, aber durch bessere Anpassung an die Bedürfnisse, etwa beim Bau von Spielgeländen, Qualität gesteigert und Kosten gesenkt werden können. Diese willkommenen Nebenwirkungen sind jedoch nicht das wichtigste Motiv. Das Prinzip „Beteiligung“ ist ein jugendpolitisches Instrumentarium, mit dem demokratische und rechtsstaatliche Verfahren in einer pluralen Gesellschaft verankert werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten ist eine Schlüsselentscheidung der Gesellschaft. Hier entscheidet sich, ob so früh wie möglich die Auseinandersetzung mit eigenen und anderen Interessen, subjektiven Ansprüchen und übergreifenden Gemeinschafts- und Gesellschaftsinteressen praktiziert und geübt werden kann. Hier entscheidet sich auch, wie eine demokratische Gesellschaft an der Weiterentwicklung ihrer Grundlagen arbeitet. Mitbestimmung darf deshalb nicht eine Ausnahme im Leben von Kindern und Jugendlichen sein, sondern ein durchgängiges Prinzip. Diese Zielsetzung wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Verantwortung für die politische Jugendbildung mit Nachdruck weiter verfolgen.

Der Schule mit ihrer Möglichkeit bewußter Erziehung kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Nur hier begegnen sich alltäglich Heranwachsende aus allen Bevölkerungsgruppen, nur hier werden alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Die Erwei-

terung von Eigenständigkeit und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Verbindung mit den neuen Lehrplänen hat der Schule neue Perspektiven politischer Bildung eröffnet.

Toleranz und Überwindung von Ausgrenzung statt Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt hat die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen fortgesetzt bzw. neu initiiert, die durch verschiedene Institutionen getragen werden und an verschiedenen Problempunkten ansetzen. Dies reicht von der Aktion „Sport gegen Gewalt“ über Schulprogramme und -projekte mit entsprechender Weiterbildung von Lehrkräften sowie der Verankerung interkulturellen Lernens in den Lehrplänen bis hin zum Angebotsschwerpunkt der Landeszentrale für Politische Bildung und Seminaren für Zuwanderer. Wichtigstes Ziel ist die Überwindung von Ausgrenzung und die Förderung von Verständigungsprozessen. Ausgerichtet an der liberalen und pluralistischen Demokratie mit ihrem Prinzip gleicher Rechte und Freiheiten kommt es darauf an, die gesellschaftliche Differenzierung und Pluralisierung als Ergebnis unumkehrbarer gesellschaftlicher Entwicklungen zu begreifen und die neue Vielfalt als Chance für neue Formen sozialen Engagements und Solidarität zu verstehen, auch wenn hiermit teilweise größere Orientierungsschwierigkeiten für die Einzelnen verbunden sein können. Die aktive Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität von Individualisierung, Pluralisierung der Lebenswelten und Globalität müssen ins Zentrum einer politischen Bildung rücken, die einen substantiellen Beitrag zur demokratischen Kultur leisten will.

Politische Bildung und europäische Integration

Dieses Ziel kennzeichnet auch ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld der politischen Bildung, die europäische Integration. Auf das Zusammenwachsen Europas reagieren Bürgerinnen und Bürger mit Erwartungen und Hoffnungen, mit Fragen und Forderungen, teilweise aber auch mit Unsicherheit, Vorurteilen und Ängsten. Dies gilt gerade für aktuell diskutierte Themen der „europäischen Tagesordnung“ wie Währungsunion, Osterweiterung oder Agrarreform. Die Begleitung des Prozesses der Europäischen Integration mit Aufklärung und Informationen ist daher wesentliche Aufgabe aller europapolitischen Akteure und wird als eine grundsätzliche Anforderung von Schulen und Trägern politischer Bildung wahrgenommen.

In Schleswig-Holstein als „Drehscheibe im Ostseeraum“ bieten sich hervorragende Möglichkeiten, die Position und die Vorteile eines Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger innerhalb eines Europa der Regionen anschaulich zu machen. Wenn Geschichte, institutionelle und politische Zusammenhänge transparent, aber auch die eigene Rolle und Einflußmöglichkeiten innerhalb europäischer Strukturen erkannt und genutzt werden, erhöht sich die Chance, daß die Bürgerinnen und Bürger Europa nicht als abstraktes, unverständliches oder gar bedrohliches Gebilde, sondern als Chance für ein dauerhaftes, friedliches und soziales Miteinander begreifen. Die Aktivitäten der verschiedenen Ressorts zur Förderung dieser „europäischen Dimension“ der politischen Bildung sind Ausdruck wachsender Bedeutung dieses Themas für die Gestaltung fast aller Politikfelder.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Armut, Hunger und Elend in der Welt wachsen. Das Ökosystem Erde ist bedroht. Viele Millionen Menschen sind auf der Flucht, weil sie Schutz vor Umweltkatastrophen, Kriegen, Bürgerkriegen und Verfolgung suchen oder Armut und Hunger entfliehen wollen. Frieden und Sicherheit sind in vielen Regionen der Welt nicht gewährleistet. Zur Überlebenssicherung ist die Förderung einer nachhaltigen - auf Dauer sozial und ökologisch verträglichen, mit anderen Worten: zukunftsfähigen - Entwicklung überall auf der Welt notwendig. Die Landesregierung mißt der „Eine-Welt-Politik“ in Schleswig-Holstein einen steigenden politischen Stellenwert bei und fördert dementsprechend Projekte, die in Schleswig-Holstein ein breiteres Bewußtsein für die globalen Friedens- und Entwicklungsprobleme schaffen und die Bereitschaft stärken, an Veränderungen in Nord und Süd mitzuwirken. Ein „Kleinprojektfonds“ fördert seit 1996 die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit entwicklungspolitischer Initiativen; zwei Eine-Welt-Informationsstellen - in Mildstedt/ Nordfriesland und Lübeck - werden seit 1997 gefördert; die Zeitschrift: „Weltsicht - Weitsicht“, das Forum der entwicklungspolitischen Initiativen in Schleswig-Holstein, bekommt einen jährlichen Zuschuß und mehrere Aufführungen multimedialer „Erkundungen“ in Mexico, Indien und Tansania des „Pan-Theater“ in schleswig-holsteinischen Schulen wurden durch finanzielle Zuwendungen ermöglicht.

Das Motto „Global denken - lokal handeln“ fordert neben fundierten Weltkenntnissen die Bereitschaft und Fähigkeit zu praktischem Handeln. Deshalb versteht die Landesregierung auch die Förderung von Projektpartnerschaften zwischen entwicklungspolitischen Initiativen in Schleswig-Holstein und Selbsthilfeinitiativen in Afrika, Asien und Lateinamerika als einen Beitrag zur politischen Bildung. Denn kontinuierliche Entwicklungspartnerschaft ermöglicht lebensnahe Information über Entwicklungsprobleme in Nord und Süd und gemeinsame Lernprozesse zur Lösung globaler Herausforderungen. Für die Unterstützung solcher Projektpartnerschaften stehen im Landeshaushalt ca. 250 TDM zur Verfügung.

Auf Einladung des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten haben Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildungsinstitutionen, Kirchen, entwicklungspolitischen Initiativen und Landtag mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachressorts der Landesregierung in einem workshop Informationen und Erfahrungen zum Thema „Globale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Agenda 21-Umsetzungsprozesses in Schleswig-Holstein“ ausgetauscht und Möglichkeiten ausgelotet, wie die Programme und Potentiale der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zu einem Konzept schleswig-holsteinischer Eine-Welt-Politik zusammengeführt werden können. Die Ergebnisse fließen in ein Konzept für eine Eine-Welt-Politik in Schleswig-Holstein ein, in dem „globales Lernen“ in Schule und allen anderen Lebensbereichen eine zentrale Bedeutung haben.

„Agenda 21“

Das in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Aktionsprogramm „Agenda 21“ verbindet die Zielsetzungen ökologische Tragfähigkeit, ökonomische Zukunftsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit. Die Umsetzung dieses Leitbildes der Nachhaltigkeit ist eine bedeutsame Aufgabe für Schleswig-Holstein, die mit dem Leitziel der Regierungserklärung für eine ökologische Modernisierung korrespondiert. Die „Agenda 21“ fordert alle gesellschaftlichen Akteure auf, sich aktiv für ein nachhaltiges Handeln in allen Bereichen einzusetzen. Die Aufgabenstellung der „Agenda 21“ beschränkt sich nicht auf umweltpolitische Fragestellungen, vielmehr sind alle Politikbereiche, alle staatlichen Ebenen und jede Einzelperson aufgefordert, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als Gestaltungsaufgabe anzunehmen und aktiv aufzugreifen. Die Vermitt-

lung eines Verantwortungsbewußtseins für ein nachhaltiges Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen, ein Fitmachen für Partizipationsprozesse und Vernetzungen der hierzu getroffenen Maßnahmen sind deshalb eine bedeutsame und zukunftsweisende Aufgabe der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

Aufgrund der großen Bedeutung dieses Themas sind die neuen Schullehrpläne in einem ihrer zentralen Problembereiche auf die Einsicht in den Wert der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet (Kernproblem 2: „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“). Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern Verantwortungs- und Handlungsräume zu eröffnen.

Eine Arbeitsgruppe „Agenda 21“ unter der Federführung des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten strukturiert den Umsetzungsprozeß, setzt Schwerpunkte in den Bereichen Klimaschutz, Wohnen/Stadtentwicklung, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr und Ökologisierung des Wirtschaftens und ordnet Ziele und Maßnahmen einander zu. Die AG „Agenda 21“ wird 1999 einen Zwischenbericht zur Evaluierung des Umsetzungsprozesses erstellen. Ein „Agenda 21“-Büro bei der Akademie für Natur und Umwelt in Neumünster dient als Zentrum für einen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Vernetzung der Agenda-Aktivitäten.

Kunst und Kultur als Element und Zugangsweg politischer Bildung

Kunst und Kultur bilden Zugangswege und Gegenstände der politischen Bildung. Sie sensibilisieren die Wahrnehmung, sie eröffnen neue Perspektiven, sie schauen über den Tag hinaus, sie machen Diskursangebote. In allen Bereichen der kulturellen Aktivitäten spielen das demokratische Gemeinwesen und seine Wurzeln eine Rolle. Kulturpolitik und Kulturförderung sind an der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Normen und Werten und ihrem jeweiligen Stellenwert in einem pluralen Gemeinwesen orientiert. Die künstlerischen Felder Musik, Theater, Kunst und Literatur sind in der Wahrnehmung ihrer Freiheitsrechte Gradmesser für die Qualität einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sie enthalten utopisches Potential, das auch für politische Bildungsprozesse formbildend wirkt.

Neben dem professionellen künstlerischen Schaffen hat das kulturelle Laienschaffen eine ausgesprochen gesellschaftsbindende Wirkung. Alle Menschen benötigen Foren kultureller Äußerung, sie müssen sich ihrer Sprache und Ausdrucksmöglichkeiten

bedienen können. Wird ihnen der Zugang zu solchen Möglichkeiten verwehrt, kann das bis zu Gewaltäußerungen führen. Auch Jugendkultur enthält unter diesem Aspekt politischen Bildungsgehalt. Das gilt auch für die Kultur von Minderheiten, Migrantinnen und Migranten sowie Ausländerinnen und Ausländern. Gerade subkulturelle Milieus bedürfen der Aufmerksamkeit und Toleranz, wo immer möglich sollten sie spezifische Förderung erfahren, wo gegenwärtig noch der Überwachungsgedanke vorherrscht.

Einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung bilden Filme. Sowohl im Spiel- als auch im Dokumentarfilmbereich werden Spiegel unserer Wirklichkeit produziert, die Einstiegsmöglichkeiten für politische Bildung ermöglichen, beispielsweise der vom Land geförderte Film „Aus Tibet - Ein Heimatfilm“.

Theater dienen einer multimedialen politischen Bildung, die über Ereignis und Erlebnis bilden will, nicht nur über Vortrag, Buch und Text. Die Soziokultur ist schon von der Definition her ein kultureller Erlebnis- und Erfahrungsbereich, der sich verpflichtet sieht, aktuelle gesellschaftliche Problemlagen und kulturelles Schaffen miteinander zu verbinden. So sind die soziokulturellen Zentren beispielsweise die aktivsten Foren für das tolerante Neben- und Miteinander verschiedener Kulturen. Erlebbarer Solidarität und Brückenbau gegenüber Fremdheit gehören zu den zentralen Zielkategorien der Soziokultur, die gerade auch hierfür gefördert wird.

Kulturelle Maßnahmen im internationalen Bereich sind häufig Ansatzpunkte für politische Bildung. Ars Baltica ist in vielen Facetten eine Begegnung mit unseren Nachbarn und deren künstlerischer Produktivität. Die Ausstellungen über baltische Fotokunst oder über zwei Dekaden St.Petersburger Kunst sind „Fenster“ in die Mentalitäten unserer Ostseepartner.

Das neue Volkskundemuseum auf dem Hesterberg in Schleswig spiegelt andere Kulturen und unsere eigene Vergangenheit als andere Kultur. Das Wissen über unsere vergangene Alltagswelt ist ein hervorragendes Anschauungsmaterial, die eigene Welt in einer anderen Perspektive wahrzunehmen. Auch das volkskundliche Freilichtmuseum in Molfsee oder das Museum in Meldorf, mit dem Schwerpunkt Landwirtschaftsgeschichte, ermöglichen für Kinder und Erwachsene einen Blick auf frühere Lebenswelten, die unsere eigene aktuelle gesellschaftliche Wirklichkeit beurteilen helfen.

Diese Möglichkeiten, seine eigenen Lebenswelten als relativ zu betrachten, ist eine wichtige didaktische Voraussetzung für Entwicklungshandeln von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Auch das Kennenlernen vergangener Gesellschaftssysteme, wie bspw. des Feudalismus, wie in der großen Barockausstellung im Landesmuseum Schloß Gottorf zu erleben war, bietet Material für politische Bildung und wird durch Schulen mit Unterstützung der museumspädagogischen Dienste wahrgenommen.

Medienkompetenz

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Die Landesregierung ist dabei, die Grundlagen für eine ökonomisch erfolgreiche, sozial, kulturell und ökologisch verträgliche und möglichst gewinnbringende Entwicklung zu legen. Hierzu gehören neben einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Herausforderungen der Informationsgesellschaft und einem Ausbau der Infrastruktur die Vermittlung von Medienkompetenz. Bildungswesen, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft - alle Lebensbereiche unterliegen massiven Veränderungen und müssen darauf aktiv reagieren und gestaltend Einfluß nehmen.

Medienkompetenz umfaßt zum einen die Kenntnis der Technik und ihrer Produkte als Voraussetzung für die Handhabung in Freizeit und Beruf, zum anderen die Fähigkeit zum kritischen Umgang mit Medieninhalten und den Wirkungen von Medien. Ziel der Landesregierung ist die Vermeidung einer Spaltung in diejenigen, die ohnehin gut ausgebildet und informiert sind und das immer breitere Informationsangebot gezielt für ihre Bedürfnisse nutzen, und diejenigen, die keine Möglichkeiten haben, die Informationsflut konstruktiv für sich zu nutzen und ihre Wirklichkeit allein aus medialen Scheinwelten gewinnen.

Zur Verwirklichung einer humanen Informationsgesellschaft hat die Landesregierung zunächst bei den Schulen durch die Gemeinschaftsinitiative „Schulen ans Netz“ angesetzt. Als RISI-Modellregion in Europa (Regional Information Society Initiative) wird Schleswig-Holstein Leitprojekte für die weitere Entwicklung in Richtung auf die Förderung eines kreativen und selbstbestimmten Umgangs mit den neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien verwirklichen.

Über Kinder und Jugendliche hinaus geht es um diejenigen, die weitgehend ohne moderne Informations- und Kommunikationstechnik aufgewachsen sind. Für die Fortbildung in Medienkompetenz sind viele verantwortlich: Schulen, Hochschulen, Träger und Einrichtungen der Weiterbildung, Landesmedienanstalten, Rundfunkanstalten und die Medienwirtschaft selbst. Die Landesregierung strebt an, alle Akteure für eine gemeinsame Strategie für eine Erweiterung der Medienkompetenz zu gewinnen. Ziel ist der Ausbau von Angeboten für verbesserte Kompetenz der Nutzerinnen und Nutzer, von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Umgang mit Medien und Telekommunikationsdiensten, insbesondere die erweiterte Beteiligung bislang noch fernstehender Gruppen.

Landtag

Mit gezielten Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit trägt der Landtag zum Gesamtangebot politischer Weiterbildung bei. Neben Veröffentlichungen zur Information über die Arbeit des Landtags werden Foren („Deutsch-russische Beziehungen“, Jugendforen), Ausstellungen, Gesprächsrunden und Messestände organisiert. „Jugend im Landtag“ und „Senioren-/Altenparlament“ sind nach Form und Inhalt Veranstaltungen, die Kenntnisse über parlamentarische Verfahren und Abläufe mit praktischen Erlebnissen vermitteln, mithin originäre politische Bildung. Im Bereich organisierter politischer Bildung sticht das Besucherprogramm heraus, das über Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise des Landtages informiert. Insgesamt rd. 41.300 Gäste haben in der 13. Wahlperiode (1992 bis 1996) hieran teilgenommen. Knapp die Hälfte davon stellten allgemeinbildende und berufsbildende Schulen.

Seminarveranstaltungen mit Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung ergänzen das Angebot der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit dem Institut für Praxis und Theorie der Schule. Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die Entwicklung und breite Nutzung interaktiver Medien zur Vermittlung eines modernen parlamentarischen Verständnisses (vgl. Abschnitt 3.7).

3. Politische Bildung in der Schule

Politische Bildung im Sinne der Vermittlung von Kompetenzen zur aktiven Teilhabe an der Gestaltung der mittel- und unmittelbaren Lebenswelt ist ein übergreifendes Unterrichtsprinzip. Dies gilt im besonderen Maße mit den neuen Lehrplänen für die Grundschule und die Sekundarstufe I. Da die neuen Lehrpläne prägend für die politische Bildung an Grund-, Haupt- und Realschulen wirken, werden im vorliegenden Bericht schulartspezifische Schwerpunkte weitgehend unter dem Leitthema der Lehrplanreform dargestellt, im übrigen wird auf den Bericht zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein 1994 verwiesen.

Den Schwerpunkt der Darstellung bilden unterrichtliche und über den Unterricht hinausreichende Themen und Gegenstände politischer Bildung. So enthalten interkulturelle Erziehung, Gewaltprävention, Arbeit gegen Rassismus und Extremismus ebenso Elemente politischer Bildung wie die Beteiligung an bundes- und europaweiten Programmen, z.B. Austauschmaßnahmen, Schulpartnerschaften, Schülerwettbewerbe „Politische Bildung“. Diese Programme, die Vorgaben der neuen Lehrpläne wie auch das geänderte Schulgesetz zielen insbesondere auch darauf, Schülerinnen und Schüler sowie deren Vertretungen aktiver als früher am Gestaltungsprozeß für Schulleben und Schulkultur, wie auch der Unterrichtsgestaltung selbst zu beteiligen.

Insofern verdient das sozialpolitische Engagement der Schülerschaft große Anerkennung, etwa die landesweit mit großem Anklang durchgeführten Aktionen „Schüler helfen leben“ u.a., worauf im folgenden gesondert eingegangen wird.

3.1 Schüleraktivitäten und -initiativen

Aus der Fülle von Aktivitäten und Initiativen von seiten der Schülerinnen und Schüler sollen im Folgenden beispielhaft einige überregionale Aktivitäten beschrieben werden.

„Schüler helfen leben“ (SHL)

Die Aktion der schleswig-holsteinischen Landesschüler/-innenvertretungen (LSV) „Schüler helfen leben“ (SHL) zugunsten der Kriegsoffer des Bürgerkriegs im ehema-

ligen Jugoslawien wurde bereits im Frühjahr 1993 ins Leben gerufen. Die Landesschülervertretungen können seither auf eine Fülle von Aktionen zurückblicken. Angefangen von der Sonderausgabe einer Landesschülerzeitung und verschiedene kleinere Spendenaktionen einzelner Schulen (z.B. Basare, Flohmärkte, Schülerdisco oder Taschengeldspenden) über Informationsreisen von Schülerdelegationen nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina, bis hin zum sozialen Tag am 04. Juni 1998. Anhand der vor Ort gewonnenen Eindrücke und Informationen wurde entschieden, für welche Projekte das gesammelte Geld eingesetzt werden soll. Unterstützung haben zunächst vor allem Kinder in den Flüchtlingslagern durch didaktisches Material erhalten („Kinder helfen Kindern“), um dazu beizutragen, die schrecklichen Kriegserlebnisse zu bewältigen.

Ergänzt wurden die Aktivitäten durch Ausstellungen, Pressearbeit und die „Wochen der Begegnung“, die der Begegnung mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, mit Kriegsflüchtlings, mit Religion und Europa, aber auch mit dem anderen, dem Fremden galten.

Auf breites öffentliches Interesse ist der „Soziale Tag“ gestoßen, an dem Schülerinnen und Schüler nach skandinavischem Vorbild einen Tag lang gearbeitet und das hierfür erhaltene Entgelt der Initiative zur Verfügung gestellt haben. Der Erlös des Sozialen Tages kommt dem Schwerpunkt „Jugendarbeit mit dem Ziel von Frieden und Versöhnung“ zu. Es ist geplant, in Sarajewo ein internationales Jugendbegegnungshaus aufzubauen, in dem sich Kroaten, Muslime und Serben treffen. In diesem ersten Seminarhaus Bosniens sollen durch Begegnung Vorurteile über die anderen Volksgruppen abgebaut werden. Rund 34.000 Schülerinnen und Schüler erarbeiteten am „Sozialen Tag“ rund 1,45 Mio. DM hierfür.

Im Verlauf der mittlerweile seit fünf Jahren anhaltenden Jugendinitiative „Schüler helfen leben“ wurden zahlreiche Hilfstransporte organisiert und bundesweit fast 6 Mio. DM gesammelt, mit denen Kindergärten und Schulen wiederaufgebaut wurden.

„Nutze Dein Recht“-Kampagne

Mit der Kampagne „Nutze Dein Recht“ hat die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen Schleswig-Holstein für die Beteiligung der 16- und 17-jährigen Schülerinnen und Schüler an der Kommunalwahl im März 1998 geworben. Hierzu wurden vielfältige Aktivitäten entfaltet:

- Anschreiben an alle Schülervertretungen und Schulleitungen,
- Telefonaktion: Wählen mit 16,
- Verteilung von Faltblättern und Plakaten an den Schulen,
- Informationsabende und Podiumsdiskussionen mit Politikerinnen und Politikern.

Außerdem wurden ein Werbefilm sowie eine eigene Homepage im Internet als zusätzliche Informationsquellen genutzt. Wichtiges Ziel war es nicht zuletzt, den Erstwählerinnen und -wählern Grundwissen über Politik und vor allem über kommunalen Verwaltungsaufbau und Entscheidungsprozesse in den Kommunen zu vermitteln, um z.B. auf die Bedeutung kommunaler Entscheidungen für die eigene Schule aufmerksam zu machen.

Schule ohne Rassismus

„Schule ohne Rassismus“ ist eine Aktion, die von Jugendlichen mit Unterstützung Erwachsener (SozialarbeiterInnen) entwickelt wurde. Sie entstand 1988 in Belgien als Reaktion auf die Wahlerfolge des rechtsextremistischen Vlaamse Blok und hat mittlerweile Verbreitung in mehreren europäischen Ländern gefunden, in Deutschland seit 1995. Grundlegende Intention von „Schule ohne Rassismus“ ist es, ein Bewußtsein für heimlichen und offenen Rassismus zu schaffen, um diesem engagiert entgegenzutreten zu können. Rassismus wird dabei nicht nur als Fremdenfeindlichkeit, sondern als Ausgrenzung von „Fremden“ bzw. Minderheiten verstanden.

Forum für die Aktion sind alle Schularten, von der Grundschule bis zur berufsbildenden Schule. In Zusammenarbeit mit der Aktion Courage, der Aktion Kinder- und Jugendschutz und dem IPTS werden landesweit Informations-/Fortbildungsveranstaltungen angeboten, finden Arbeitstreffen statt, wird mit der „Courage - Newsletter“ regelmäßig über die Aktion berichtet. Ein wesentliches Ziel der Aktion besteht darin, daß sich durch die Auseinandersetzung mit dem Thema (in Projekten, Veranstaltungen u.ä.) mindestens 70% aller an einer Schule Tätigen damit einverstanden erklä-

ren, die Regeln für eine „Schule ohne Rassismus“ anzuerkennen und sie zu einem Bestandteil ihrer künftigen Schularbeit werden zu lassen. Die Schule dokumentiert dies, sich selbst verpflichtend, öffentlich durch das Anbringen eines ihr verliehenen Schildes : „Schule ohne Rassismus“.

Änderungsvorschläge zur Novellierung des Landesschulgesetzes

Mit einer Reihe von Änderungsvorschlägen zur Novellierung des Schulgesetzes hat die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen Schleswig-Holstein auf die Neufassung des Schulgesetzes eingewirkt. In intensiver Auseinandersetzung mit bisherigen Regelungen sowie Änderungsvorstellungen wurden konkrete Vorschläge erarbeitet, etwa zum Beginn der Vollzeitschulpflicht, Öffnung für Sponsoring an Schulen, zum Datenschutz, zur Ausstattung der Schulen, zur Wahl und Fortbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern und insbesondere zur Beteiligung von Schülerinnen und Schülern in den Konferenzen.

Weitere Aktivitäten der LandesschülerInnenvertretung betreffen die Ausrichtung von Seminaren, etwa das Deutsch-Dänische Begegnungsseminar, auf dem Schulsysteme, aber auch die sozialen Systeme und europäische Perspektiven erörtert wurden.

3.2 Eigenverantwortung der Schule fördert politische Bildung

Elementare politische Bildung setzt bereits in der Grundschule ein, z.B. im Fach Heimat- und Sachunterricht. Der altersgemäßen Auseinandersetzung mit Sachverhalten aus dem Themenbereich der politischen Bildung (z.B.: Rollen- und Sozialkompetenz, Umgang mit Geld, interkulturelle Erziehung, Öffnung der Schule zur Umwelt) entsprechen partizipative Lern- und Lebensformen. So lernen die Schülerinnen und Schüler bereits im Grundschulalter durch vielfältige differenzierte Unterrichtsgestaltung ihren eigenen Lernweg mitzugestalten und dadurch für ihr Lernen und ihre Leistung Verantwortung zu tragen. Darüber hinaus können sie z.B. im Klassenrat ihrer Grundschule erfahren, daß sie kindbezogene Fragen wie die Gestaltung des Schulhofes oder die Nutzung bereitgestellter Bücher und Spiele mitentscheiden können. Partizipative Lern- und Lebensgestaltung in der Grundschule setzt sich fort in der Sekundarstufe I. Das Erlernen und Einüben in Aufgaben und Verhaltensweisen demokratischer Teilhabe - eine Grundvoraussetzung für den Erhalt und die le-

bendige Ausgestaltung unserer demokratischen Staatsform - ist in der Schule durch die Mitbestimmung von Eltern - und Schülerschaft gewährleistet, deren Vertretungen Sitz und Stimme in der Schulkonferenz besitzen.

Im Zuge der von der Landesregierung vorangetriebenen Stärkung schulischer Eigenverantwortung ist durch die Änderung des Schulgesetzes für die Schulkonferenz zukünftig eine drittelparitätische Zusammensetzung vorgeschrieben. Sie entspricht einem Leitgedanken der Schulentwicklung im Rahmen gestärkter Eigenverantwortung: Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler arbeiten zusammen, gestalten und entwickeln ihre Schule als gleichwertige Partner gemeinsam.

Die Zielsetzung einer weitgehenden Selbststeuerung der einzelnen Schule bei Rahmensteuerung und darauf bezogenen Kontrolle durch den Staat findet sich auch wieder in der Vorgabe an die Schulen, sich ein Schulprogramm zu geben und dessen Umsetzung laufend zu überprüfen. Das Schulprogramm - Wegweiser und Vision einer Schule - ist für die Schulentwicklung ein besonders wichtiges Instrument, beschreibt es doch die grundlegenden pädagogischen Ziele der Schule, die Wege zu ihrer Umsetzung und die Verfahren, das Erreichte zu überprüfen und auszuwerten. Das Schulprogramm ist das ständige Arbeitsprogramm einer Schule.

Es stellt zugleich ein hervorragendes Mittel der politischen Bildung im Entscheidungs- und Gestaltungsraum Schule dar. Das Schulprogramm sorgt für mehr Transparenz und aktive Anteilnahme an Beschlüssen und Umsetzungsprozessen. Durch den aus der Sache heraus resultierenden Zwang zur Verständigung aller Beteiligten in der Schule - auch der Schulträger ist vor Beschlußfassung des Schulprogramms zu hören - ist ein reger Informationsfluß, ist aktive Teilhabe an der Meinungsbildung, aber auch klare Festlegung von Verantwortlichkeiten geboten. Die Kooperation aller Beteiligten wird sich in der Arbeit mit dem eigenen Schulprogramm intensivieren. Die Schule wird stärker als bisher zu einem Lernfeld für aktive Mitarbeit, für Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz, für den Umgang mit Freiräumen, für Verantwortungsübernahme und Rechenschaftslegung - kurz: für politische Bildung in der Schule.

3.3 Lehrplanreform und ihre Auswirkungen in Grundschule und Sekundarstufe I

Zu Beginn des Schuljahres 1997/98 sind die neuen Lehrpläne für die Grundschule und die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I in Kraft getreten.

Die neuen Lehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I

Die neuen Lehrpläne setzen im Bereich der politischen Bildung in dreifacher Weise neue Akzente:

1. Die neuen Lehrpläne orientieren sich an Kernproblemen unserer Zeit und damit auch an zentralen Themen der politischen Bildung.

Mit der Orientierung an Kernproblemen soll schulisches Lernen auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen und Aufgaben konzentriert werden, wie sie sich sowohl in der Lebensgestaltung des einzelnen als auch im gesellschaftlichen Handeln stellen. Wie im Grundlagenteil für alle Lehrpläne festgelegt, richtet sich die Beschäftigung mit Kernproblemen insbesondere auf

- die Bestimmung und Begründung von Grundwerten menschlichen Zusammenlebens,
- die Einsicht in den Wert der natürlichen Lebensgrundlagen und der Gesundheit,
- die Einsicht in Chancen und Risiken, die in der Veränderung der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Lebensbedingungen liegen,
- die Bestimmung und Begründung des Prinzips der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- die Bestimmung und Begründung des Rechts aller Menschen zur Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse.

Nach den sich aus diesen Kernproblemen ergebenden Kriterien sind in nahezu allen Fächern Unterrichtsthemen ausgewählt und entwickelt worden.

Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Gleichstellung der Geschlechter ist in besonderer Weise durch eine 1994 erschienene Dokumentation gefördert worden, die als Begleitmaterial zu den Lehrplänen 1997 allen Schulen zugänglich gemacht worden ist (Gleichstellung der Geschlechter im Lehrplan, Anregungen für Schule und Unterricht, hrsg. v. der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung

und Sport des Landes Schleswig-Holstein, veröffentlicht auf der Lehrplan-CD-ROM 1997). Diese Dokumentation enthält sowohl Vorschläge für die Behandlung des Themas in den einzelnen Unterrichtsfächern als auch Beispiele für die fächerübergreifende Zusammenarbeit.

Der Lehrplan für die Grundschule nennt 14 verbindliche Leitthemen für den fächerübergreifenden Unterricht. Wichtige Aspekte der politischen Bildung werden besonders bei den Leitthemen „Sich selbst finden - mit anderen leben“ und „Menschen verschiedener Länder und Kulturen kennenlernen und verstehen“ aufgegriffen und in elementaren, kindgemäßen Formen behandelt.

In die Auseinandersetzung mit den Kernproblemen sind Aufgabenfelder von allgemeiner pädagogischer Bedeutung eingeschlossen, für deren Behandlung die einzelnen Schulen angemessene Formen im Fachunterricht wie auch im fächerübergreifenden Unterricht zu entwickeln haben. Zu diesen Aufgabenfeldern gehören auch die für die politische Bildung besonders wichtigen Bereiche „Gewalt“, „Interkulturelles Lernen“, „Europa“ und „Eine Welt/Dritte Welt“.

2. *Die neuen Lehrpläne orientieren sich am Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die für die politische Bildung von grundlegender Bedeutung sind.* Als Schlüsselqualifikationen werden in den Lehrplänen die grundlegenden Einsichten und Einstellungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten verstanden, die den Schülerinnen und Schülern die Gestaltung ihres individuellen Lebens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Handeln ermöglichen. Der Lehrplan für die Grundschule nennt dabei als besonders bedeutsam u.a. die ethische Entscheidungsfähigkeit, die Kommunikationsfähigkeit, die Kooperationsfähigkeit und die Verantwortungsfähigkeit.

In den Lehrplänen für die Sekundarstufe I werden die Schlüsselqualifikationen als Beiträge der Fächer zur Sachkompetenz, zur Methodenkompetenz, zur Selbstkompetenz und zur Sozialkompetenz beschrieben. Die für die politische Bildung wichtigen Selbst- und Sozialkompetenzen werden durch diese Strukturierung der Lehrpläne in ihrer Bedeutung für den Bildungsprozeß besonders hervorgehoben.

Da Vermittlung und Sicherung dieser Kompetenzen an entsprechende Lernformen gebunden sind, favorisieren die Lehrpläne solche Arbeits- und Sozialformen, die das selbst organisierte und das soziale Lernen fördern.

3. Die neuen Lehrpläne sind in einem Beteiligungsverfahren entwickelt worden, das einen Beitrag zur gelebten politischen Bildung darstellt.

Die Lehrpläne wurden im Zeitraum von 1992 bis 1994 in Lehrplanfachkommissionen erarbeitet, denen neben den Lehrkräften auch Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, der Schülerinnen und Schüler sowie der Hochschulen angehörten. Dieser Kurs der Partizipation aller an Schule beteiligten Gruppen ist bis zur Inkraftsetzung konsequent eingehalten worden. Die Lehrpläne wurden 1995/96 in einer einjährigen Anhörung an den Schulen geprüft und erprobt und sind erst nach Berücksichtigung der Ergebnisse aus dieser Anhörungsphase erlassen worden.

Erste Erfahrungen mit den neuen Lehrplänen in Grund-, Haupt- und Realschule

Die fachlichen Teile der neuen Lehrpläne enthalten grundlegende Inhalte der politischen Bildung wie z.B.: Wirtschaftssysteme, der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland oder kommunalverfassungsrechtliche Fragen. Dabei wird, einsetzend in der Grundschule, dem handlungsorientierten Lernen und der personalen Begegnung besonderes Gewicht gegeben.

So organisieren Schülerinnen und Schüler Besuche von Abgeordneten in der Schule, Pro- und Contra-Diskussionen - auch klassen- und fachübergreifend -, analysieren politische Reden und machen sich u.a. durch Besuche von Gemeinderäten bis zum Landtag mit parlamentarischer Arbeit vertraut. Auch Besuche der Börsen und Kammern werden mit altersbedingt wachsendem Anteil selbsttätig organisiert.

In der Hauptschule sowie in der Realschule wird der Klassenunterricht im Fach Wirtschaft/Politik ergänzt durch Arbeitsgemeinschaften sowie - gerade in der Realschule - durch Wahlpflichtangebote; der Lernbereich Arbeit/Wirtschaft/Technik in der Realschule bringt den Schülerinnen und Schülern wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten als Vorbereitung auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt. Berufswahlunterricht geschieht in der Hauptschule vorrangig im Fach Wirtschaft/Politik ab Klassenstufe 8. Über die unmittelbare Berufswahlfähigkeit hinaus führt der Unterricht auch zu neuen wirtschaftlich-politischen und sozialen Erkenntnissen und Fähigkeiten.

Lehrplanentwicklung für die gymnasiale Oberstufe und die sonderpädagogische Förderung

Auf der Grundlage des Lehrplankonzepts für die Grundschule und die Sekundarstufe I werden seit Herbst 1997 die Lehrpläne für die Jahrgangsstufen 11 bis 13 am Gymnasium, an der Gesamtschule und am Fachgymnasium sowie die sonderpädagogische Förderung (in Sonderschulen und in integrativen Maßnahmen) überarbeitet und weiterentwickelt. In diesem Rahmen werden auch die oben geschilderten Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Bildung aufgegriffen und weitergeführt.

Mit der Überarbeitung der sonderpädagogischen Lehrpläne soll der Gedanke der Integration konsequent weitergeführt werden. Ziel ist es, den Förderzentren ein Instrumentarium an die Hand zu geben, das es ihnen ermöglicht, sowohl den herkömmlichen Unterricht in der Sonderschule als auch die erweiterten Aufgaben wie Prävention und Integration zu erfüllen. Es sollen möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu einem Schulabschluß geführt und auf das Berufsleben vorbereitet werden.

Für die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe wird dabei, wie es im Grundlagenteil für alle Lehrpläne heißt, ein Begriff von Allgemeinbildung zugrunde gelegt, der die Orientierung und die Verständigung innerhalb des Gemeinwesens ermöglicht und die verantwortliche Teilhabe am öffentlichen Leben sichert. Zu der so verstandenen Allgemeinbildung gehört auch die Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung des Erlernten und in seine ökonomische und politische Relevanz.

Im Rahmen dieser Zielsetzung soll auch die Berufsorientierung in der gymnasialen Oberstufe verstärkt werden, wie sie in der KMK-Vereinbarung vom 28.02.1997 gefordert wird. Dazu gehört auch die Vermittlung von Kenntnissen über Möglichkeiten und Aufgaben der verantwortlichen Mitwirkung an der Gestaltung vorgefundener Arbeitsbedingungen sowie die Vorbereitung auf selbständige Tätigkeiten. Wirtschaftliche, rechtliche und politische Zusammenhänge sind im Sinne einer umfassenden Vorbereitung auf die Berufs- und Arbeitswelt Inhalte des Unterrichts in allen Fächern, besonders der Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld.

Auch in dieser Phase der Lehrplanrevision ist am Prinzip der Beteiligung aller an Schule interessierten Gruppen festgehalten worden. Der von einer Lenkungsgruppe entwickelte Grundlagenteil für die Lehrpläne der gymnasialen Oberstufe wurde im März 1998 den Landeselternbeiräten, den LandesschülerInnenvertretungen und den Lehrerverbänden zugesandt und darüber hinaus Interessierten über das Internet zugänglich gemacht. Die Ergebnisse und Anregungen, die sich aus dieser ersten Beteiligungsphase bis zum Herbst 1998 ergeben, werden im Gesamtkonzept und in der Arbeit der Lehrplanfachkommission berücksichtigt werden. Mit diesem Beteiligungsverfahren ist schon in der Phase der grundsätzlichen Vorüberlegungen eine Möglichkeit zur Mitwirkung und Diskussion eröffnet worden, die zur Stärkung der politischen Mitverantwortung in der Schule beiträgt.

3.4 Politische Bildung in der Sekundarstufe II - Gymnasien und Gesamtschulen

Mit der Einführung des Faches Wirtschaft/Politik an der gymnasialen Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen wurde der gegenwartsbezogene Unterricht in den Bereichen Wirtschaft, Sozialkunde und Politik wesentlich verstärkt. Im Schuljahr 1997/98 wurden 240 Klassen im 11. Jahrgang, 220 Kurse im 12. Jahrgang und 83 Kurse im 13. Jahrgang in Wirtschaft/Politik unterrichtet. In 49 Kursen wurden schriftliche Abiturprüfungsarbeiten geschrieben. Nachdem etwa 210 Lehrkräfte des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes durch Fort- und Weiterbildung durch das Institut für Praxis und Theorie der Schule nachqualifiziert wurden und damit insgesamt rd. 370 Lehrkräfte mit entsprechender Unterrichtsbefähigung eingesetzt werden können, ist mit dem Schuljahr 1998/99 dieses Fach Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler im 11. und 12. Jahrgang und Wahlfach im 13. Jahrgang.

Das neue Pflichtfach in der gymnasialen Oberstufe ersetzt die seit 1990 angebotenen Wahlgrundkurse. Nach einer Revision der alten Oberstufenlehrpläne wird Wirtschaft/Politik auch als Leistungskurs angeboten werden können. Die Einführung dieses Pflichtfaches für jeweils rund 6.000 Schülerinnen und Schüler eines Jahrganges stellt eine erhebliche Stärkung der politischen Bildung an den Schulen dar.

Das Interesse und die Motivation der Schülerinnen und Schüler für das Fach Wirtschaft/Politik könnte sich noch verstärken, wenn ihnen die erweiterten Partizipationsangebote (Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Schule, Herabsetzung des

Wahlalters, Beteiligung an kommunalen Projekten bei eigener Betroffenheit) noch deutlicher bewußt werden.

Außerdem bieten nach der Novellierung der Oberstufenverordnung von 1995 die Projektkurse in den Jahrgängen 12 und 13 Möglichkeiten, gesellschaftspolitische Gegenwartsfragen methodisch und fachlich vertieft und in Kooperation mit außerschulischen Lernorten zu bearbeiten.

Die jährliche Studienwoche für politisch-zeitgeschichtlich besonders interessierte Schülerinnen und Schüler bietet interaktive Formen politischer Bildung. Die Europäisierung schulischer Bildung bei Wahrung der Subsidiarität und der Kulturhoheit hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Über die vielfältigen Europa-bezogenen Aktivitäten hinaus (vgl. Abschnitt 3.6) gehören inzwischen 7 Schulen dem internationalen Schulnetz der UNESCO-Projektschulen an. Die Schulen in Schleswig-Holstein haben sich durch eine Reihe unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Projekte u.a. zu den Themen multikulturelle Erziehung, Menschenrechte, Umweltschutz, Kinderarbeit, Entwicklungsländer profiliert. Von besonderer regionaler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kontakte und Workshops mit den Ostsee-Anrainerstaaten.

Unterrichtliche und außerunterrichtliche Beiträge zur politischen Bildung leisten die nationalen Schülerwettbewerbe zur politischen Bildung wie der Wettbewerb Deutsche Geschichte und der Europäische Wettbewerb.

Zunehmende Bedeutung für die politische und interkulturelle Bildung erlangen die Programme der Europäischen Union, die gemeinsame grenzüberschreitende Projekte, Begegnung und Kommunikation zum Ziel haben. Durch das Sokratesprogramm COMENIUS 1 werden multilaterale Schulpartnerschaften gebildet, die gemeinsam an europäischen Bildungsprojekten arbeiten. In Schleswig-Holstein nehmen 60 Schulen aller Schularten an diesem Programm teil. Zur Unterstützung der multilateralen Schulpartnerschaften wurden von der Partnerregion Pays de la Loire Europaclubs (Cercles Europe) initiiert. So sind in Zusammenarbeit, und häufig unter der Federführung Schleswig-Holsteins, mit den Pays de la Loire und deren Partnern aus der Emilia Romagna, Nordirland und der Republik Irland Broschüren erarbeitet

und Kontaktseminare durchgeführt worden, um den Lehrkräften die Durchführung eines europäischen Bildungsprojektes zu erleichtern. Ab 1999 werden sich auch Ungarn und Schweden an diesen Projekten beteiligen.

Politische Bildung an Berufsbildenden Schulen

Im Bericht zur politischen Bildung 1994 sind die grundsätzlichen didaktisch-methodischen Bedingungen an berufsbildenden Schulen dargestellt worden, die im wesentlichen auch heute noch Bestand haben. Seit dem Juli 1994 liegt der damalige Lehrplanentwurf als rechtskräftiger Lehrplan für das Fach Wirtschaft/Politik vor. Dieser Lehrplan wird nach intensiver Rückkopplung in den berufsbildenden Schulen in den Schularten Berufsschule und Berufsfachschule umgesetzt.

Die folgende Übersicht zeigt die zeitliche Verteilung der Lehrplanstruktur.

Lehrplan-Struktur Wirtschaft/Politik

Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt		Halbjahr	
		1.	
A 2 Orientieren in der sich wandelnden Gesellschaft - der Mensch als Teil der Umwelt	← oder →	B 2 Orientieren in der sich wandelnden Gesellschaft - der Mensch als Teil der Umwelt	
		2.	
A 3 Sich einlassen auf unseren Staat in seiner Geschichte - Deutschlands Weg in die Gegenwart	← oder →	B 3 Demokratie praktizieren - die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland	
A 4 Leben und mitwirken im demokratischen Staat - die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland		B 4 Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	
		3.	
		4.	
Sich einsetzen für eine friedliche Welt		5.	
Bausteine zur Auswahl			
Grundlagen wirtschaftlichen Handelns 6.1		Landesgeschichte 6.5	
Wirtschaftspolitik 6.2		Europa im Wandel 6.6	
Entwicklung der Technik und deren Auswirkungen 6.3		Mensch und Familie 6.7	
Agrarwirtschaft in der Industriegesellschaft 6.4		Gesundheit 6.8	
6.			
Elemente-Katalog der KMK für das Prüfungsfach „Wirtschafts- und Sozialkunde“ Auf diese Elemente ist im Rahmen des Unterrichts in „Wirtschaft/Politik“ einzugehen!			
Elemente der betrieblichen Ausbildung			

In den Berufen mit einem großen Anteil wirtschaftsbezogener Lerninhalte im fachbezogenen Unterricht kann das Fach ausschließlich für politische Bildung verwendet werden (reduzierter Stundenansatz).

In der Fachoberschule und der Fachschule wird politische Bildung im Fach Gemeinschaftskunde unterrichtet. Dort werden im wesentlichen Probleme und Inhalte erarbeitet, die neben einem beruflichen Bezug auf die Grundkenntnisse der Berufsschule

im Fach Wirtschaft und Politik aufbauen. Im Fachgymnasium heißt das Fach ebenfalls Gemeinschaftskunde und wird dort in Kursform unterrichtet. Der vorhandene Lehrplan befindet sich in einer Überarbeitung.

An den Beruflichen Schulen findet politische Bildung aber auch in einigen Bildungsgängen in anderen Fächern statt. Zum Beispiel in der Fachschule für Sozialpädagogik im Fach Ökologie und Gesellschaft oder im Fachgymnasium wirtschaftlicher Zweig im Leistungskurs Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.

Darüber hinaus wird die politische Bildung in den berufsbildenden Schulen schulartübergreifend durch eine Vielzahl von Aktionen gefördert. Beispielsweise sei hier auf die Arbeit der Drogen- und Suchtprävention der Arbeitskreise Wirtschaft und Schule, der verschiedenen Projekte und Projektwochen mit politischen und gesellschaftspolitischen Themen verwiesen. Institutionen wie die Bundeswehr, das Arbeitsamt oder auch die Polizei unterstützen die Berufsschulen in ihrem politischen Bildungsauftrag bei besonderen Themen. Dies gilt in gleicher Weise für politische Parteien, einzelne Parlamentarier, Gewerkschaften, Verbände und Kirchen, die zu besonderen Anlässen von den Schulen oder einzelnen Klassen eingeladen werden, um konkrete Fragestellungen der Politik zu erleben.

Besonders erwähnenswert sind die Schulpartnerschaften, die über die Verstärkung der Fachkompetenz der Schülerinnen und Schüler einen Beitrag zur besseren politischen Orientierung im vereinten Europa und damit zur politischen Bildung leisten.

3.5 Medienkompetenz

Neue Medien in der Schule - Ziele

Mit der verstärkten Einbeziehung von Medien in die Schule, insbesondere Multimedia und Telekommunikation, ist die Erwartung verbunden,

- das selbstbestimmte, kommunikative, konstruktive, eigenverantwortliche und effektive Lernen der Schülerinnen und Schüler im fachlichen und fächerübergreifenden Unterricht anzuregen und zu unterstützen,

- Multimedia und Telekommunikation selbst zum Gegenstand von Betrachtungen und zum Inhalt von Lernen zu machen,
- Kinder und Jugendliche auf die moderne Arbeitswelt vorzubereiten,
- die Lehrkräfte in ihrer zunehmend komplexer werdenden Arbeit im Unterrichtsalltag, im innerschulischen und über die Schule hinaus reichenden Informations- und Erfahrungsaustausch zu unterstützen und
- etablierte Formen der Fortbildung und Beratung zu unterstützen und neue Formen zu entwickeln und zu erproben.

Zur Vorbereitung der nachwachsenden Generationen auf eine von multimedialen Aktivitäten geprägte Informations- und Kommunikationsgesellschaft wird für den Schulbereich ein Gesamtpaket von Projektfeldern entwickelt, z.B.

- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte,
- Vernetzung der Schulen/Telelearning,
- Neue Medien und Medienerziehung,
- Nutzung multimedialer Lernsoftware,
- innovative didaktische Schulprojekte,
- Aufbau und Nutzung eines Landesbildungsservers.

Alle Projektfelder sind miteinander verzahnt, so daß langfristig nur durch ihre vollständige Umsetzung Schülerinnen und Schüler zielgerichtet und überzeugend auf die Anforderungen der modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft vorbereitet werden können. So können z.B. nur gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte unterrichtlichen Nutzen aus weltweiten Datennetzen ziehen, was wiederum voraussetzt, daß entsprechende Netz-Infrastrukturen vorhanden sind.

Lehrerbildung 1. Phase

Voraussetzung für die angemessene Einbeziehung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in die Schule ist, daß Lehrerinnen und Lehrer vermehrt Medienkompetenzen erwerben, die die Nutzung neuer Medien zu Unterrichts- und Vermittlungszwecken, d.h., mediendidaktische Kompetenzen, einschließen. Dazu gehören zum einen die Befähigung zum Umgang mit den neuen multimedialen Techniken und zum anderen die Befähigung zum pädagogisch und didaktisch-

methodisch sinnvollen Einsatz vernetzter Computer sowie Kenntnisse über die Entwicklung, die Bewertung und den Einsatz für den Unterricht geeigneter Software einschließlich der damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen. Darüber hinaus erfordert - auch im Kontext der wachsenden Eigenverantwortung der Schulen - der zunehmende Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien im schulischen Organisations- und Informationsmanagement entsprechende Qualifikationen der an Schule Beteiligten.

Im Hinblick auf diese Situation ist geplant, die erste Phase der Lehrerbildung, das Studium, um solche Elemente zu erweitern, die die zukünftigen Lehrkräfte auf eine Gesellschaft mit Informations- und Kommunikationsmedien sowie auf den entsprechenden Unterricht in diesem Kontext wissenschaftlich und anwendungsbezogen vorbereiten. Entsprechende Konzepte werden zur Zeit im Rahmen der Neuordnung der Lehramtsstudiengänge erarbeitet: Verstärkt sollen medienpädagogische Themen zu pädagogischen, fachbezogenen, technischen, ökonomischen, institutionellen, ethischen und politischen Fragen in die erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien der Lehramtsstudiengänge integriert werden. Es ist vorgesehen, die Auseinandersetzung mit Telekommunikation und Multimedia ab Wintersemester 1999/2000 zu einem verpflichtenden Bestandteil der Ersten Phase zu machen.

Über die Verankerung der medienpädagogischen Grundanforderungen in den Lehramtsstudienordnungen der Hochschulen und in der Prüfungsordnung über die Ersten Staatsprüfungen hinaus wird - zunächst an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - ebenfalls im Wintersemester 1999/2000 ein freiwilliger Ergänzungsstudiengang „Neue Medien im Unterricht“ für Lehramtsstudierende aller Schularten beginnen.

Lehrpläne

Bereits für die Lehrpläne früherer Jahre galt Medienerziehung als Unterrichtsprinzip, das sich in vielen Fächern und Unterrichtsformen vollziehen kann, z.B.

- im auditiven Bereich durch Hörspielproduktionen,
- im visuellen Bereich durch Foto-Arbeitsgemeinschaften,
- im audiovisuellen Bereich durch das Herstellen von Videofilmen einschließlich Drehbucharbeit.

Im Rahmen der zum Schuljahr 1997/98 in Kraft getretenen Lehrplanrevision für die Grundschule und die weiterführenden allgemeinbildenden Schularten der Sekundarstufe I bildet auch die Medienerziehung, d.h. der Umgang mit den etablierten Medien und mit Telekommunikation und Multimedia, einen wichtigen Schwerpunkt. Sie wird als Aufgabe von allgemeiner pädagogischer Bedeutung verstanden, zu der alle Fächer ihre spezifischen Beiträge zu leisten haben. Entsprechend diesem Konzept ist der Umgang mit Medien und die Auseinandersetzung mit den Informations- und Kommunikationstechnologien sowohl in den grundsätzlichen als auch in den fachlichen Teilen der Lehrpläne verankert. So ist z.B. im Lehrplan Grundschule ein fächerübergreifendes Leitthema „Informationen gewinnen - mit Medien gestalten“ verbindlich vorgegeben. Im Bereich der Sekundarstufe I wird die Einbeziehung der Medienpädagogik im oben beschriebenen Sinne insbesondere in den Fächern Deutsch und Kunst deutlich, in denen der produktive und rezeptive Umgang mit den Medien in eigenen Gegenstandsfeldern und Arbeitsbereichen thematisiert wird.

Ausstattung des Schulbereichs

Die Bundes- und Landesinitiativen „Schulen ans Netz“ haben mit Unterstützung privater Förderer bis heute erreicht, daß über die Ausstattung aller Schulen mit Computern hinaus rund 350 schleswig-holsteinische Schulen mit multimedialfähigen Computern ausgestattet wurden, Zugang zum Internet erhielten und - insbesondere durch begleitende Lehrerfortbildung - dabei unterstützt wurden, eigene Erfahrungen mit der Nutzung der Neuen Medien zu machen.

Die bisherigen Anstrengungen werden mit dem Ziel fortgesetzt und erweitert, bis zum Jahre 2001

- mindestens 80% der Schulen mit einem Netzzugang auszustatten,
- diese Schulen mit einem lokalen Netzwerk (Schulserver und Peripheriegeräte) auszustatten,
- Pilotprojekte zum unterrichtlichen Einsatz von Multimedia in Schulen durchzuführen,
- einen für die Schulen, evtl. auch Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen wie Medienzentren, leicht zugänglichen Landesbildungsserver aufzubauen.

Aus dem „Programm für Arbeit, Bildung, Innovation“ der Landesregierung sowie aus Mitteln der Landesinitiative Multimedia Schleswig-Holstein, einem Gemeinschaftsprojekt der Landesregierung und der Deutschen Telekom AG, sollen in den Jahren 1998 bis 2001 Mittel zur Förderung schulischer Netz- und Multimedia-Aktivitäten bereitgestellt werden. Es ist vorgesehen, die Fördermittel u.a. zum Ausbau eines schleswig-holsteinischen Landesbildungsservers zu nutzen, der entsprechend dem von der KMK empfohlenen Konzept folgende Zielsetzungen erfüllen soll:

- Erfahrungsaustausch zwischen Schulen, Lehrenden und Lernenden,
- Informationsbasis über das Schulwesen und Multimedia im Bildungswesen des Landes sowie über die Initiativen „Schulen ans Netz“,
- Angebot an multimedialen Arbeitsmitteln für Lehrende und Lernende (Ressourcenbank),
- Kommunikationsforum der am Bildungsgeschehen in Schleswig-Holstein Beteiligten.

Der Landesbildungsserver soll auch andere Bereiche des Bildungswesens bedienen, auch wenn dies zum größten Teil erst in Ausbaustufen möglich sein sollte.

3.6 Thematische Schwerpunkte: Europa, Umweltbildung, Interkulturelles Lernen, Projekte und Programme, Integration statt Ausgrenzung,

Europa

Für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist das Themenfeld „Europa“ ein durchgehendes Unterrichtsprinzip, generelle Leitlinie hierfür ist die Empfehlung der Kultusministerkonferenz „Europa im Unterricht“ von 1990. In den neuen Lehrplänen der Primarstufe und der Sekundarstufe I sind europäische Themen verbindlich genannt, dies ist auch für die neuen Lehrpläne der Sekundarstufe II vorgesehen. Neben dem lehrplanbezogenen Unterricht haben fast alle Schulen des Landes außerunterrichtliche grenzüberschreitende Aktivitäten und Projekte entwickelt und durchgeführt. Viele Schulen greifen Angebote auf, die Erlasse und Fortbildungsangebote an sie herangetragen haben. Die Zahl der Schulen, die in Programmen der Europäischen Kommission engagiert sind, hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Das Programm SOKRATES

hat zu einer Vernetzung von Schulen in Europa untereinander beigetragen.

Folgende europabezogenen Aktivitäten sind besonders hervorzuheben:

- Mit einem ministeriellen Erlaß haben die Schulen Hinweise auf die Behandlung der Themen Euro und europäische Währungsunion im Unterricht erhalten, mit dem über inhaltliche Aspekte sowie mögliche Zugangswege informiert wird. So bieten Internet-Seiten der Europäischen Kommission Informationen, es besteht die Möglichkeit der Beteiligung am Schülerwettbewerb zur politischen Bildung und es wird auf eine Auswahl veröffentlichter Literatur zum Thema hingewiesen. In Kooperation zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein und der überparteilichen Europa-Union fanden Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte statt; dies soll künftig fortgesetzt werden.
- Die Ausschreibung für die Bewerbung als „Europaschule in Schleswig-Holstein“ ist auf großes Interesse bei den Schulen gestoßen. Mittlerweile dürfen sich 11 Schulen aller Schularten „Europaschule“ nennen. In ihnen werden Begegnung und Austausch sowie grenzüberschreitende Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten für den Unterricht fruchtbar gemacht. Europaschulen fördern durch Fremdsprachenfrüherziehung oder die Erweiterung des Fremdsprachenangebotes die Fremdsprachenkompetenz der Schülerinnen und Schüler nachhaltig. Die Teilnahme an Programmen der Europäischen Union ermöglicht vielfältige inter-kulturelle Erfahrungen. Die Europaschulen nutzen die Kontakte zu europäischen Partnerschulen für pädagogischen Informationsaustausch und projektbezogene Zusammenarbeit. Der Kreis der „Europaschulen“ soll zukünftig noch geringfügig erweitert werden.
- Schleswig-holsteinische Schulen nutzen europäische Programme mit unterschiedlichen Themen. Mehr als 50 Schulen haben dank COMENIUS Kontakte und Projekte mit anderen Schulen in Europa aufgebaut. Das Themenspektrum reicht von Kultur (z.B. Jugend- und Freizeitkultur in drei europäischen Städten, Kinderliteratur), über Umweltbildung (z.B. ökologisches und sozialverträgliches Handeln im Alltag, Gewässeruntersuchungen) bis hin zu europäischer Entwicklung (z.B. Euro, Europa und die Region).

- Schleswig-Holstein ist nicht nur Nutznießer von EU-Bildungsprogrammen, es richtet auch eigene Veranstaltungen im Rahmen von ARION für den europäischen Informationsaustausch für Schulaufsichtsbeamte, Leiterinnen und Leiter von Schulen sowie Fortbildnerinnen und Fortbildnern aus. 1998 wurden in Zusammenarbeit mit dem IPTS Studienaufenthalte zur europäischen Dimension, zur Nutzung des Internets für internationale Projekte unter dem Aspekt der Chancengleichheit für Jungen und Mädchen, zur Professionalisierung der Kleinkindpädagogik sowie zu Qualität in Schule und Betrieb angeboten.
- In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für europäische Bildung in Bonn hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur eine internationale Tagung zum Thema „Die europäische Dimension in Unterricht und Erziehung: Austausch - Begegnung - Kommunikation“ mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 14 Nationen 1997 durchgeführt. Mehrere COMENIUS-Kontaktseminare in den vergangenen Jahren dienten der Anbahnung multilateraler Schulprojekte mit Teilnehmenden aus bis zu 10 Mitgliedsländern der Europäischen Union.
- Auch in seinem 46. Jahr hat der „Europäische Wettbewerb“ nicht an Attraktivität für die Schulen verloren. In den vergangenen Jahren nahmen jeweils 4000 Schülerinnen und Schüler an diesem Wettbewerb teil, der durch das Land Schleswig-Holstein mitfinanziert wird.

Schulische Umweltbildung

Der Bereich der schulischen Umweltbildung wurde in den letzten Jahren nicht oder nur am Rande als Bestandteil der politischen Bildung gesehen. Die Umweltbildung hatte ihren Stellenwert in erster Linie in Fächern wie Biologie oder allenfalls noch in der Geographie. Nach der großen Weltkonferenz zur Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio 1992 mit der dort beschlossenen AGENDA 21 entwickelte sich auch im schulischen Bereich ein neues Leitbild zur Umweltbildung. Umweltbildung - früher Umwelterziehung - wird heute in Schleswig-Holsteins Schulen nicht mehr in erster Linie als Bestandteil eines Faches, meistens der Biologie, gesehen, sondern als eine fächerübergreifende Aufgabe im Kontext der AGENDA 21, die einen bedeutenden Schwerpunkt auf Fragen der Nachhaltigkeit legt. Die Umweltbildung hat somit ihr Nischendasein verlassen und ist heute Bestandteil der politischen Bildungsarbeit.

Die seit 1997 in Kraft getretenen Lehrpläne tragen mit ihrer Kernproblembenennung und Hinwendung zur Kompetenzerlangung dazu bei, daß Schulen zunehmend häufiger im Bereich der Umweltbildung die schülerbelehrenden Methoden überwinden und verstärkt schüleraktivierende Handlungsstrategien entwickeln. Unterstützt wird diese Entwicklung u.a. durch Wettbewerbe im Bereich der Umweltbildung auf Landes- wie auch Bundesebene. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Landesregierung zur Einsparung von Energie an Schulen, so daß Schülerinnen und Schüler ein umweltgerechtes Handeln nicht nur theoretisch erarbeiten, sondern es als Bestandteil ihrer täglichen schulischen Arbeit selbst praktizieren. Umweltbildung findet heute an Schleswig-Holstein zunehmend mehr in Lebenszusammenhängen statt und wird dadurch für die Kinder und Jugendlichen nachhaltig.

Beratung auf ihrem Weg zur umweltgerechten Schule erhalten Lehrkräfte durch ein umfassendes Netzwerk der Umweltberatungslehrkräfte, die von jeder Schule benannt worden sind. Diese werden fortgebildet durch Kreisbeauftragte für Natur- und Umweltbildung, die eng mit den sogenannten regionalen pädagogischen Umweltzentren (RPU) kooperieren. Besonders hervorzuheben sind das RPU Kitzberg und das RPU Neumünster, in denen jeweils abgeordnete Lehrkräfte mit Schulklassen im umweltpädagogischen Bereich arbeiten.

Umweltbildung im Sinne der AGENDA 21 meint aber auch, daß neben der klassischen Umwelterziehung, also die Auseinandersetzung mit der zerstörten, geschädigten oder bedrohten Umwelt, auch die Ungleichheit zwischen den hochindustrialisierten und den sogenannten Entwicklungsländern in den unterrichtlichen Focus zu rücken ist, um der Frage nachzugehen, wie Entwicklung und Wohlstand ohne Zerstörung und Gefährdung der Umwelt möglich sind.

Zusammengefaßt erstreckt sich die Umweltbildung im Sinne der AGENDA 21 wie auch der neuen Lehrpläne in Schleswig-Holstein auf drei Bereiche:

1. Den klassischen Bereich der gefährdeten Umwelt;
2. den Bereich der Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern;
3. den Bereich der Entwicklung sowie der Wohlstandsmehrung ohne Naturzerstörung.

Interkulturelles Lernen

Die Bedeutung des interkulturellen Lernens ist in der Lehrplanentwicklung und -umsetzung durch die 1997 veröffentlichte Broschüre Interkulturelles Lernen in den Lehrplänen, Anregungen für Schule und Unterricht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hervorgehoben worden. Die Veröffentlichung soll dazu anregen, die Lehrpläne unter interkulturellen Gesichtspunkten zu nutzen und nach eigenen unterrichtlichen Lösungen in diesem Aufgabenfeld zu suchen. Im Mittelpunkt der Broschüre stehen daher Beispiele für fachbezogenes und fächerübergreifendes Arbeiten mit interkulturellem Schwerpunkt.

Mehr und mehr unterstützen Lehrkräfte in den Schulen den Prozeß der Integration durch Umsetzung des Kernproblems 5 der neuen Lehrpläne „Bestimmung und Begründung des Rechts aller Menschen zur Gestaltung ihrer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, zur Mitwirkung und Mitverantwortung in allen Lebensbereichen sowie die Untersuchung der Ausgestaltungsmöglichkeiten und Gefährdungen dieses Rechts“. Die Anknüpfungspunkte zu den einzelnen Fachlehrplänen sind vielfältig und werden in Verantwortung der einzelnen Schulen konkretisiert. Um die hierfür erforderlichen Fähigkeiten kontinuierlich zu erweitern, nutzen Lehrkräfte die Fort- und Weiterbildungsangebote des IPTS oder auch der Landeszentrale für politische Bildung.

Dazu gehört auch, daß sich Schulen verstärkt darum bemühen, Eltern aus anderen Kulturen zu motivieren, sich in die Elternbeiräte wählen zu lassen. Für eine lebendige Integration, die das Geben und Nehmen aller beteiligten Gruppen umfaßt, ist dies eine wichtige Voraussetzung. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erarbeitet gemeinsam mit dem Bildungsministerium sowie Interessenvertretungen der Migrantinnen und Migranten sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler ein Konzept zur Steigerung der Beteiligung von Aussiedler- und Migranteneltern.

Außerschulische Institutionen unterstützen den Prozeß der Integration, indem sie, wie z.B. die „Aktion Kinder- und Jugendschutz e.V.“ interdisziplinäre Tagungen anbieten, an denen Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Ausländerbeauftragte u.a. teilnehmen und so die erforderliche Kooperation trainieren. Bedeutsam sind auch die Aktivitäten

des Rates für Kriminalitätsverhütung beim Innenminister (Herausgabe von Unterrichtsmaterialien und Förderung von Projekten), des Landessportbundes (Sport macht Freunde), der verschiedenen Wohlfahrtsverbände und auch einzelner Bürgerinnen und Bürger, die sich der Integration besonders verpflichtet fühlen.

Von Bedeutung ist ebenfalls, daß die Weiterbildung im Fach „Wirtschaft/Politik“ für die gymnasiale Oberstufe u.a. den Schwerpunkt „Migration und ihre Folgen“ enthält. Zudem unterstützen Fachleute aus dem IPTS das Bildungsministerium bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien.

Für den Erwerb der deutschen Sprache, ebenso wie für interkulturelle Bildung stellt das Bildungsministerium seit mehreren Jahren landesweit ca. 200 Planstellen bereit. Ein entsprechender Erlaß soll dazu beitragen, den Stellenwert der Integration bzw. der interkulturellen Bildung auch im Zusammenhang mit den neuen Lehrplänen zu vertiefen. Schließlich wurden und werden Vorschriften, die zur Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Erstsprache führen, Schritt für Schritt abgebaut. Z.B. dürfen mangelnde Deutschkenntnisse kein Hindernis für den Wechsel in weiterführende Schulen sein. Das IPTS stellt in seinen Regionalseminaren und auf Landesebene sicher, daß Lehrkräfte sich fortbilden und/oder sich von Fachleuten im Bereich „Deutsch als Zweitsprache/Interkulturelle Bildung“ beraten lassen können.

Projekte/Programme für Schulen

Im Rahmen der Lehrerfortbildung werden seitens des IPTS z.Zt. folgende Angebote im Bereich „Gewaltprävention“ mit unterschiedlichen Schwerpunkten (z.B. Persönlichkeitsbildung, Kooperation) gemacht, die als Anregung für Schulen dienen:

- **„A World of Difference“:** Dieses - ursprünglich amerikanische - Erziehungsprogramm dient zur Bewußtmachung und Reduzierung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten. Es wurde nach dem Anschlag auf die Synagoge in Lübeck gemeinsam von der Stadt Lübeck und dem IPTS entwickelt und steht allen Schulen in Schleswig-Holstein zur Verfügung.

- **„Schulische Prävention im Team: PIT“:** Dieses Programm (als Handbuch über das IPTS erhältlich) ist vom Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit von Polizei, Schule, Innen- und Bildungsministerium und IPTS erstellt und erprobt worden. Schwerpunkt ist die Verzahnung von Schule, Polizei und anderen Partnern. Die Schule wählt ein Einstiegsthema (Gewalt, Diebstahl und Sucht), Lehrkräfte und externe Fachleute führen ein abgestimmtes Unterrichtsprogramm durch, schließlich werden konkrete Möglichkeiten angeboten, das Zusammenleben in der Klasse zu verbessern.
- **„Lions-Quest-Programm: Erwachsen werden - Persönlichkeitsentfaltung von Jugendlichen“:** Das Programm wurde in Zusammenarbeit mit „Lions International“ entwickelt und ist in mehreren IPTS-Veranstaltungen bereits erfolgreich erprobt. Es werden vor allem Methoden vermittelt, um die psychosozialen Kompetenzen der Jugendlichen zu stärken und somit größere Erfolgsaussichten bei der Prävention von Suchtverhalten, Aggression und Orientierungslosigkeit zu erreichen.
- **„Olweus-Programm: Mobbing - Gewaltprävention in Schulen“:** Das Olweus-Programm ist ein Interventionsprogramm zur Verminderung und Verhütung von Aggressionen und Gewalt an Schulen. Es setzt auf die Kooperation aller an einer Schule beteiligten Gruppen. Die Betroffenen selbst initiieren und steuern alle Schritte in diesem Prozeß. Das Konzept setzt voraus, daß Schulleitung und Kollegium die Probleme Aggressivität und Gewalt im Schulalltag auch in seinen weniger dramatischen Formen gemeinsam und ergebnisorientiert über einen längeren Zeitraum angehen wollen. An dem Modellversuch haben sich 47 Schulen mit rd. 15.000 Schülerinnen und Schülern im Zeitraum von 1994 bis 1996 beteiligt. Kernbestandteile des Programms sind:
 - Fragebogenuntersuchung aller Schülerinnen und Schüler in der eigenen Schule zur Thematik,
 - Pädagogischer Tag zum Thema Gewalt,
 - Schulkonferenz: Erarbeitung eines Konzepts,
 - Arbeiten in der Klasse: Klassenregeln und -gespräche, kooperatives Lernen,
 - Arbeiten auf der persönlichen Ebene: Gespräche mit Tätern und Opfern, mit Eltern, usw.

Die Evaluation des Projektes zeigte, daß sich an Schulen mit Gewaltpräventionsprogramm die Formen direkten Mobbing verringerten, teilweise wurde es deutlich reduziert. Dies gilt vor allem für die Jahrgänge bis zur zehnten Klassenstufe. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt führte sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch bei Lehrkräften und Eltern dazu, daß das Thema bewußter wahrgenommen wurde. Das Programm wird fortgesetzt.

Integration statt Ausgrenzung

Zur politischen Bildung im weiteren Sinne ist auch die seit der Schulgesetznovelle 1990 eingeleitete integrative Entwicklung zu rechnen. Behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler sollen gemeinsam unterrichtet werden, wenn die organisatorischen, personellen und sächlichen Möglichkeiten es erlauben und es der individuellen Förderung behinderter Schülerinnen und Schüler entspricht (§ 5 Abs. 2 SchulG). Der gemeinsame Unterricht ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern Erfahrungen im Umgang miteinander, die als Einübung in demokratisches Verhalten bezeichnet werden kann. Die Erkenntnis „Es ist normal, verschieden zu sein.“ ist im integrativen Unterricht unmittelbar einsichtig. Erfahrungen belegen, daß der gemeinsame Unterricht nicht nur für die behinderten Schülerinnen und Schüler gut ist. Beispielsweise lernen zukünftige Führungskräfte, die heute im Gymnasium ausgebildet werden, daß sie im täglichen Unterricht und im Schulleben wie selbstverständlich Toleranz und Solidarität einüben können.

Mittlerweile besuchen in Schleswig-Holstein fast ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen (insgesamt 3560 = 23,4% im Schuljahr 1997/98) allgemeinbildende Schulen und werden dort im gemeinsamen Unterricht durch Lehrkräfte der Sonderschulen/Förderzentren unterstützt.

3.7 Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung durch das Institut für Praxis und Theorie der Schule (IPTS)

Allgemeines

Die folgende Darstellung bezieht sich schwerpunktmäßig auf das Fach „Wirtschaft/Politik“. Politische Bildungsarbeit ist im IPTS - wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben - in breitem Umfang auch jenseits dieses Faches geleistet worden, und

zwar zum einen im Rahmen von Lehrerbildungsmaßnahmen für die Unterrichtsfächer des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs wie „Geschichte“, „Erdkunde“, „Weltkunde“, „Wirtschaftsgeographie“, zum anderen in fachübergreifenden Veranstaltungen wie etwa zur Gewaltprävention, zum Unterricht mit Kindern nichtdeutscher Muttersprache und zur Interkulturellen Erziehung, zu Fragen der Gleichstellung von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen, zum Themenbereich „Umwelterziehung“ sowie in jüngster Zeit verstärkt zum Gesamtbereich „Medienerziehung/moderne Informations- und Kommunikationstechniken“.

Das „Konzept politikbezogener Lehrerfortbildung“ wurde im Bericht von 1994 ausführlich dargestellt und dokumentiert. Dieses Konzept hat - wie die in Anlage 1 abgedruckte Übersicht über das Fortbildungsangebot der IPTS-Zentrale von 1994 bis 1998 belegt - für den Berichtszeitraum unverändert fortgegolten. Das betrifft im übrigen auch die Zusammenarbeit des IPTS mit Verfassungsorganen des Landes, mit Einrichtungen der politischen Bildung sowie mit Institutionen des politischen Lebens, die die Lehrerbildungsarbeit mit dankenswertem Engagement unterstützen.

Lehrerausbildung (2. Phase)

Wie im Bereich der Lehrkräftefortbildung, so ist „Politische Bildung“ nach wie vor und jenseits des Faches „Wirtschaft/Politik“ fachimmanenter bzw. fächerübergreifender Gegenstand auch im Bereich der Lehrkräfteausbildung des IPTS.

In der Folge der wesentlichen Verstärkung des Faches Wirtschaft/Politik in der gymnasialen Oberstufe treten seit 1995 wieder Referendarinnen und Referendare mit dem ersten Staatsexamen für Wirtschaft/Politik in die 2. Phase der Ausbildung ein. Dementsprechend ist im IPTS-Regionalseminar Nord (Flensburg) - zusätzlich zu der Hauptamtlerstelle für Wirtschaft/Politik in der Realschule im selben Seminar - 1995 eine hauptamtliche Studienleiterstelle geschaffen und besetzt worden.

Die Lehrkräfte in Ausbildung aller genannten Schularten durchlaufen die zweijährige Ausbildungsphase im IPTS und an Ausbildungsschulen. Dabei arbeiten sie mit Unterrichtseinheiten zur Politischen Bildung, die folgende Prinzipien berücksichtigen:

- Grundbildung, Lebensnähe, Erfahrungsumfelder, Interessenlagen, Nützlichkeit, Betroffenheit und Aktualität - jeweils aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler
- das Konzept des handlungsorientierten Unterrichts.

Die Lehrkräfte werden dazu ausgebildet, an Hand von Lernsituationen und Arbeitsmaterialien den Schülerinnen und Schülern die Chance zu geben, eigenständig und verantwortungsbewußt politische Sachverhalte zu verstehen, zu verhandeln und durch Problemlösungsprozesse zu entscheiden - oft auch in Pro- und Contra-Situationen. Ziel ist es, daß Schülerinnen und Schüler so ihre Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz erwerben und üben.

Das IPTS strebt an, möglichst alle Themen zur Politischen Bildung nach den Lehrplänen in der Lehrerausbildung umzusetzen. Hierfür liegen zahlreiche Unterrichtsentwürfe vor. Solche Themen sind auch Gegenstand von Hausarbeiten zum Zweiten Staatsexamen, z.B. zum Thema „Der Schleswig-Holsteinische Landtag als außerschulischer Lernort für Politische Bildung, dargestellt an ausgewählten Beispielen“.

Lehrerfortbildung

Das IPTS hat im Berichtszeitraum vielfältige Fortbildungsveranstaltungen zum Fach Wirtschaft/Politik in den verschiedenen Schularten angeboten. Bis Ende 1998 werden trotz notwendiger Einsparungen insgesamt etwa 2.200 Lehrkräfte an Fortbildungsmaßnahmen des IPTS teilgenommen haben (vgl. auch Abschn. 3.4).

Allerdings ist der Zuspruch unterschiedlich. Fortbildungsmaßnahmen, die sich zu sehr der Theorie des Faches Wirtschaft/Politik zuwenden, finden wenig Akzeptanz. Dagegen werden Veranstaltungen, die unmittelbar Grundfragen und Probleme des Unterrichtsalltags in diesem Fach ansprechen, sehr gut angenommen. Aus diesem Grund sind die Auseinandersetzung mit den neuen Lehrplänen, die Konzeption von Stoffverteilungsplänen, spezifische Unterrichtsmethoden, Organisationsformen, Arbeitsweisen, exemplarische Unterrichtseinheiten und Begegnungen vor Ort mit Expertengesprächen Schwerpunkte der Lehrerfortbildung.

Weiterbildung

Seit 1995 haben etwa 220 Lehrkräfte die Lehrbefähigung für Wirtschaft/Politik (Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen) in einer Weiterbildungs-Serie des IPTS erworben. Seither kann man davon ausgehen, daß dieses Fach didaktisch-methodisch auch in der gymnasialen Oberstufe gesichert ist. Künftig kommt es darauf an, die bislang noch ungleiche Verteilung zu verbessern.

Vermittlung eines modernen parlamentarischen Verständnisses

Im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtags wurden vom IPTS gemeinsam mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel neue technische und didaktische Möglichkeiten für die Vermittlung eines modernen parlamentarischen Verständnisses entwickelt. Die erste, 1994 herausgegebene CD-Rom löste den herkömmlichen Landtagsfilm als Medium zur Darstellung politischer Inhalte und Strukturen ab. Inzwischen ist die 4. Version des digitalen Datenträgers erschienen, die nach Landesnaturschutzgesetz und Landtagswahl nun die jüngste Schulgesetznovelle für den schulischen Lernprozeß didaktisch aufbereitet. Das moderne Medium, das durch ein inhaltlich eng verzahntes Arbeitsbuch ergänzt wird, hat sich in der Lernpraxis bewährt. Inhaltlich steht die Vermittlung eines realistischen Verständnisses von Politikerzeugung im Vordergrund. Politik wird zum einen als Ergebnis veränderter Anforderungen einer komplexen Dienstleistungsgesellschaft, zum anderen als Ergebnis von Rollen- und Handlungszwängen dargestellt. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen IPTS und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ist mittlerweile beispielgebend für die parlamentarische Bildungsarbeit anderer Länder.

Perspektiven

Auch in den kommenden Jahren wird das IPTS angesichts der besonderen Bedeutung der Politischen Bildung in den Schulen seine Bemühungen auf allen drei Gebieten der Lehrerbildung in seinem Zuständigkeitsbereich fortsetzen. Dies gilt insbesondere für die Lehrerweiterbildung: Es ist beabsichtigt, nach einer aus finanziellen Gründen eingetretenen Unterbrechung die Weiterbildungsmaßnahme zum Erwerb der Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe (Gymnasien, Gesamtschulen) im Jahre 1999 wieder aufzunehmen.

4. Außerschulische politische Jugendbildung

Die Landesregierung fühlt sich in besonderem Maße dem gesetzlichen Auftrag des Jugendförderungsgesetzes verpflichtet, in dem es heißt (§ 7):

„Die Jugendarbeit soll junge Menschen dazu befähigen, ihre persönlichen und sozialen Lebensbedingungen einschließlich ihrer regionalen und globalen Zusammenhänge zu erkennen, ihre Interessen gemeinsam mit anderen wahrzunehmen sowie ethnische, kulturelle, regionale, soziale und politische Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten. Sie soll zu eigenverantwortlichem, gesellschaftlichen und politischen Handeln befähigen, jugendspezifische Formen von Lebens- und Freizeitgestaltung ermöglichen sowie bei der Berufsfindung und im Übergang in die Arbeitswelt Unterstützung gewähren.“ Weiter heißt es: „Ein besonderes Ziel der Jugendarbeit ist die Entwicklung von Toleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, Weltanschauung und Lebensweise.“ Dies wird durch den § 15 (politische Jugendbildung) ergänzt: „In der Jugendarbeit soll politische Bildung das Interesse an politischer Beteiligung frühzeitig herausbilden, die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung politischer Vorgänge und Konflikte entwickeln und durch aktive Mitgestaltung politischer Vorgänge zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Sie hat umfassende Bedeutung und soll zur Umsetzung eigener Vorstellungen und Interessen in einer demokratischen Gesellschaft anregen sowie Kenntnisse über Staat und Gesellschaft vermitteln.“

Die Förderung von Jugendarbeit und politischer Bildung in diesem Rahmen bereitet junge Menschen auf Gesellschaft und Demokratie vor. Jugendarbeit bietet einen Lernort an, in dem gedacht, erprobt und verworfen werden kann, der Jugendlichen bei allen Widrigkeiten zeigt, daß Leben und Lernen im Einklang Spaß machen. Politische Jugendbildung bietet die Chance, Jugendlichen zu vermitteln, daß die Zukunft beeinfluß- und gestaltbar ist. Es geht um das demokratische Leben in ihrem Nahbereich, um das Lernen, sich in einem demokratisch verfaßten Alltag zu bewegen und um systematische Einmischung in Gesellschaft, Politik und Kultur. Jugendliche wollen etwas tun, was Sinn hat und Spaß macht und wobei sie mitbestimmen können. Gefragt sind vor allem mehr Freiräume für eigene Ideen und eigenes Gestalten sowie mehr Gemeinschafts- und Erfolgserlebnisse.

Die Förderung der Jugendarbeit setzt bei aller Vielfalt auf die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensräume.

4.1 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Um die zentralen Forderungen des Jugendförderungsgesetzes umzusetzen, hat das Land Schleswig-Holstein in beispielhafter Weise mit einer „Demokratie-Kampagne“ die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt initiiert und unterstützt, wie dies bereits im Abschnitt 2 des Berichtes erwähnt wurde. Politisches Bewußtsein und politisches Lernen können durch keinen Unterricht und durch kein Seminar so geprägt werden, wie durch die Chance, selbst mitzugestalten und dabei ernstgenommen zu werden.

In den letzten Jahren wurden durch das Land Schleswig-Holstein im Rahmen der „Demokratiekampagne“ ca. 150 Beteiligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen am kommunalen Leben mit unterschiedlicher Zielorientierung, Qualität und Größenordnung gefördert. Grundlage hierfür ist die seit 01.04.1996 gültige Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein. Dort wird betont, daß das Handeln der Gemeinden nicht nur gegenwartsbezogen, sondern auch und in erster Linie zukunftsbezogen ist und sich auf Kinder und Jugendliche sowie ungeborene Generationen auswirkt. Da auch Kinder und Jugendliche Einwohnerinnen und Einwohner mit besonderen Wünschen und Bedürfnissen sind, sollen sie gleichermaßen an kommunalen Planungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt werden. Erstmals in der Bundesrepublik, und inzwischen in anderen Ländern eingeführt (Hessen, Rheinland-Pfalz) oder diskutiert (Niedersachsen), wurde eine eigenständige kommunalverfassungsrechtliche Regelung über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der gemeindlichen Entscheidungsfindung getroffen: Die Gemeinden sollen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu sollen geeignete Verfahren entwickelt werden. Dabei können die Gemeinden auf Instrumente zurückgreifen, die sich bereits in der kommunalen Praxis im Lande entwickelt haben: Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte, Kinder- und Jugendforen sowie effektive projektorientierte Beteiligungsformen wie Zukunfts- und Planungswerkstätten, Planungszellen und Planungsforen.

Fast alle Planungen und Vorhaben in Gemeinden, z.B. in den Bereichen Verkehr, Stadtsanierung, Grünflächengestaltung, Spielraumentwicklung oder Dorferneuerung betreffen auch die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Deshalb gilt für den größten Teil aller kommunalpolitischer Entscheidungen: Es muß dokumentiert werden, wie z.B. bei einer Stadtplanung während des Planungsprozesses, in welcher Form auch immer, die Belange von Kindern und Jugendlichen reflektiert worden sind und mit welchen für Kinder und Jugendliche geeigneten Verfahren diese beteiligt worden sind. Die „Soll-Regelung“ in der Kommunalverfassung entspricht dem Ziel, Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein als Subjekte ernst zu nehmen und mit ihnen einen Dialog über ihre Bedürfnisse, Wünsche und Interessen bei gemeindlichen Planungen und Entscheidungen zu führen.

Beim kinderfreundlichen Umbau unserer Städte und Gemeinden auf die Mithilfe der Kinder und Jugendlichen zu setzen ist, wie viel Beispiele zeigen, ein bedeutender planerischer Gewinn. Die Demokratiekampagne setzt deshalb vor allem auf die Entwicklung vielfältiger Modelle von „Nahraumdemokratie“ oder Alltagsdemokratie, wobei folgende Prinzipien berücksichtigt werden:

- Kinder und Jugendliche sollen nicht an Entscheidungen beteiligt werden, die sie überfordern.
- Zwischen der Beteiligung an der Planung und deren Realisierung sollte ein enger zeitlicher Zusammenhang bestehen.
- Bei der Planung sind geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen, da der öffentliche Raum oft noch zu sehr nach den Vorlieben der Jungen organisiert ist. Dabei dürfen aber keine Geschlechtsrollenstereotype reproduziert werden.

Neben den „parlamentarischen“ Formen der Beteiligung haben sich praxisorientierte Modelle bewährt. Diesen Projekten ist gemein, daß die Kinder und Jugendlichen von Anfang an beteiligt werden, daß ihre Wünsche und Vorstellungen bei der Realisierung berücksichtigt und im Idealfall auch noch mit der Beteiligung der Betroffenen selbst umgesetzt werden. Wer auf Vielfalt setzt und nicht auf Verordnungsvorschriften, muß allerdings größere Anstrengungen unternehmen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Vorhaben sicherzustellen. Statt auf Ver-

ordnungen setzt die Landesregierung auf eine langfristig angelegte Akzeptanzstrategie für mehr Mitbestimmung:

- Mit der Förderung zahlreicher Informationsveranstaltungen auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene,
- mit der Broschüre und dem Video „*Planen mit Phantasie*“: Das dort entwickelte Konzept der Beteiligungsspirale mit Zukunftswerkstätten und Planungszirkeln hat sich über Schleswig-Holstein hinaus in der Praxis bewährt,
- mit der Ausbildung von Moderatorinnen und Moderatoren für „Kinderfreundlichkeit und Alltagsdemokratie“: Diese Fachkräfte für die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen können von Kommunen, aber auch von freien Trägern der Jugendhilfe, Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsbaugesellschaften, Schulen und anderen Institutionen bei der Aktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ angefordert werden,
- mit der Förderung von 150 Beteiligungsprojekten der unterschiedlichsten Größenordnung: vom einfachen Fragebogen zur Einschätzung der Lebensqualität auf dem Dorf bis hin zur Beteiligung an einem komplexen Stadtsanierungsprojekt,
- mit der besonderen Beachtung der Einbeziehung von Mädchen in die Stadt- und Gemeindeplanung: Ihre Handschrift ist bei vielen Projekten deutlich zu erkennen (s. Abschn. 4.5),
- mit dem Handbuch „*mitreden-mitplanen-mitmachen*“ : Das Handbuch enthält 16 Praxisportraits in denen vorgestellt wird, wie einzelne Gemeinden, Städte und Kreise ihre Mitbestimmungspraxis entwickelt und umgesetzt haben. Hier kann sich die Leserin oder der Leser ein Bild davon machen, wie verschieden die Zugangswege für Partizipation in der Gemeinde aussehen können.

Beispiele und Erfahrungen:

Jugendliche haben sich in **Bad Oldesloe** ein eigenes Skateland geschaffen. Dafür ist das Konzept der Beteiligungsspirale entwickelt worden: Vom Einwerben von Sponsorenmitteln in einer ersten Phase über Ideenfindung in einer Zukunftswerkstatt kommt es im Planungszirkel zur Zusammenarbeit von Jugendlichen und städtischem Bauamt: Am Computer werden TÜV- und DIN-gerechte Geräte entwickelt. Die Jugendlichen packen dann beim Bau der ramps und pipes an. Sie übernehmen Ver-

antwortung für die Instandhaltung des Platzes und mischen sich in weitere Stadtentwicklungsprozesse ein. Sie werden von Jugendlichen anderer Städte als Expertinnen und Experten beim Bau von ähnlichen Anlagen hinzugezogen. Dieser Prozeß ist umso erstaunlicher, weil insbesondere die Gruppe der Inliner und Skater von manchen Erwachsenen als Störer empfunden wird; hier hat die Einbeziehung der Jugendgruppe zu einem Miteinander von Stadt und Jugendlichen geführt, mit einer für alle befriedigenden und gleichzeitig motivierenden Lösung.

Kinder planen mit Hilfe eines Expertenteams für umweltgerechte Spielräume die Außenanlage ihrer Kindertagesstätte in **Brekendorf, Großenbrode, Brokstedt, Bordesholm** und vielen anderen Orten mehr. Überall kommt es zur Mithilfe der Erzieherinnen und Erzieher, der Kinder und Eltern, aber auch vieler Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune. Das Beteiligungsprojekt führt zur Belebung des Ortes. Wie eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung bereits entsprechend umgestalteter Einrichtungen ergibt, ist aufgefallen, daß sich das Spielverhalten der Kinder teilweise auffällig verändert hat. Die meisten Einrichtungen kommen zu dem Schluß, daß das Spiel der Kinder wesentlich neugieriger, einfallsreicher und konzentrierter geworden ist und ein rücksichtsvollerer und gewaltloserer Umgang der Kinder untereinander festzustellen ist.

In **Flensburg-Engelsby** wird ein Bürgerpark aus Städtebauförderungsmitteln gebaut, in **Geesthacht** die weitgehend unbebaute Werfthalbinsel städtebaulich entwickelt und in **Schwarzenbek** entsteht ein Freizeitpark aus Mitteln, die im Rahmen eines großen Straßenbauvorhabens zur Verfügung stehen. In allen drei Fällen werden Kinder, Jugendliche sowie Gruppen von Erwachsenen wie z.B. Seniorinnen und Senioren in Geesthacht und Schwarzenbek an der Planung beteiligt. Die mit der Planung beauftragten Büros bestätigen, daß diese generationsübergreifende Planung die ursprünglichen Konzepte verbesserte. Daneben verbindet eine solche Planung die Generationen.

Kinder und Jugendliche in **Schafflund** bauen den Schulhof nach ihren Wünschen um. Als sich bei der Planung herausstellt, daß Geld fehlt, entwickeln die Schülerinnen und Schüler die Idee eines Dienstleistungstages: Sie arbeiten auf dem Friedhof,

verpacken Käse in einer Meierei oder helfen bei den Nachbarn und verdienen so für ihr Projekt insgesamt 13.000.- DM. Auch die Schülerinnen und Schüler aus Erfde nutzen diese Idee, um 7.000.- DM für ihren Schulhof beizusteuern. In Schafflund hat es knapp zwei Jahren nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes - die bisherige Schulhofumgestaltung ist ausschließlich durch die Schülerinnen und Schüler selbst erfolgt - keine Vandalismusschäden gegeben.

In **Westerrönfeld** bieten 40 Jugendliche anlässlich einer Jugendeinwohnerversammlung ihre Mitarbeit bei der Planung eines neuen Jugendhauses an. Nach einem Wochenende intensiver Arbeit in einer Jugendherberge präsentieren über 30 Jugendliche dem Sozialausschuß ihre Ergebnisse in schriftlicher Form sowie in Form der hergestellten Modelle. Die Modelle werden anschließend in Zusammenarbeit von Fachleuten der Verwaltung, der Planung sowie Vertretern der Jugendlichen zu einem realisierbaren, auf Wünschen der Jugendlichen basierenden Endmodell zusammengestellt. Die Gemeindevertretung erhöht auf der Grundlage dieses Entwurfs den Etat für das Jugendhaus um das Zweifache und verhilft damit diesem Gemeinschaftsprojekt zu einem großen Erfolg für beide Seiten.

Über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt sich die kleine Gemeinde **Bokel** im Kreis Rendsburg-Eckernförde zum Kinderkulturdorf. Die anfängliche Skepsis vieler Erwachsener weicht einem interessierten Mitmachen und schließlich ist das ganze Dorf an dem Prozeß beteiligt.

An der Grund- und Hauptschule **Buntenskampschule in Geesthacht** qualifiziert sich das ganze Kollegium in der Durchführung von Zukunftswerkstätten, um anschließend mit allen vierhundert Schülern den Schulhof neu zu planen. An der Schule entwickelt sich ein ganz neues Selbstbewußtsein und diesem ersten Schritt werden viele neue Ideen zur Belebung des Schullebens folgen, wie dies auch aus zahlreichen anderen Projekten bekannt ist.

Daß Beteiligungsprojekte oft auch zu Einsparungen führen, hat z.B. die Gemeinde **Helgoland** beim Umbau eines Jugendspielgeländes festgestellt: Gegenüber dem konventionellen Verfahren ergab sich eine Einsparung von über 60%. Das hervorra-

gende Merkmal dieses Projektes, das vom Baubeginn bis zur Fertigstellung nur 10 Wochen dauerte, ist jedoch das hohe Maß an Befriedigung, das aus einem guten Konzept, dem großen Zuspruch aus der Bevölkerung und der intensiven Zusammenarbeit von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen sowie einer Wiederentdeckung des Gemeinnsinns resultiert.

Da die Herausbildung von Fähigkeiten, sich an der Gestaltung der eigenen Lebensumwelt zu beteiligen, eine entscheidende Vorbedingung für politische Bildung ist, setzt dieser Prozeß bereits in Kindertageseinrichtungen ein. Gemäß § 16 Kindertagesstättengesetz vom 12.12.1991 ist eine angemessene Beteiligung der Kinder an Angelegenheiten, die den Tagesablauf einer Einrichtung betreffen, vorgesehen.

4.2 Kommunalwahlalter 16

Neben der Änderung der Gemeindeordnung, die eine unmittelbare Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorsieht, war die Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes ein weiterer Schritt zu mehr Beteiligung und Demokratie. Wesentliches Ziel der Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht ist es, Kinder und Jugendliche in verstärktem Maße zur Beteiligung und Mitgestaltung an gesellschaftlichen Zusammenhängen zu gewinnen. Durch die Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes konnten am 22. März 1998 Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr das erste Mal ihr aktives Wahlrecht für die Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie den Kreistagen in Anspruch nehmen.

Die Höhe der Wahlbeteiligung ist unter Berücksichtigung der seit Mitte der 80er Jahre zurückgehenden Wahlbeteiligung insgesamt ermutigend. Die Bedeutung der Herabsetzung des Kommunalwahlalters zeigt sich dabei zum einen an der im Vergleich zur nächsthöheren Altersgruppe der 21- bis 24-jährigen vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung der 16- bis 20jährigen (51,6% gegenüber 38,3%), aber auch an den vielfältigen Initiativen und Aktionen zur Information über das neue Wahlrecht.

Um die Jugendlichen flächendeckend und nachhaltig über ihr Wahlrecht zu informieren wurden vom Jugendministerium verschiedene Projekte gefördert:

- Die Aktion „Jetzt frei ab 16“ des Landesjugendringes

Der Landesjugendring hat über Plakate, Postkarten und Handzettel sowie Aufkleber die Jugendlichen darauf aufmerksam gemacht, wie sie sich in die aktuelle kommunalpolitische Auseinandersetzung um mehr qualifizierte Arbeitsplätze, zukunftsgerichte Schulen, mehr Beteiligung und die finanzielle Absicherung der Jugendarbeit einmischen können. In landesweiten Veranstaltungen der Kreisjugendringe und Mitgliedsverbände des Landesjugendringes wurden in jugendgemäßer Form diese Inhalte gegenüber Politikerinnen und Politiker zum Ausdruck gebracht.

- Die „Nutze Dein Recht - Kampagne“ der LandesschülerInnenvertretung

Die LandesschülerInnenvertretung sah ihre Chance darin, Sechzehn- und Siebzehnjährige dort zu erreichen, wo sie sich fast täglich aufhalten: in der Schule. In einer Zukunfts- und Planungswerkstatt und einem Workshop wurden von den Schülerinnen und Schülern ein Informationsfaltblatt und Plakate entwickelt, die anschließend an alle Schulen des Landes verschickt wurden. Die Plakate und das Faltblatt wurden an vielen Schulen zum Anlaß genommen, um im Unterricht oder in Form von Projekttagen das Thema „Wählen“ mit den Schülerinnen und Schülern zu erarbeiten.

- Projekt „Befragung zur Kommunalwahl, Wahlrecht ab 16“ der Stadt Neumünster

Das Jugendamt der Stadt Neumünster entwickelte gemeinsam mit Jugendlichen verschiedene Informationsblätter zum Thema Wahlrecht. Diese Informationsblätter wurden an den Schulen und in den Häusern der offenen Jugendarbeit verteilt. Um eine Auswertung des Wahlverhaltens der Erstwählerinnen und Erstwähler durchführen zu können, sprachen 28 Helferinnen und Helfer vor verschiedenen Neumünsteraner Wahllokalen Jungwählerinnen und Jungwähler an. 40,9% der Neumünsteraner Jungwählerinnen und Jungwähler konnten so erreicht werden.

Ergebnis der Befragung: Die „tatsächliche“ Wahlbeteiligung lag in Neumünster bei überdurchschnittlichen 52,8%. Auffällig war vor allem, daß die Wahlbeteiligung in der Gruppe der 16- und 17-jährigen deutlich höher als bei den 18-bis 21-jährigen lag.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hat darüber hinaus die Schulen über die Änderung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht informiert sowie auf Informationsmaterial hierzu hingewiesen und insbesondere auf die Mög-

lichkeit aufmerksam gemacht, Abgeordnete einzuladen. Um die Nutzung der im Schulgesetz ausdrücklich erwähnten Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der Meinungsvielfalt der politischen Parteien zu fördern, wird seitens des Landtags den Schulleitungen die Zusammenarbeit bei der Suche nach Kontakten zu Abgeordneten des Parlaments angeboten.

4.3 Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt

Dreiviertel der Tatverdächtigen gegen die in Deutschland wegen fremdenfeindlicher Straf- und Gewalttaten ermittelt wird, sind höchstens 20 Jahre alt. Es geht aber nicht nur um Straf- und Gewalttaten, sondern auch um unauffällige, subtile Formen, die keineswegs legitim, so doch legal und alltäglich sind. Andererseits vermelden repräsentative Umfragen, daß viele Jugendliche sich toleranter gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen zeigen als Erwachsene. Insgesamt ist festzustellen, daß Gewalt und Rassismus kein spezifisches, typisches und generelles Jugendproblem darstellen. Die im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung geförderten Seminare und Projekte der politischen Bildung mit den Themen Rassismus und Gewalt ragen zahlenmäßig heraus, wie bereits im Bericht 1994 hervorgehoben wurde. In den Jahren 1995 bis 1997 haben 2.491 junge Menschen an insgesamt 161 vom Land geförderten Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung im engeren Sinn teilgenommen. Dabei halten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit 1.233 zu 1.258 fast die Waage. Allerdings ist anzumerken, daß die Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit freiwillig ist und dadurch nicht der zahlenmäßig umfassende Zugang zu Kindern und Jugendlichen gefunden werden kann, wie dies in der Schule möglich ist.

Im Rahmen von Projekten der Jugendsozialarbeit wurden im Jahre 1997 zusätzlich rund 20 Seminare und Projekte zu den Themenbereichen Gewalt und Rassismus gefördert. Da das Kinder- und Jugendhilfegesetz vom Gedanken der präventiven Hilfeangebote bestimmt ist, zielen die Maßnahmen eher auf Erziehung und Sozialisation in ihrer gesamten Breite, als auf spezifische Dichte. Eine vergleichbare Zahl erreichen auch Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zum Umgang mit neuen Medien. Hervorzuheben sind dabei die Heider Medientage, die unter den Stichworten Film, Video und Computer jährlich stattfinden.

Seit 1991 wurden 18 Projekte zur Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule gefördert, die präventiv, problembezogen und gemeinwesensorientiert ausgerichtet sind. Diese Projekte sind Kooperationen, an denen z.T. Vereine, Verbände und die Polizei beteiligt sind.

1993 wurde ein Streetwork-Programm mit wissenschaftlicher Begleitung aufgelegt. Drei Streetwork-Projekte wurden als Kooperationen zwischen aufsuchender Jugendarbeit, politischer Bildung und Polizei konzipiert und richteten sich speziell an sozial ausgegrenzte, gewaltbereite und rechtsextremistische Jugendliche. Alle drei Projekte wurden durch die Kommunen weiter finanziert und teilweise sogar erweitert. Ein weiterer Schwerpunkt der Förderung von Maßnahmen zur Prävention sind Begegnungen zwischen in- und ausländischen Jugendlichen zum Abbau von Vorurteilen. Beispielhaft seien hier die seit 1993 stattfindenden Begegnungen deutscher und türkischer Jugendlichen aus Rostock, Hoyerswerda und Kiel und die Interkulturellen Wochen in Kiel, die seit 1994 jährlich durchgeführt werden, sowie multikulturelle Freizeiten mit sozialpädagogischem- und Bildungsanspruch genannt.

Um den Zugang von jungen Menschen zu Seminaren und Projekten der politischen Jugendbildung zu erweitern, hat das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau über die Förderung von Projekten und Seminaren hinaus im Rahmen seiner Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe erste Initiativen zur methodischen Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendarbeit ergriffen. Künftig soll diese Hilfe in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendarbeit und mit Bildungsstätten ausgebaut werden, denn die Akzeptanz der Vermittlung politischer Inhalte hängt wesentlich von der Lebendigkeit der angewandten Methoden ab.

4.4 Maßnahmen zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweise

Schwule und Lesben erleben trotz aller vermeintlichen Aufgeklärtheit einer modernen Gesellschaft nach wie vor Benachteiligungen. Das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau hat sich dieser Problematik in besonderem Maße angenommen. Eine wichtige Maßnahmengruppe sind Bildungsveranstaltungen, die das Ziel verfolgen, bestehende Vorurteile abzubauen, Sachinformation zum Thema

gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu vermitteln und Erfahrungen mit dem Thema im jeweiligen beruflichen oder gesellschaftlichen Tätigkeitsbereich bzw. Lebensumfeld auszutauschen. Zielgruppen waren bisher u.a. Lehrkräfte, Auszubildende in therapeutischen Berufen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit und dem Kinder- und Jugendschutz. Einzelvorträge zum Thema Homosexualität wurden in weiterbildende Veranstaltungen für die Zielgruppen integriert.

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau beabsichtigt, Bildungsangebote, die auf den Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zielen, künftig auszubauen.

4.5 Mädchenarbeit als politische Bildung

Die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen hat sich in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und insbesondere bei der aktiven Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Diskursen in unserer Gesellschaft bis heute nicht durchgesetzt. Nach wie vor ist der Anteil junger Frauen in politischen Parteien und auf den Entscheidungsebenen von Vereinen und Verbänden signifikant niedriger. Die Gruppe der jungen Frauen zwischen 18 und 25 Jahren bildet einen großen Anteil in der Gruppe der Nichtwählenden. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der politischen Bildung aufklärend und ermutigend auf Mädchen und junge Frauen einzuwirken und ihnen Möglichkeiten und Orte von Partizipation aufzuzeigen. Dabei stehen im Mittelpunkt die Entwicklung von Leitbildern für Formen der politischen Bildung, die Mädchen und junge Frauen zu ihrem Recht kommen lassen, attraktiv auf sie wirken und sie zu eigenständigen und ihnen gemäßen Formen des Engagements anregen.

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau hat deshalb im Rahmen seiner Förderung der Mädchenarbeit in den vergangenen Jahren folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Erhöhung des Frauenanteils in der Gremienarbeit von Jugendverbänden,
2. Projekte für Mädchen zur Beteiligung an Planungsvorhaben im öffentlichen Raum,
3. die Beteiligung von Mädchen an der Maßnahmeplanung gemäß § 55,1 JuFöG im Rahmen der Jugendhilfeplanung.

1. Die **Jugendverbände** haben in den letzten Jahren unter Beibehaltung des Grundsatzes der Koedukation begonnen, spezifische Angebote an Mädchen- und Frauenbildungsarbeit zu entwickeln. Während in Gruppenarbeit und Mitgliederstruktur der Verbände das Geschlechterverhältnis ausgewogen ist, dominieren auf der Gruppenleitungsebene nach wie vor die männlichen Mitglieder. Es klafft also immer noch ein Widerspruch zwischen der Mitmach- und Mitsprechebene. In den schleswig-holsteinischen Jugendverbänden gibt es mit Ausnahme der Landjugend bislang noch wenig Ansätze zu strukturellen Veränderungen wie Mädchen- und Frauenförderpläne, Quotierungsregelungen für Gremien- und Leitungsgremien. Der 1996 beschlossene Frauenförderungsplan des Landesjugendrings besitzt nur Selbstbindung. Mit der Einrichtung einer als Modellvorhaben geforderten Referentinnenstelle im Mai 1996 hat der Landesjugendring zur Stärkung der Mädchen- und Frauenarbeit in den Jugendverbänden beigetragen. Ein Schwerpunkt ist die Beratung und Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen in der Gremienarbeit. Dieses Thema war auch einer der Schwerpunkte der Ostseejugendkonferenz im Oktober des Jahres.
2. Die Beteiligungsprojekte der Demokratiekampagne sind in der Regel eher in kleinen Gemeinden zu finden, in denen es an Angeboten der Mädchenarbeit oft mangelt. Viele finden im Umfeld von Schule oder sogar unter dem Dach von Schule statt und bieten für die genannten Punkte eigentlich eine gute Voraussetzung. Andererseits läßt sich geschlechtshomogenes Arbeiten vor allem in der Grundschule mangels männlicher und interessierter Lehrer schlecht organisieren. Bei der Auswertung der bisherigen erfolgreich in Kooperation mit Mädchenarbeit geförderten Projekte fallen drei Kriterien auf, die öffentlicher Raum auszeichnen muß, damit er von Mädchen angenommen wird und gestaltet wird:
 - Ein hohes Maß an sozialer Sicherheit,
 - die soziale Ausrichtung von Spielgelegenheiten,
 - eine gute räumliche Erreichbarkeit.
3. Schleswig-Holstein hat im Jugendförderungsgesetz einen Schwerpunkt auf die mädchengerechte Gestaltung der Jugendhilfe als ein zentrales Planungsziel der Jugendhilfeplanung gelegt. Das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und

Städtebau hat hierzu u.a. ein Projekt zur **mädchengerechten Jugendhilfeplanung** im Kreis Nordfriesland in den Jahren 1996 -1998 mitgefördert. 1998 wurde mit fachlicher Begleitung des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt ein Modellvorhaben unter dem Titel „Mädchen mischen mit“ gestartet. Im Rahmen dieses Vorhabens sollen Beteiligungsverfahren im Rahmen der Bedarfsplanungen der Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte angeregt, unterstützt und ausgewertet werden.

Für das Jahr 1999 ist eine Fortbildungs- und Veranstaltungsreihe zur Rolle der neuen Medien in der Gesellschaft geplant. Es wird davon ausgegangen, daß nicht zuletzt auch in Hinblick auf die berufliche Orientierung von Mädchen und jungen Frauen der Medienkompetenz eine zentrale Bedeutung zukommt.

4.6 Internationale Jugendarbeit

Internationale Jugendarbeit ist praktische politische Bildung. Sie dient der interkulturellen und internationalen Verständigung sowie der Friedenssicherung. Sie setzt sich mit den Vernetzungen der internationalen, wirtschaftlichen und politischen Realität auseinander und trägt zu grenzüberschreitenden, gemeinsamen Problemlösungen bei. Internationale Jugendarbeit fördert den europäischen Einigungsprozeß.

Aus Landes-, Bundes- (Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes) und EU-Mitteln (Gemeinschaftsprogramm „Jugend für Europa“) wird neben dem Jugendaustausch für junge Menschen aus verschiedenen Ländern auch der Erfahrungsaustausch von Fachkräften der Jugendarbeit sowie die Zusammenarbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe über die Grenzen hinweg gefördert (freie und öffentliche Träger).

Schleswig-Holstein legt seit Anfang der neunziger Jahre bei der Förderung aus Landes- und Bundesmitteln einen Schwerpunkt auf Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen aus Ostseeländern. Seither ist die Zahl der Akteure und Aktivitäten in der Ostseekooperation kontinuierlich gewachsen. Unterstützt wird dies durch das Ostsee-Jugendbüro, das neue Kontakte anbahnt, bestehende Kontakte pflegen hilft und

viele Informationen zu Kultur, Freizeit, Schule und Beruf aus dem gesamten Ostseeraum sammelt und sich insgesamt zu einer wichtigen Informationsagentur entwickelt hat. Zunehmend wird vom Ostsee-Jugendbüro neben dem Multiplikatoren-Service auch der direkte Austausch junger Menschen unterstützt, wie auch politisch relevante Informationen der Europäischen Union an Interessierte weitergegeben werden. Das Ostsee-Jugendbüro organisiert, jeweils mit einem weiteren schleswig-holsteinischen Träger der Jugendarbeit, die seit 1989 jährlich stattfindenden ca. einwöchigen Ostsee-Jugendkonferenzen, die sich mit unterschiedlichen Themen und Arbeitsbereichen befassen.

In den letzten vier Jahren haben verstärkt Jugendaustauschmaßnahmen mit Litauen, Lettland und Estland stattgefunden, ferner Fachkräfteaustausche mit diesen drei Ländern sowie Finnland und Rußland (Kaliningrad). Beispielhaft für den Austausch mit anderen Ländern steht der deutsch-polnische Jugendaustausch. Seit 1993 besteht eine bei der Landesregierung angesiedelte Landeszentralstelle des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes, die sowohl Jugendaustauschmaßnahmen freier als auch öffentlicher Träger fördert. Das Interesse an einem Austausch zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen hat sich in den letzten fünf Jahren stetig entwickelt. Neben klassischen Jugendaustauschbegegnungen zwischen jungen Deutschen und Polen finden kulturelle Maßnahmen und Gedenkstättenfahrten statt. Darüber hinaus bietet das Deutsch-Polnische Jugendwerk Fortbildungsveranstaltungen, Seminare und Sprachkurse für beide Seiten an. Trotz begrenzter Fördermittel sind viele Träger um einen Ausbau der Kontakte nach Polen und umgekehrt bemüht.

4.7 Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit

Das vom Landessportverband Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Sportjugend und dem Innenministerium getragene Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ will mit Hilfe des Sports erreichen, daß Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zusätzliche, sinnvolle Freizeitangebote gemacht werden, die ihnen auf sportliche Weise Spaß und Wertvorstellungen vermitteln. Vor dem Hintergrund von Orientierungslosigkeit, egoistischem Denken und Handeln, zunehmender Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus zielen die Ideen und Hand-

lungsansätze des Projekts auf einen präventiven Ansatz der Gewaltbekämpfung. Gemeinsam mit vielen engagierten Verantwortlichen von Institutionen und Verbänden, insbesondere den Kreissportverbänden, den Sport-Fachverbänden, den Jugendorganisationen, den Schulen, Wohlfahrtsverbänden und Jugendämtern, Kirchen und Gewerkschaften, Polizei und Streetworker, Friedenswerkstätten und „kriminalpräventiven Räten“ wurden in zahlreichen Kreisen und Städten örtliche Arbeitskreise als „runde Tische gegen Gewalt“ eingerichtet. Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Honorarkräfte praktizieren vor Ort, im „sozialen Brennpunkt“, einen direkten Interventionsansatz.

Darüber hinaus werden integrative Ferienfreizeiten und Sonderaktionen wie Sportturniere, Projektwochen, Tage der sportlichen Begegnung unterschiedlicher Kulturkreise etc. gefördert. Zu den Zielen und Maßnahmen gehören das Training sozialen Verhaltens durch Sport, der Zusammenhang von Fairneß im Sport, Fairneß im Alltag und Möglichkeiten des Transfers, die Begründung dauerhafter Beziehungen durch Sport, die Entwicklung von Körpergefühl und Selbstbewußtsein mit dem Ziel der Identitätsbildung, Einprägung von „Sport ja - Gewalt nein!“ sowie „Sport ja - kriminelles Verhalten nein!“.

Zu den Zielgruppen gehören einerseits alle Kinder und Jugendlichen, andererseits gewaltbereite, gefährdete Kinder, Jugendliche und Heranwachsende in sozialen Brennpunkten.

Das Projekt wird in erheblichem Umfang mit Landesmitteln gefördert. 1997 und 1998 standen hierfür je 450 TDM zur Verfügung, ergänzt wurde die Förderung durch die Landesentwicklungsgesellschaft.

4.8 Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Zu den Konzepten der außerschulischen, politischen Bildung im Jugendbereich zählen auch das bereits seit dem Jahre 1964 angebotene Freiwillige Soziale Jahr sowie das 1991 eingerichtete Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).

Junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren können sich im FSJ in Krankenanstalten, Altersheimen, Kinderheimen, Kindertagesstätten, Jugendzentren und in Einrichtungen der Familienhilfe - im FÖJ in Naturschutzzentren, in Nationalparks, in der

ökologischen Landwirtschaft, in Biogärten, in Vogelschutzzentren und in der Mitarbeit bei der Erstellung von Besucherinformationen sowie bei der Kinder- Jugendlichen- und Erwachsenenenumweltarbeit engagieren und erfahren, daß das eigene Engagement für andere Menschen und für unsere Umwelt sich lohnt und etwas Sinnvolles bewirken kann.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden als freiwillige Helferinnen und Helfer bei gemeinnützigen Vereinen/Organisationen/Einrichtungen tätig und erhalten hierfür ein Taschengeld. Außerdem gewähren die Träger/Einsatzstellen i.d.R. Unterkunft, Verpflegung oder Arbeitskleidung und ersetzen Beiträge zum Zwecke der Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Seminaren zu sozialen ökologischen Fragestellungen und Zusammenhängen geschult. Diese Seminare finden teilweise auch bereichsübergreifend statt. Darüber hinaus werden die Teilnehmer während ihres oft schweren und belastenden Einsatzes pädagogisch betreut.

FSJ und FÖJ bieten hervorragende Möglichkeiten, die Persönlichkeit und das Selbstbewußtsein zu entwickeln, sich für die Berufswahl zu orientieren und selbständiges Arbeiten und verantwortungsbewußtes Handeln zu erlernen. Von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden sie als Chancen begriffen, sich in der Gesellschaft zu orientieren und zurecht zu finden. Sie tragen dazu bei, die Fähigkeiten zu friedlicher Konfliktlösung und Kooperation sowie soziale Sensibilität und Solidarität zu entwickeln. Entsprechend der besonderen Bedeutung für junge Menschen fördert das Länd über die allgemeinen Förderungsmaßnahmen des Bundesjugendplanes hinaus die Durchführung des FSJ mit rd. 450 Plätzen und die des FÖJ mit 50 Plätzen. Im Rahmen des Programmes zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein werden in den Jahren 1998/1999 und 1999/2000 jeweils 50 FSJ-Plätze und 20 FÖJ-Plätze zusätzlich bereitgestellt.

5. Politische Weiterbildung

5.1 Überblick und Perspektiven der politischen Bildung Erwachsener

Das am 1. Juli 1990 in Kraft getretene Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) hebt die Gleichrangigkeit der politischen, allgemeinen und beruflichen Weiterbildung hervor und betont die Freiheit der Lehrplan- und Programmgestaltung. Die Landesregierung fördert die politische Weiterbildung nach Maßgabe des Haushalts und nimmt sie als öffentliche Aufgabe in Gestalt der Landeszentrale für politische Bildung sowie auch der Akademie für Natur und Umwelt wahr.

Politische Bildung Erwachsener (politische Weiterbildung) wird insbesondere von folgenden Institutionen bzw. Institutionengruppen betrieben:

- Die Landeszentrale für politische Bildung als Einrichtung des Landes hat eine besondere überparteiliche und einrichtungsübergreifende Aufgabenstellung. Sie unterstützt die Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, trägt zur Verbesserung didaktisch-methodischer Kompetenzen bei, regt den Dialog zwischen verschiedenen politischen Gruppen an und moderiert ihn, behandelt spezifische Themen, fördert und vernetzt die unterschiedlichen Anbieter politischer Bildung unter Gewährleistung ihrer Pluralität.
- Die Volkshochschulen bringen ein weitgehend flächendeckendes Angebot politischer Bildung in die Regionen des Landes und erreichen ein breites Publikum. Mit rund 14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Kursen und Einzelveranstaltungen wird von den Volkshochschulen auch auf diesem Teilgebiet der Weiterbildung ein breites Grundangebot gewährleistet.
- Die Heimvolkshochschulen und Tagungsstätten bestreiten vielfältige, insbesondere auf demokratisches Bewußtsein und individuelle Orientierung gerichtete Bildungsarbeit. Ihr Angebot auf diesem Themengebiet ist oftmals integrativ ausgerichtet, verknüpft also weltanschauliche, kulturelle, sozioökonomische, aktuellpolitische oder auch religiöse Themen, gesellschaftliche Phänomene und individuelle Lebenswelten.

- Die sog. parteinahen Stiftungen bzw. Bildungsstätten bilden in ihrer Pluralität ein wesentliches Element der Infrastruktur politischer Bildung in Schleswig-Holstein. Als parteinahe Einrichtungen nutzen sie die Nähe zu Parteien, Politik und Praxis konstruktiv für die Bildungsarbeit.

Neben diesen vom Land getragenen bzw. geförderten Einrichtungen bilden insbesondere Träger, die gesellschaftlichen Gruppen nahestehen, wie etwa Gewerkschaften, Verbände und Organisationen ein wichtiges Standbein der politischen Erwachsenenbildung, da sehr unterschiedliche Bevölkerungs- und Zielgruppen erreicht werden. Die Angebote dieser Einrichtungen werden themenspezifisch von Fall zu Fall durch das Land gefördert, etwa im Bereich der Umwelt-, der Ausländer- und Spätaussiedlerarbeit, der europa- und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit oder der Frauenbildung. Hierzu zählt auch die gezielte Förderung von Institutionen und Projekten politischer Bildung durch die Landeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus fördert der Bund die politische Bildung projektbezogen (Bundeszentrale für politische Bildung) und institutionell, etwa die auch in Schleswig-Holstein tätige Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V., die als Partner der politischen Bildungsarbeit Seminare, Informationstage, Vorträge sowie Filmveranstaltungen und -verleih anbietet.

Das Angebot politischer Bildung Erwachsener ist insgesamt vielfältig und plural. Diese Vielfalt der Veranstaltungsformen und -themen ist einerseits entscheidende Voraussetzung für eine möglichst große Reichweite bzw. Weiterbildungsbeteiligung, da nach wie vor die Teilnahmequote an politischer Bildung nur etwa 1 - 2% der Bevölkerung beträgt, wie die repräsentative Erhebung des Berichtssystems Weiterbildung für 1994 festgestellt hat. Andererseits ist das Angebot politischer Bildung, ebenso wie das anderer Themengebiete, unübersichtlich. Die Kultusministerkonferenz wird vor diesem Hintergrund sowie angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen auf der Grundlage von im August 1998 beschlossenen „Überlegungen zur politischen Weiterbildung“ eine empirisch fundierte Bestandsaufnahme zur Situation der politischen Weiterbildung mit dem Ziel in Auftrag geben, neue Akzente dieses Weiterbildungsbereichs zu unterstützen.

Die im letzten Bericht zur politischen Bildung dargestellten Probleme und Herausforderungen im Weiterbildungsbereich bestehen i.w. fort, also insbesondere mangelnde Transparenz und Überschaubarkeit des Angebots, Notwendigkeit verbesserter Information und Beratung sowie Angebotsinnovation. Auf der Grundlage des „Konzepts zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur“, das alle Weiterbildungsbe-
reiche umfaßt, also auch die politische Bildung einschließt, fördert das Wirtschafts-
ministerium die Arbeit regionaler Weiterbildungsverbünde, die die Verbesserung von
Information und Beratung, die Kooperation und Koordination sowie den Teilnehmer-
schutz und die Qualitätssicherung befördern. Die Mitwirkung der politischen Bildung
in einer übergreifenden Weiterbildungs-Infrastruktur trägt dazu bei, das Bildungs-
marketing auch in diesem Weiterbildungssegment zu verbessern, vorhandene An-
gebote zu vernetzen und transparenter zu machen sowie moderne pädagogisch-
didaktische Ansätze zu verbreitern. Hierzu trägt auch ein im Rahmen der Landes-
initiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein vorgesehener landesweiter
Weiterbildungsserver bei, der dazu dienen soll, die Kommunikations- und Informati-
onsmöglichkeiten im Gesamtbereich der Weiterbildung zu verbessern.

Die darüber hinausgehenden begonnenen Schritte zur Zusammenarbeit der Anbieter
politischer Bildung werden von der Landesregierung nachdrücklich unterstützt, etwa
die „Initiative politische Bildung“ oder die kontinuierliche Zusammenarbeit der Heim-
volkshochschulen und Tagungsstätten. Zukünftig kommt es darauf an, diese Zu-
sammenarbeit zu verbreitern und zu intensivieren.

5.2 Bildungsfreistellung

In der Vergangenheit wurde die Freistellung für politische Themen als ein Kernziel
der Bildungsfreistellung angesehen und gefordert. Heute wird die Freistellung vor-
wiegend in Anspruch genommen, um berufliche Kenntnisse zu erweitern und zu ver-
tiefen. Das Angebot politischer Bildung im Rahmen der Bildungsfreistellung ist den-
noch beachtlich. Von Mitte 1993 bis Mitte 1998 wurden insgesamt 14.926 Bildungs-
freistellungsveranstaltungen anerkannt. Davon sind 6.413 Veranstaltungen (= 43%)
dem Bereich der politischen Bildung (im weiteren, integrativen Sinn) zuzuordnen. In
diesem Zeitraum haben insgesamt 134.257 Personen an anerkannten Veranstaltun-
gen der politischen Weiterbildung teilgenommen, davon nahmen aber nur 2.418 ihr

Recht auf Bildungsfreistellung wahr. Die übrigen Teilnehmenden waren entweder freigestellt nach Bildungsfreistellungsgesetzen anderer Länder oder, und das gilt für den überwiegenden Anteil, besuchten die Veranstaltungen in ihrer Freizeit.

Teilnehmende an anerkannten Bildungsfreistellungsveranstaltungen der politischen Weiterbildung (1993 - 1998)

Alter: Geschlecht:	bis 25 Jahre		26 - 40 Jahre		41 - 65 Jahre		über 65 Jahre		ohne Angabe
	m	w	m	w	m	w	m	w	
Teilnehmende insgesamt	15.873	19.125	16.780	18.462	24.326	25.388	2.792	3.317	8.194
	34.998		35.242		49.714		6.109		
Teilnehmende mit Bildungs- freistellung nach BFQG	110	87	393	413	681	559	10	3	162
	197		806		1.240		13		

Die Aufteilung nach Altersgruppen und Geschlecht macht deutlich, daß politische Bildung von der Altersgruppe der 41 - 65jährigen am stärksten besucht wird, die geringste Teilnehmerquote gibt es bei den über 65jährigen. Dies läßt sich auch damit erklären, daß Bildungsfreistellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedacht ist und die über 65jährigen bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Das geringste Interesse an politischer Bildung im Rahmen anerkannter Bildungsfreistellungsveranstaltungen haben danach junge Menschen unter 25 Jahren und die 26-40jährigen.

Die meisten Bildungsfreistellungsveranstaltungen der politischen Bildung beschäftigen sich mit der Innenpolitik, gefolgt von Themen der Umweltbildung und Gesellschaft/Geschichte. Das Themengebiet „Europa“ wurde aufgrund der wachsenden Bedeutung 1998 als eigenständiger Gliederungspunkt aufgenommen. Dies erklärt die z.Zt. noch geringe Zahl von Teilnehmenden. Auf die Einzelbereiche verteilen sich die Teilnehmenden wie folgt:

Teilnehmende nach Themenbereichen

	Gesamt	davon mit Bildungsfreistellung Schleswig-Holstein		
		männlich	weiblich	o.A.
Arbeitswelt	184	11	-	-
Außenpolitik	1.130	82	51	-
Frauen	431	3	39	3
Gesellschaft	2.269	134	77	36
Innenpolitik	6.345	269	182	43
Europa	34	6	11	-
Sozialwesen	151	2	1	-
Umwelt	1.491	48	40	1

Wie auch im letzten Berichtszeitraum nehmen Frauen weniger Bildungsfreistellung für Themen politischer Bildung im engeren Sinne wie Innen- und Außenpolitik, Gesellschaft/Geschichte, sondern vorwiegend persönlichkeitsbezogene Angebote wahr.

5.3 Politische Bildung an Volkshochschulen

Im Zeitraum 1994 -1997 haben die Volkshochschulen (VHSn) eine wechselvolle Nachfrage nach politischer Bildung verzeichnet, aber auch mit eigenen Aktivitäten im Bereich Politische Bildung deutliche Akzente gesetzt. Im folgenden werden die wichtigsten Punkte dargestellt und anhand der umfangreichen Volkshochschulstatistik dokumentiert.

Die im Bericht zur politischen Bildung 1994 sich abzeichnende positive Gesamtentwicklung hinsichtlich Zahl der Kurse, Teilnehmerzahlen, Unterrichtsstunden hat sich nicht fortgesetzt. Nach kräftigen Rückgängen in den Jahren 94/95 hat sich die Situation aber stabilisiert. Im Vergleich von 1996 zu 1997 ist erfreulicherweise wieder eine Zunahme bei den Kursen und Einzelveranstaltungen zu verzeichnen.

**Kurse der schleswig-holsteinischen Volkshochschulen im Stoffgebiet
Gesellschaft, Geschichte, Politik**

Jahr	VHSn gesamt	Kurse	% ggü. Vj.	UStd.	% ggü. Vj.	Beleg.	% ggü. Vj.
1993	167	313		8.789		5.283	
1994	165	224	- 28,4	4.714	- 46,4	3.750	- 29,0
1995	167	216	- 3,6	5.686	+ 20,6	3.179	- 15,2
1996	164	210	- 2,8	5.518	- 3,0	3.345	+ 5,2
1997	164	277	+ 31,9	5.939	+ 7,6	3.746	+ 12,0

Mit fast 14.000 Belegungen (Einzelveranstaltungen und Kurse) 1997 wurde das Vorjahrsergebnis auch absolut fast erreicht. In Relation zu den Gesamtbelegungen konnte der Bereich Politische Bildung sogar ein Plus gegenüber dem Vorjahr verzeichnen (von 7,6 auf 8,1% bei den Einzelveranstaltungen, von 1,2 auf 1,3% bei den Kursen).

Mit zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, daß in den VHS-Statistiken im Stoffgebiet „Gesellschaft, Geschichte, Politik“ lediglich die Veranstaltungen erfaßt werden, die von den Volkshochschulen explizit in diesem Bereich gemeldet werden. Das hat (bis einschließlich 1997) zur Folge, daß Veranstaltungen im Bereich Umweltbildung - unabhängig von ihrem Stellenwert für die politische Bildung - hier nicht mit erfaßt sind. Tatsächlich ist der Umfang der politischen Bildung an Volkshochschulen deutlich größer als diese Statistiken angeben, da

- Veranstaltungen, die einem integrativen Ansatz folgen und z.B. Elemente der beruflichen, kulturellen, allgemeinen und/oder politischen Bildung verbinden, nicht notwendigerweise dem Stoffgebiet „Gesellschaft, Geschichte, Politik“ zugeordnet sind,
- in schulabschlußbezogenen oder berufsorientierenden Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene politische Bildung zwar einen hohen Stellenwert genießt, aber hier nicht erfaßt wird,
- Exkursionen, Studienreisen, Ausstellungen ebenfalls gesondert erfaßt werden,
- zielgruppenorientierte Angebote z.B. für Senioren, für Jugendliche, für Frauen teilweise unter „stoffübergreifend“ erfaßt werden.

Einzelveranstaltungen bei den schleswig-holsteinischen Volkshochschulen im Stoffgebiet Gesellschaft, Geschichte, Politik

Jahr	VHSn gesamt	Anzahl	% ggü. Vj.	UStd.	% ggü. Vj.	Teiln.	% ggü. Vj.
1993	167	578		1.156		18.852	
1994	165	384	- 33,6	768	- 33,6	12.293	- 34,8
1995	167	359	- 6,5	718	- 6,5	13.271	+ 8,0
1996	164	311	- 13,4	622	- 13,4	10.959	- 17,4
1997	164	320	+ 2,9	640	+ 2,9	10.154	- 7,3

Einzelveranstaltungen sind eine nach wie vor beliebte Veranstaltungsform in der politischen Bildung, die offenbar der Tendenz, sich nicht langfristig festlegen zu wollen, entgegenkommt. Neben dieser „offenen“ Form politischer Bildung haben sich in einigen Orten feste, über einen langen Zeitraum arbeitende Werkstätten und Gesprächskreise etabliert, die zum Teil neue, interessante Kooperationen eingehen und ihre Forschungen auch in Ausstellungen und Broschüren dokumentieren.

Nach wie vor führen die hauptberuflich geleiteten Volkshochschulen mehr als 70% der Kurse mit fast 74% der Belegungen durch. Die nebenberuflich geleiteten Volkshochschulen machen zwar 75,8% aller VHSn aus, bieten aber nur weniger als 30% der Kursveranstaltungen im Bereich Politische Bildung. Der vergleichsweise hohe Organisations- und Vorbereitungsaufwand ist offensichtlich ein Hinderungsgrund für eine Verbreiterung des Angebots politischer Bildung in der Fläche, so daß sich das Angebot an den größeren Volkshochschulen konzentriert.

Die Verteilung der Nachfrage nach politischer Bildung auf Frauen und Männer hat sich nach einem vorübergehenden großen Interesse der Männer weiter zugunsten von Frauen verlagert. Hierbei spielt sicher mit eine Rolle, daß die Volkshochschulen auch insgesamt deutlich stärker von Frauen als von Männern besucht werden.

Geschlechtsverteilung der Belegungen in Kursveranstaltungen im Stoffgebiet Gesellschaft, Geschichte, Politik in Prozent
--

Jahr	Frauen	Männer
1993	60,9%	39,1%
1994	55,7%	44,3%
1995	61,7%	38,3%
1996	60,7%	39,3%
1997	67,5%	32,5%

Die genannten statistischen Zahlen der realisierten Angebote stellen nur einen Ausschnitt der politischen Bildung an Volkshochschulen dar. Aktivitäten, die im Rahmen der Agenda 21 stattfinden, wurden bislang unabhängig von ihrem konkreten Inhalt nicht unter „Politische Bildung“ erfaßt, ebenso sind die modellhaften Entwicklungen im Bereich der Ost-West-Integration oder andere eher integrative Angebote nicht berücksichtigt. Die thematische Verbreiterung der Politischen Bildung wird ihren Ausdruck in einer Veränderung der Statistik der Volkshochschulen ab 1998 finden: Der Bereich heißt dann „Gesellschaft und Politik“ und umfaßt dann auch den Bereich Umweltbildung. Die Volkshochschulen streben an, verstärkt zu einem „Forum für Politische Bildung“ zu werden. Die bislang angebotenen Arbeitsformen sind überwiegend „traditionelle“ Arbeitsformen der Erwachsenenbildung wie Vorträge, Seminare, Exkursionen und sprechen eine eher homogene und oft sehr beständige Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an. Die Volkshochschulen beginnen stärker schwerpunktmäßig zu arbeiten, zeitlich und örtlich begrenzte Kooperationen zu speziellen Fragen einzugehen und kurzfristige Veranstaltungsangebote zu entwickeln. Damit werden eher diejenigen erreicht, die vielfach bereits politisch aktiv sind, die nach Orientierungen und Kontakten suchen und sich vor allem thematisch festlegen wollen. Die Bedeutung einer solchen Umstrukturierung der Angebote wird durch die Veränderung der Altersverteilung in den Kursen belegt. So ist in den vergangenen Jahren der Anteil jüngerer Teilnehmerinnen und Teilnehmer deutlich zurückgegangen, der Anteil älterer entsprechend angestiegen. Bei gleichbleibender Beteiligung am Gesamtprogramm hat die Politische Bildung zahlreiche junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer an andere Programmbereiche, insbesondere die Gesundheitsbildung, abgegeben.

Altersverteilung in Kursveranstaltungen im Stoffgebiet Gesellschaft, Geschichte, Politik in Prozent						
Jahr	unter 18	18-24	25-34	35-49	50-64	65 und äl- ter
1993	12,4%	4,1%	26,7%	15,5%	17,9%	23,3%
1994	14,1%	4,0%	19,5%	21,5%	23,2%	17,7%
1995	10,1%	5,2%	16,9%	19,5%	22,7%	25,5%
1996	10,9%	5,1%	17,8%	22,2%	23,1%	21,0%
1997	4,6%	2,8%	15,9%	24,3%	21,9%	30,4%

„Initiative Politische Bildung“

Auf Anregung des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. wurde Ende 1997 gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung und der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein eine „Initiative Politische Bildung“ gestartet mit dem Ziel, die Kräfte in der Politischen Bildung zu bündeln, um die personellen und finanziellen Ressourcen besser zu nutzen. Die Initiatoren verständigten sich darauf, Schritte vorzubereiten, um

- Kompetenzen, Kräfte und finanzielle Mittel in der Politischen Bildung zu sammeln und zu bündeln,
- eine breite Information der Bevölkerung über Angebote, Strukturen und Einrichtungen der Politischen Bildung sicherzustellen,
- andere Einrichtungen etc. sowie breite Bevölkerungsschichten, insbesondere Jugendliche, in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen,
- gemeinsame Verantwortung für ein zielgerichtetes, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigendes Programm zu übernehmen.

Anschließend an eigene Standortbestimmungen sollen Schritte zur Konkretisierung zunächst mit Politikerinnen und Politikern, später auch mit anderen Einrichtungen erörtert und in die Wege geleitet werden.

***Aktionstag gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt 1994;
Ausstellungen mit Begleitprogramm, Fachtagungen***

Auf Initiative des Landesverbands der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. veranstalteten die Volkshochschulen bundesweit am 28.02.94 einen „Aktionstag gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“. Die Aktivitäten von rund 50 Volkshochschulen vor Ort wurden ergänzt durch eine landeszentrale Veranstaltung mit rd. 200 Teilnehmenden im Foyer des Landeshauses in Kiel. Die für den Aktionstag erarbeitete Handreichung (Willy Klawe, Jörg Matzen: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt: 'Das Ende der Gemütlichkeit'. Materialien und Planungshilfen für die Weiterbildung) wurde den Volkshochschulen bundesweit und allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt.

Im Oktober 1997 zeigte der Landesverband der Volkshochschulen unter Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten die Ausstellung „Das kurze Leben der Jüdin Felice Schragenheim“ im Landeshaus in Kiel. Zur Vorbereitung eines umfangreichen Begleitprogramms wurden verschiedene Organisationen gebeten, sich mit Veranstaltungen, Ideen und finanziellen Mitteln zu beteiligen. Neben verschiedenen Einrichtungen der politischen Bildung beteiligten sich u.a. Parteien, Gewerkschaft, Frauenreferat der Stadt Kiel, Literaturhaus usw. Neu war das Angebot, Schulklassen und Gruppen durch die Ausstellung zu führen. Die Eröffnungsveranstaltung, die Schulführungen und die Veranstaltungen im Begleitprogramm wurden von insgesamt fast 1.000 Menschen besucht.

Aufgrund der überaus positiven Erfahrungen in der Kooperation mit anderen Trägern zur „Felice Schragenheim-Ausstellung“ bereitet der Landesverband 1998 gemeinsam mit der VHS Kiel und der Heinrich-Böll-Stiftung/Bildungswerk anderes lernen ein Begleitprogramm zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ vor, die Anfang 1999 vom Landtag im Landeshaus gezeigt werden wird. An dem Rahmenprogramm werden voraussichtlich zahlreiche Volkshochschulen und andere Einrichtungen beteiligt sein. Im Rahmen der bereits erprobten Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Landeszentrale für Politische Bildung, Arbeit und Leben und DGB fanden die Fachtagungen „Demokratie braucht Bildung: Politische Bildung für eine Gesellschaft im Wandel“, „Ostseeraum - Zukunft durch Zusammenarbeit“ und „Quo vadis, politische Bildung?“ statt.

Regionale Geschichtswerkstätten - langfristige Arbeitskreise - Ausstellungen

Ein Beispiel für eine Form langfristiger Arbeit im Bereich Politische Bildung ist die Kreisvolkshochschule Plön. Unter dem Titel „Spurensuche im Kreis Plön“ hat der von Senior/innen getragene Arbeitskreis inzwischen den 14. Broschürenband herausgegeben, der erste erschien 1990.

Der Arbeitskreis Stadtgeschichte an der VHS Sachsenwald in Reinbek und das Kreisarchiv Stormarn erarbeiteten 1996/97 die Wanderausstellung „Zwangsarbeiter im Kreis Stormarn“, die in verschiedenen Orten im Kreis gezeigt wurde, und beschritt damit einen neuen Weg in der lokalen Kooperation.

Mehrere Volkshochschulen boten Exkursionen zum Besuch der Landesausstellung „Mai 1945“ an und/oder beteiligten sich mit eigenen Veranstaltungen und „regionalen Fenstern“ an der Wanderausstellung des Landes „Mai 1945“. Als Beispiel sei auf die VHS Pinneberg verwiesen, die die Ausarbeitung eines regionalen Fensters übernahm und dazu eine umfangreiche Publikation „Pinneberg 1945“ erstellte (Geschichtswerkstatt der VHS Pinneberg, Hrsg. VHS der Stadt Pinneberg).

Ost-West-Integration

1996 wurde die VHS Kaltenkirchen in das Projekt des Deutschen Volkshochschulverbandes und des Bundesministerium des Inneren „Ost-West-Integration“ aufgenommen. Ziel des Projektes ist die gesellschaftliche Integration von jugendlichen und erwachsenen Aussiedlerinnen und Aussiedlern in der Region. Das Projekt bietet Informationsveranstaltungen, Begegnungen, Diskussionen, Aktionen an Schulen und Jugendzentren, Beratung etc., die in einer Projektzeitung regelmäßig dokumentiert werden. Das Projekt Ost-West-Integration steht hier als Beispiel für die Integrationsarbeit mit Aussiedler/innen und Ausländer/innen in den verschiedenen Bereichen.

Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V.

Das Ziel der politischen Bildungsarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V. ist es, abhängig Beschäftigte, Frauen, Mütter und Väter mit ihren Kindern, Arbeitslose, Ausländer und Jugendliche insbesondere mit

einwöchigen Bildungsfreistellungsveranstaltungen zu selbständigen Urteilen zu befähigen, das politische Verantwortungsbewußtsein zu wecken und den Willen zur individuellen wie solidarischen Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen gemäß ihren Interessen zu stärken. Als gemeinsam von Volkshochschulen und Gewerkschaften getragener Bildungsträger wird einerseits die Kompetenz genutzt, einen öffentlichen Diskurs zu organisieren, andererseits steht eine auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezogene Interessenorientierung im Vordergrund.

Mit Inkrafttreten des Bildungsfreistellungsgesetzes im Juli 1990 bilden Bildungsfreistellungsangebote den Schwerpunkt der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit. Eine wichtige Zielsetzung ist es in diesem Zusammenhang, gesellschaftlich relevante Themen außerhalb des alltäglichen Umfeldes näherzubringen.

1995 bis 1997 wurden insgesamt 258 Maßnahmen mit 4.926 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Wichtigste Themenfelder sind „Zukunft der Arbeit“ und „gesellschaftliche Identität“; zunehmend steht die Befähigung im Vordergrund, Prozesse zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten, Widersprüchen und dem Aushandeln von Interessenlagen zu moderieren. Mit Training, Foren, Podien sowie Zukunfts- und Szenarienwerkstätten soll besonders der Einfluß bisher unbeteiligter Bevölkerungsgruppen auf die Angelegenheiten ihres Gemeinwesens gestärkt werden.

Arbeit und Leben befindet sich gegenwärtig in einem 1997 begonnenen Prozeß der Reform der Organisationsstruktur mit dem Ziel, effizienter auf veränderte Bildungsbedürfnisse zu reagieren. Ein Schwerpunkt ist es, die Dezentralität des Angebots mit dem Ziel auszubauen, möglichst viele Menschen zu erreichen. Daneben werden verstärkt Akteure und Multiplikatoren auf der betrieblichen und unternehmerischen Ebene angesprochen, um entsprechend der Vielzahl arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen fachliche und soziale Kompetenzen zu fördern. Dabei geht es um die Vorbereitung auf Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft sowie um aktive und kreative Einflußnahme auf Gestaltungsprozesse von Betrieben, auch im regionalen Umfeld. Besonders sollen auch künftig diejenigen Jugendlichen und Erwachsenen angesprochen werden, die aufgrund ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen als bildungsungewohnt oder bildungsbenachteiligt gelten.

5.4 Heimvolkshochschulen, Träger und Einrichtungen

Heimvolkshochschulen und Tagungsstätten zeichnen sich durch kompakte Formen ihrer Bildungsmaßnahmen und die sogen. internatsmäßige Unterbringung aus. Ihre zentrale Aufgabe ist die allgemeine bzw. Persönlichkeitsbildung. Die Idee der Heimvolkshochschule als Einrichtung der Charakterbildung bzw. zweckfreien Menschenbildung in einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft reicht in Schleswig-Holstein in die 20er Jahre zurück. Ihr Angebot stellt mit rd. 14.500 Teilnehmenden an eigenen Wochen- und Wochenendveranstaltungen, ca. 16.000 Teilnehmenden an Auftrags- und Gastveranstaltungen sowie weiteren 23.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Tages- und mehrstündigen Veranstaltungen (Zahlen für 1994) einen festen Bestandteil der Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins dar.

Vor dem Hintergrund von veränderter Bildungsnachfrage, der zunehmend schwierigeren Haushaltssituation des Landes sowie historisch gewachsener Unterschiede der Förderung wurden mit den vom Land geförderten Heimvolkshochschulen und Tagungsstätten in einem diskursiven Prozeß Ziele, geeignete Bemessungsgrundlagen und Kriterien einer Landesförderung gemeinsam erarbeitet. Dabei ist es gelungen, einen Grundkonsens über eine neue Förderstruktur zu erreichen. Die bisherige Förderung nach Einzelmaßgabe des Haushalts wird durch ein Verteilungsmodell ersetzt, das transparenten Kriterien folgt und innovationsfördernd ist. Damit erhalten die Heimvolkshochschulen und Tagungsstätten hinsichtlich der Struktur der Förderung ein Stück Planungssicherheit.

Evangelisch-Lutherische Landvolkshochschule Koppelsberg

Die Evangelisch-Lutherische Landvolkshochschule Koppelsberg (ELK) versteht sich als Heimvolkshochschule mit ganzheitlichem und integrativem Ansatz. In 8 Programmbereichen werden jährlich ca. 150 Seminare, Kurse und Tagungen als Tages-, Wochen- und Wochenend-Veranstaltungen angeboten.

Hierzu gehören Seminare zur kulturell-politischen Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Als Zielgruppen werden schwerpunktmäßig Familien, Seniorinnen und Senioren sowie seit 1997 auch junge Erwachsene, insbesondere aus sozialen Brennpunkten, angesprochen. In diesen Seminaren werden gesellschafts-, sozial-, jugend- und familienpolitische The-

men erarbeitet, einschl. politischer Handlungsmöglichkeiten bei konkreten Problemen.

Auch die Bildungsveranstaltungen mit weiblichen und männlichen Strafgefangenen haben neben persönlichkeitsbezogenen auch jeweils ausdrücklich politische Bildungsanteile, z.B. die Gestaltung des Strafvollzugs und die politischen Rahmenbedingungen.

In den Programmbereichen „Familienzentrum“, „Fortbildung für Ehrenamt und Beruf“, „Ökologische Werkstatt“ und „Leben auf dem Land“ werden die Anteile politischer Bildungsarbeit stetig ausgebaut, z.B. im Hinblick auf politische Bedingungen ökologischen Handelns oder existentielle Grundlagen junger Familien.

Darüber hinaus werden im Programmbereich „Landvolkshochschule unterwegs“ Beziehungen nach Norwegen, Finnland, Schweden, Rußland, Polen und Estland entwickelt.

Heimvolkshochschule Leck

Die Bildungsarbeit der Heimvolkshochschule Leck ist traditionell wertbezogen und wertorientiert. Die wertorientierte Bildung zielt nicht nur auf Informationszuwachs oder berufliche Qualifikation, sondern in erster Linie auf das Verhalten. Wertorientierte, persönlichkeitsbezogene Bildung wird ergänzend zur beruflichen Ausbildung als soziale Komponente gesehen, die sich auf die Menschlichkeit der Arbeit und das Betriebsklima auswirkt sowie einseitigem Anspruchsdenken und extremen Ideologien entgegenwirkt.

Die Stärkung der kommunikativen Kompetenz, die sich im Angebot von Rhetorik-Seminaren ausdrückt, entspricht diesem Ziel; dies erstreckt sich auch auf die Einbeziehung neuer technischer Möglichkeiten. Mit dem Schwerpunkt „Akademie für kommunikative Kompetenz“ wird angestrebt, den Weg in die Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu beobachten, zu beschreiben, zu analysieren und zu bewerten. Im permanenten Gespräch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik soll Einseitigkeit vermieden, Chancengleichheit bewahrt und ein von Menschen gesteuerter Weg in die Informationsgesellschaft gefördert werden.

Diese Verbindung von Individualität bzw. persönlichkeitsbezogener Bildung mit sozialer Einbindung bildet zugleich den programmatischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit der Datenschutzakademie. Schutz der Persönlichkeitsrechte durch

Datenschutz ist zentrales Anliegen der Datenschutzakademie, die unter dem Dach der Heimvolkshochschule Leck ihre Bildungsveranstaltungen anbietet.

Nordkolleg Rendsburg

Der Fachbereich politische Bildung des Nordkollegs organisiert Veranstaltungen mit verschiedenen Partnern. In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung werden einwöchige Seminare für Wehrdienstleistende veranstaltet, in denen Rechtsradikalismus, internationale Krisenherde (z.B. Kosovo), Europa-Politik und Bundeswehr-Einsätze thematisiert werden. In Zusammenarbeit mit dem Marineamt finden Seminare für Marineoffiziere mit ähnlichen Inhalten sowie zur Auseinandersetzung mit der deutschen NS- und der Nachkriegsgeschichte statt. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Zivildienst werden einwöchige Seminare für Zivildienstleistende über politisches System und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sowie politische Rhetorik durchgeführt. Gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund werden Seminare zu Arbeitsrecht, Mobbing und EDV durchgeführt.

Über diesen engeren Bereich politischer Bildung hinaus ist insbesondere die interkulturelle Kommunikation von großer Bedeutung. So werden vor allem in den Sprachkursen für Skandinavier historische, politische und mentale Unterschiede zwischen den Kulturen behandelt und durch Rollenspiele und Kultursimulationen erfahren. Es ist geplant, den Bereich der interkulturellen Kommunikation in Form von Mitarbeiterschulungen für deutsche Unternehmen, Institute und Verbände mit Kontakten nach Skandinavien, wie auch für skandinavische Institute, Unternehmen und Verbände mit Deutschlandkontakten auszubauen.

Ostsee-Akademie

Die Arbeit der Ostsee-Akademie dient der Verständigung der Deutschen untereinander und mit ihren Nachbarn im Osten, als Teil des Zusammenwachsens in Europa. Zu diesem Zweck organisiert sie Begegnungen zu unterschiedlichen Themen aus Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur, an denen pro Jahr fast 3000 Deutsche und fast 1000 Teilnehmer aus Ost-Mitteleuropa zusammenkommen. Spezielle Seminare der Akademie widmen sich multinationaler Lehrerfortbildung sowie ebenfalls multinationaler Schüler- und Studentenbildung in diesen Themenbereichen.

Das Selbstverständnis der Ostsee- Akademie zielt programmatisch darauf, ein neues Bewußtsein von Nachbarschaft nach der jüngsten Revolution in der Mitte und im Osten Europas zu schaffen, die das Gegeneinander der Geschichte und Geographie überwindet. Mit dem Ziel eines lokalen und regionalen Bewußtseins werden Demokratie vor Ort, Selbstverwaltung, Sinn für Gemeinschaft und wechselseitige Abhängigkeit angestrebt. Indem gegenseitiges Verständnis verbessert wird, werden Konflikte zwischen Volksgruppen und Staaten entschärft, entsteht Sicherheit von unten.

Akademie Sankelmark

Die Akademie Sankelmark hat eine lange Tradition in der kulturellen und politischen Bildung. International wird der Kulturaustausch mit Skandinavien, Polen, Rußland und den baltischen Staaten gepflegt. Regional beschäftigt sich die Akademie mit geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen des Landes Schleswig-Holstein.

Das größte Interesse wird an Veranstaltungen registriert, die Hintergrundinformationen zu aktuellen politischen Themen anbieten, z.B. Wochenendtagungen über Nachbarländer im Ostseeraum und in der Europäischen Union, die grundlegende Informationen über Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur vermitteln und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Möglichkeiten zur Zuordnung aktueller Entwicklungen geben. Demgegenüber stoßen Veranstaltungen zu aktuell diskutierten politischen oder gesellschaftlichen Kampagnen auf wenig Teilnehmerinteresse, z.B. Themenkomplexe wie „Gewalt“ oder „Armut“.

Die Akademie Sankelmark entwickelt gegenwärtig ein schärferes Profil. Durch Integration der Europäischen Akademie soll ein Schwerpunkt auf Angebote europäischer Bildung gelegt werden.

Jugendhof Scheersberg

Der Jugendhof Scheersberg spricht als internationale Jugendbildungsstätte Jugendliche und Multiplikatoren der Jugendarbeit an. Neben kulturellen Schwerpunkten werden Angebote im Bereich Medien sowie sozialer und politischer Bildungsarbeit gemacht. Ziel ist es, Orientierung für Jugendliche zu ermöglichen. Angebotsschwerpunkt ist die Förderung internationaler Kontakte, insbesondere der Austausch mit den Ostsee-Anrainerstaaten.

Beispiele für die Arbeit des Jugendhofs Scheersberg sind etwa deutsch-britische oder deutsch-polnische Seminare, in denen Jugendliche vor dem Hintergrund der jeweiligen Lebenssituation in dem anderen Land Unterschiede kennenlernen und Vergleiche ziehen können. In der Seminarreihe „Blind-date im Datennetz“ können neue Kommunikationsformen praktisch erprobt werden, um einen Erfahrungsaustausch über Vorurteile, Freundschaft, Freizeit und Zukunft zu ermöglichen. Praktische Beiträge zur kulturell-politischen Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern werden mit Werkstatt-Angeboten zum Thema „Endlich daheim und dennoch fremd“ geleistet, die u.a. Begegnungen mit Jugendlichen ermöglichen. Die in Zusammenarbeit mit der internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz durchgeführten deutsch-polnischen Seminare befassen sich mit der Funktion von Fremdbildern in unserer Gesellschaft, den schrecklichen Ereignissen in Auschwitz und Birkenau sowie der Frage, wie Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegengewirkt werden kann. Hierzu fanden weiterhin regelmäßig Wochenendseminare für Schülerinnen und Schüler statt.

Andere Angebote erstrecken sich auf die Wirtschafts- und Währungsunion sowie den Euro.

Dänische Heimvolkshochschule Jarplund

Die dänische Heimvolkshochschule Jarplund bietet analog zu dänischen Heimvolkshochschulen Langzeitkurse mit gemeinbildendem Unterricht für junge Menschen, die eine allgemeine Orientierung ermöglichen sollen. Die Bildungsschwerpunkte werden von den Jugendlichen selbst gewählt. Wichtiges Ziel ist die Information über das Grenzland, die Kultur unserer Nachbarn, über Fragen des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Dänen und über europäische Entwicklungen.

Familienbildungsarbeit

Familienbildungsarbeit als wichtiger Bestandteil der Familienpolitik wird in Schleswig-Holstein in erster Linie von Familienbildungsstätten wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der veränderten Familienwirklichkeit haben die Familienbildungsstätten ihr Kursangebot entsprechend angepaßt. Die Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen in der Familie oder im Beruf oder besonders bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von großer Bedeutung.

1998 werden die Familienbildungstätten mit insgesamt 1.775.000,- DM mit Landesmitteln gefördert.

5.5 Parteinahе Träger und Einrichtungen politischer Bildung

Zu den parteinahen Trägern und Einrichtungen politischer Bildung zählen in Schleswig-Holstein unverändert:

- Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. - Gustav-Heinemann-Bildungsstätte -, Malente,
- Hermann-Ehlers-Stiftung e.V. - Hermann-Ehlers-Akademie -, Kiel,
- Friedrich-Naumann-Stiftung - Bildungsstätte Zündholzfabrik -, Lauenburg,
- Bildungswerk anderes lernen e.V. - Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, Kiel,
- Sydslesvigs Oplysningsforbund e.V., Flensburg.

Die parteinahen Träger und Einrichtungen nehmen, wie im Bericht zur politischen Bildung 1994 ausführlich beschrieben, eine wichtige Funktion für die Vermittlung von Kenntnissen und Orientierungen im Spannungsfeld von Parteien, aktueller Politik und Praxis einerseits sowie kritischer Reflexion andererseits ein. Die Veranstaltungen der parteinahen Träger und Einrichtungen bilden Foren, um Informationen zu verarbeiten und sich in Gespräch und Diskussion hiermit auseinanderzusetzen. Ausgehend vom Anspruch, den Kopf für Neues und Ungedachtes frei zu bekommen und Grundlagen für eigenständiges politisches Handeln zu schaffen, will die **Gustav-Heinemann-Bildungsstätte** einem Mangel an Orientierung bei gleichzeitigem Informationsüberangebot entgegentreten. Vor dem Hintergrund grassierender Gefühle von Ohnmacht und Aussichtslosigkeit, verbunden mit Politikmüdigkeit und Parteienverdrossenheit, wurde beobachtet, daß es schwieriger geworden ist, für Themen aus dem engeren Bereich der politischen Bildung Interesse zu finden. Dagegen finden historische und kulturelle Seminarangebote größeren Zuspruch. Ebenso sind Seminare zunehmend gefragt, die für Beruf und/oder für Ehrenämter verwertbar sind, z.B. Rhetorik, Organisations- und Projektmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Seminare für Elternvertretungen. Entsprechende Angebote, etwa die Tagung „Sozialhilfe statt Arbeit? - Die Kommunen wehren sich“, in der Ursachen der Krise

des Sozialstaates analysiert sowie über rechtliche Rahmenbedingungen und mögliche Förderinitiativen informiert wurde, haben sich bewährt.

Die **Hermann Ehlers Akademie** hat mit ihrem alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens umfassenden Bildungsangebot eine gute Teilnehmerresonanz zu verzeichnen. Veranstaltungen mit überregional bekannten Persönlichkeiten und zu besonders aktuellen Themen erfuhren den größten Zuspruch. Gut angenommen wurden darüber hinaus Veranstaltungen zu Grundsatzfragen und zu Standortpolitik für Schleswig-Holstein sowie historisch-politische Rückblicke. Neben Information und Orientierung werden zielgruppenspezifische Angebote gemacht, z.B. der „Kommunalführerschein“, der an drei Seminartagen die Themen Kommunalverfassung, kommunales Haushaltsrecht und Bauplanungsrecht abdeckt.

Seitens der **Zündholzfabrik** wurden im Kontext des Ziels, mehr Menschen in die Lage zu versetzen, Politik besser zu verstehen und sich am politischen Prozeß zu beteiligen, neue Themenschwerpunkte gesetzt. Dies sind Sozialpolitik und Zukunft der Arbeit sowie neue Medien/Multimedia.

Das **Bildungswerk anderes lernen e.V.** trägt seit 1996 den Zusatz „Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein“, womit die Zugehörigkeit zur bundesweiten Heinrich-Böll-Stiftung zum Ausdruck gebracht wird. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen in den letzten Jahren in den Themenfeldern „Frauen“, „Migration“, „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, „Soziale und demokratische Rechte von Minderheiten“, „Agenda 21“ (insbesondere im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Themen) sowie „Kinder“.

Der **Sydslesvigks Oplysningsforbund e.V.** wurde auf Anregung des Südschleswigschen Wählerverbandes gegründet. Seine Aufgabe ist die Vermittlung von kulturellen und politischen Informationen, besonders an Personen mit Verbindung zur dänischen oder friesischen Volksgruppe in Südschleswig. Das demokratische Gedankengut und die Information über allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse, insbesondere im internationalen Zusammenhang, soll gefördert werden.

Vor dem Hintergrund eines kaum mehr überblickbaren Informationsangebots zielt die Bildungsarbeit auf eigenständige Orientierung und Positionsbestimmung und zur gesellschaftlichen Mitwirkung.

Die Zuschüsse an parteinahe Träger und Einrichtungen beliefen sich 1998 auf insgesamt 893 TDM. Darunter entfallen auf

- Hermann-Ehlers-Stiftung e.V. - Hermann-Ehlers-Akademie -	331.500,- DM
- Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.	
- Gustav-Heinemann-Bildungsstätte -	331.500,- DM
- Friedrich-Naumann-Stiftung - Bildungsstätte Zündholzfabrik -	87.500,- DM
- Bildungswerk anderes lernen e.V.,	
- Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein -	87.500,- DM
- Sydslesvigs Oplysningsforbund e.V.	55.000,- DM.

5.6 Thematische Schwerpunkte: Europa, Umwelt, Ausländer- und Aussiedlerarbeit, Frauen

Europapolitische Bildungsarbeit

Die „europäische Dimension“ spielt eine wichtige Rolle bei Konzepten und Strategien aller mit politischer Bildung befaßter Ressorts. Das Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten initiiert und unterstützt Maßnahmen politischer Bildung zum Thema „Europa“. Den Schwerpunkt bildet die Zusammenarbeit mit Institutionen und Akteuren im Land und im Ostseeraum.

Europäische politische Bildung wird zum einen unterstützt durch eigene Maßnahmen im Rahmen der Informationsarbeit des Europaministeriums, zum anderen hauptsächlich als Initiator, Mitveranstalter und durch - begrenzte - Einzelförderung von Projekten verschiedener schleswig-holsteinischer Bildungseinrichtungen (s.o.).

Da Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine - in den kommenden Jahren verstärkt zu betreuende - Zielgruppe europäischer Informations- und Bildungsarbeit darstellen, werden und wurden in der Vergangenheit entsprechend organisierte Maßnahmen durchgeführt oder finanziell gefördert.

Dazu gehören beispielsweise regelmäßig die von der Hermann-Ehlers-Akademie und der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein durchgeführten Seminare „Jugend in Europa“, einer internationalen Jugendbegegnung, oder im vergangenen Jahr die Koorganisation einer Jugendkonferenz im Kreis Bad Segeberg zum Thema „Europäische Chancen für Bildung, Ausbildung und Vereine“.

Am gleichen Ort fand in diesem Jahr das u.a. vom Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten getragene „Europa-Jugendforum“ statt.

Nach Bedarf und Möglichkeiten nehmen der Europaminister sowie Mitarbeiter der Europa-Abteilung an Seminaren und verschiedenen Veranstaltungen in Schleswig-Holstein teil, wie beispielsweise europapolitischen Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern.

Institutionell gefördert wird die im Bereich politischer Informations- und Bildungsarbeit tätige Europa-Union (s.u.) mit Landesmitteln in Höhe von zuletzt jeweils 188 TDM pro Haushaltsjahr (1997 und 1998). Daneben erhalten Projektträger im Europa-Ministerium Beratung über Fördermöglichkeiten von Maßnahmen politischer Bildung mit Mitteln der Europäischen Union. Bei Bedarf werden Veranstaltungen der politischen Bildung durch Bereitstellung von Informationsmaterialien und Vermittlung von Referentinnen und Referenten unterstützt.

Europäische Akademie Schleswig-Holstein

Die Europäische Akademie Schleswig-Holstein versteht sich als ein Zentrum europäischer Bildung und Information. Ihr Ziel ist es, einen wesentlichen Beitrag für die Einigung Europas zu leisten, ihr Auftrag, dem Gedanken europäischer Zusammengehörigkeit auf allen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Durch ein breit angelegtes Tagungsangebot werden insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen über Arbeits- und Entscheidungsprozesse der europäischen Union und des Europarates informiert. Studienfahrten ermöglichen das Kennenlernen bzw. Vertiefen von Kultur, Wirtschaft und Alltagsleben europäischer Nachbarn.

Entsprechend ihrer geografischen Lage im deutsch-dänischen Grenzraum bilden die Stellung Schleswig-Holsteins als Brücke und Drehscheibe zum Norden, die Entstehung und Bedeutung von Minderheiten und der Dialog mit den skandinavischen Nachbarn einen zentralen Themenschwerpunkt. Ein wichtiges Angebot in diesem Zusammenhang sind Seminare formalisierter grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Region Schleswig/Südjütland (Region Sønderjylland/Slesvig). Seit 1996 richtet die Akademie Angebote an die mittelständische Wirtschaft im deutsch-dänischen Grenzraum.

Die Europäische Akademie will zukünftig noch intensiver als bisher den Erfahrungsaustausch und die praktische Zusammenarbeit von Kommunalpolitik, Verwaltung, Unternehmen, Gewerkschaften und Angehörigen weiterer Berufe diesseits und jenseits der Grenze fördern.

Für die wachsende Kooperation im Ostseeraum bietet die Akademie den Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Lehrkräften sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Litauen, die mit kommunalpolitischen bzw. pädagogischen Grundsätzen und Strukturen demokratischer Staaten vertraut gemacht werden.

In der Nordsee-Kooperation sieht die Akademie einen weiteren Schwerpunkt ihrer Seminararbeit. Ihr jährliches internationales Agrarseminar in Husum bringt Experten und Praktiker aus allen europäischen Staaten miteinander ins Gespräch, um Probleme der europäischen Agrarpolitik zu diskutieren.

Europa-Union Deutschland

Die Europa-Union Schleswig-Holstein übernimmt als überparteiliche Organisation in der Jugend- und der Erwachsenenbildung eine wichtige Funktion bei der Vermittlung europäischer Bildungsinhalte. Der Landesverband und seine Ausländer-, Frauen-, Schul- und Minderheitenbeauftragten richten sich an einzelne Menschen, Gruppen, politisch organisierte und Interessenverbände mit der Zielorientierung, die Idee der europäischen Integration zu vermitteln und zu verankern.

Der Landesverband und seine 15 Kreis- und 18 Ortsverbände bietet eigene Angebote an und unterstützt Schulen, Gebietskörperschaften sowie Träger der Erwachsenenbildung. Die Europa-Union:

- informiert durch Mitwirkung an Europa- und Schleswig-Holstein-Tag, Festwochen von Kreisen und Gemeinden, Informationsständen, überparteiliche Bürgerforen und Unterstützung von Verbänden, Organisationen und Kommunen,
- bietet Studienfahrten zu europäischen Institutionen, Begegnungsreisen zu europäischen Nachbarn an,
- richtet grenzüberschreitende, interkulturelle Begegnungen und Problemerkörterungen mit den Minderheiten im Grenzraum aus und organisiert kulturelle Veranstaltungen,

- fördert den europäischen Schülerwettbewerb, organisiert unterrichtsergänzende Veranstaltungen in Schulen („Schüler fragen - europäische Experten antworten“),
- ist Kooperationspartner für Lehrerfortbildung und Schülerseminare,
- unterstützt andere Bildungsträger, Verbände und Institutionen bei der Vermittlung europäischer Bildungsinhalte.

Akademie für Natur und Umwelt

Die Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein hat nach § 50 a des Landesnaturschutzgesetzes den Auftrag, die Bewußtseinsentwicklung und die Vermittlung von Wissen mit dem Ziel des Umwelt- und Naturschutzes zu fördern. Mit ihrem vielfältigen Programm bildet die Umweltakademie ein Forum, auf dem gesellschaftspolitische Diskurse über die Notwendigkeiten des Umweltschutzes geführt und Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen hergestellt werden. Die Umweltakademie arbeitet nach dem Kooperationsprinzip. Seminare, Projekte, Workshops werden in Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden, Verwaltungsstellen oder weiteren Organisationen angeboten. Markenzeichen der Bildungsarbeit ist das fachübergreifende Gespräch und die fachbezogene Informationsvermittlung. Einer der Schwerpunkte ist die Förderung kommunikativer Kompetenzen von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Umwelt- und Naturschutz.

Im August 1996 wurde die Info-Servicestelle für Umweltbildung an der Akademie für Natur und Umwelt eingerichtet. Die Info-Servicestelle versucht alle umweltpädagogisch aktiven und engagierten Personen und Institutionen in Schleswig-Holstein zu vernetzen. Sie vermittelt Kontakte, bietet Fortbildungen an und veröffentlicht vierteljährlich einen Infobrief mit aktuellen Veranstaltungshinweisen, Lektüreempfehlungen und Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Umweltbildung.

Seit März 1997 ist das Agenda 21-Büro in der Umweltakademie angesiedelt. Das Agenda 21-Büro dient als Informationsdrehscheibe für Agenda 21-Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Es vermittelt Informationen, bietet Fortbildungen an und organisiert den Erfahrungsaustausch aller Aktiven, die sich für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Unter dem Reihentitel „AKADEMIE aktuell“ dokumentiert die Umweltakademie die Resultate eigener Veranstaltungen. Zu der Reihe gehören die Tagungsbände und

die Informationsblätter, sowie Berichte, Texte, Materialien, in denen die Ergebnisse ausgewählter Seminare zusammengefaßt werden.

Geförderte Aktivitäten/Projekte der politischen Erwachsenenbildung im Bereich der Ausländer- und Spätaussiedlerarbeit

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur sozialen und sprachlichen Integration der in Schleswig-Holstein lebenden ausländischen Bevölkerung (Migrantinnen und Migranten) fördert das Innenministerium Informations- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Familienbildungsseminare aus Landesmitteln (ca. 80 TDM p.a.). Darunter sind auch Projekte, die sich der „Politischen Bildung“ zuordnen lassen. So wurde z.B. schon mehrfach in Kiel eine Veranstaltung der Volkshochschule „Einführung in die Arbeit einer kommunalen Interessenvertretung für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner“ u.ä. finanziert.

Als Bildungsangebot für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wird das Modellprojekt „Neue Heimat Deutschland - Gesellschaft und Politik“ aus Landesmitteln gefördert. In Zusammenarbeit mit einem Wohlfahrtsverband, mehreren örtlichen Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung wurde ein Konzept entwickelt, in Form von praxisorientierten Kursen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Kenntnisse des hiesigen politischen und gesellschaftlichen Systems zu vermitteln und die Voraussetzungen für eine Teilnahme daran zu verschaffen. Da das Modellprojekt positiv bewertet wird, wird eine Übertragung auf weitere Bereiche des Landes und eine Öffnung für weitere Migrantengruppen geprüft.

Der kulturellen, sozialen und politischen Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern dienen vom Bildungsministerium geförderte Seminare, die in Zusammenarbeit mit der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel und der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft in Lübeck durchgeführt werden. In der Regel finden die Aussiedlerseminare mit 25 - 30 Jugendlichen und Erwachsenen an Wochenenden in ruhig gelegenen Tagungsstätten statt (z.B. im Schullandheim Neuland-Halle in Friedrichskoog/Krs. Nordfriesland), um ein ungestörtes Kommunikations- und Arbeitsklima zu ermöglichen. Im einzelnen geht es vor allem um:

- die Vermittlung von Kenntnissen über die Struktur der Bundesrepublik Deutschland und besonders des Landes Schleswig-Holstein,

- die Eingewöhnung in demokratische Umgangsformen mit bürgerlichen Rechten und Pflichten und
- die Motivation zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Frauenpolitische Veranstaltungen

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau fördert und unterstützt seit 1989 zahlreiche frauenpolitische Veranstaltungen, Seminare, Bildungs- und Orientierungsmaßnahmen von Frauenverbänden, -vereinen und -gruppen. Die Maßnahmen leisten einen Beitrag zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts, zur Stärkung der individuellen Fähigkeiten und zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Stellung der Frau im öffentlichen Leben.

Die Förderung bezieht sich bisher schwerpunktmäßig auf folgende Themenbereiche: „Alleinerziehende“, „Gewalt gegen Frauen“, „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“, „Rassismus“, „Trennung/Scheidung“, „Existenzgründung“, „Frauen und Gesundheit“, „weibliche Identität“ und Veranstaltungen zum internationalen Frauentag.

6. Hochschulen und Forschung

Politische Bildung ist eine Aufgabe, die sich in allen Einrichtungen der Bildung und Weiterbildung wiederfindet. In den Hochschulen werden sowohl die Fachwissenschaft für politische Bildung, wie auch Methodik und Didaktik insbesondere für das Fach Wirtschaft und Politik gelehrt.

Die Hochschulen in Schleswig-Holstein bieten daher für die Lehramtsstudiengänge für Realschulen und für Grund- und Hauptschulen das Fach Wirtschaft und Politik als Teilstudiengang an. An der Christian-Albrechts-Universität sowie an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg, Universität, sind im Fach Wirtschaft und Politik insgesamt ca. 190 Studierende eingeschrieben.

An der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg, Universität, wird das Fach durch zwei Professuren, davon eine C 4-Professur, sowie einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einer abgeordneten Lehrkraft vertreten. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sind in dem Teilstudiengang zwei C 3-Professuren, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine halbe abgeordnete Lehrkraft verankert.

Der im übrigen an der Christian-Albrechts-Universität angebotene Studiengang Politische Wissenschaft mit dem Abschluß Magister ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung. Der Studiengang verfügt über zwei Professuren und drei C 1-Stellen, zwei Stellen für Akademische Räte sowie 2,5 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. Der Studiengang wird derzeit von 346 Studierenden im Hauptfach und 246 Studierenden im Nebenfach nachgefragt.

Die Hochschulen leisten daher bereits mit ihrem ständigen Studienangebot einen bedeutenden Beitrag für die politische Bildung im Land Schleswig-Holstein, da mit der Ausbildung im Fach Wirtschaft und Politik und dem Studiengang Politische Wissenschaft die Basis für die Vermittlung politischer Bildung gelegt wird.

Neben der Ausbildung im Fach Politik werden aus allgemeinen Hochschulmitteln Einrichtungen gefördert, die sich ebenfalls der Aufgabe der politischen Bildung widmen. Folgende Einrichtungen erhalten Zuschüsse:

1. Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialgeschichte	9.000,— DM
2. Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein	5.500,— DM
3. Gesellschaft für Politik und Bildung	22.000,— DM

Die im folgenden dargestellten, darüber hinausgehenden Leistungen, die einen Adressatenkreis über den der Studierenden hinaus ansprechen, verdeutlichen, daß die Hochschulen für die politische Bildung auch über unmittelbare Forschung und Lehre hinaus eine wichtige Funktion erfüllen.

Diese Aktivitäten haben seit 1994 weiter zugenommen, da Institute und Fakultäten in den letzten Jahren verstärkt zu aktuellen Fragestellungen an die Öffentlichkeit gegangen sind. Die Adressaten, die durch die Veranstaltungen erreicht werden konnten, gehen über den Kreis der Studierenden weit hinaus. Dazu tragen insbesondere auch Ringvorlesungen bei, die als Veranstaltungsreihen für einen längeren Zeitraum konzipiert sind und themenzentriert unterschiedliche Facetten einschließlich politischer und gesellschaftlicher Aspekte durch Referate unterschiedlicher Fachrichtungen beleuchten. Sie machen die Komplexität aktueller Problemstellungen in besonderem Maße deutlich. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

1. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Ergänzend zu den Aktivitäten der Institute und Fakultäten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, die bereits in dem Bericht von 1994 aufgeführt wurden, sind Institute und Fakultäten in den letzten Jahren verstärkt gezielt mit Ringvorlesungen zu aktuellen Fragestellungen an die Öffentlichkeit gegangen. Entsprechende Ringvorlesungen sind u.a. von der Theologischen Fakultät, der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Agrarwissenschaftlichen Fakultät zu verschiedenen Themenkreisen angeboten worden.

Von dem Rektorat der Universität sind zentral weitere öffentliche Veranstaltungen konzipiert und organisiert worden. Das Rektorat der Universität hat in den vergangenen Jahren in vielfältiger Weise im Rahmen seiner traditionellen Veranstaltungen wie dem alljährlichen Dies Academicus, aber auch mit neuen Veranstaltungskonzepten versucht, Hochschulmitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit Informationen zu aktuellen Themenbereichen anzubieten. Aus der folgenden Übersicht können die Veranstaltungen entnommen werden:

Öffentliche Ringvorlesung WS 1993/94 (zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag)	Aspekte der Minderheiten- und Volksgruppenpolitik
Öffentliche Vorträge am Dies Academicus 1994	Der Wirtschaftsstandort Deutschland und die Hochschulen
Öffentliche Ringvorlesung WS 1993/94 (zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag)	Aus der Geschichte lernen? - Universität und Land vor und nach 1945
Öffentliche Podiumsdiskussion am Dies Academicus 1995	Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - Was können Land und Universität leisten?
Öffentliche Vorträge zum Volkstrauertag 1995	Gibt es eine besondere politische Verantwortung der Wissenschaft?
Öffentliche Ringvorlesung WS 1995/96 (zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag)	Grenzgänge - Skandinavisch-deutsche Nachbarschaften
Öffentliche Podiumsdiskussion am Dies Academicus 1996	Universität und Arbeitswelt - Bildung versus Ausbildung
Öffentliche Ringvorlesung WS 1996/97 und öffentliche Vorträge am Dies Academicus 1997	Verantwortung der Wissenschaft
Öffentliche Ringvorlesung SS 1997 (Konzipiert und organisiert vom Institut für Systematische Theologie und Sozialethik und vom Institut für Rechtsmedizin)	Der Umgang mit Krankheit und Sterben in der heutigen Gesellschaft
Öffentlicher Vortrag Sommer 1997 (im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Universität und Gesellschaft im Dialog")	Deutschland, Frankreich, Europa-Probleme der Identität

Öffentliche Ringvorlesung WS 1997/98 (Konzipiert und organisiert vom Institut für Systematische Theologie und Sozialethik und vom Institut für Rechtsmedizin)	Auswirkungen der Medizin auf das Menschenbild
Öffentlicher Vortrag Winter 1997/98 (im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Universität und Gesellschaft im Dialog")	Öffentliche Haushalte in der Krise - Ursachen und Lösungen
Öffentlicher Vortrag am Dies Academicus 1998	Polen und Deutsche in dem sich vereinigenden Europa
Öffentlicher Vortrag Sommer 1998 (im Rah- men der Veranstaltungsreihe "Universität und Gesellschaft im Dialog")	Dichtung und Wahrheit über das amerikanische Hochschulwesen: Was kann Deutschland von den USA lernen?

Außerdem fanden seit 1994 weitere Veranstaltungen statt, die sich an einen speziellen eingeladenen Teilnehmerkreis richteten. Zu nennen sind hier die Hochschulforen von 1995 und 1996, die zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund durchgeführt wurden, die Max-Planck-Gedenkfeier 1997 sowie der Vortrag von Prof. Dr. Wolfrum zum Schutz der maritimen Umwelt im Rahmen der Kieler Woche 1998.

2. Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität

Auch für die Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität gilt, daß die im Bericht von 1994 geschilderten Aktivitäten nach wie vor bestehen und ausgebaut wurden. Hierzu haben insbesondere die Aktivitäten des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte beigetragen.

Die folgende Darstellung enthält zahlreiche Veranstaltungen der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg, Universität, die dem Rahmenthema "Politische Bildung" für die Jahre 1994 bis 1997 zugeordnet werden können. Die Auflistung ist nicht vollständig, macht allerdings deutlich, daß auch die Flensburger Universität sich in hohem Maße an Interessierte außerhalb des Studierendenschaft wendet und ihrem Auftrag der Weiterbildung gerecht wird.

Wochenendseminar (in Kopenhagen mit der Akademie Sankelmark)	Der Landesteil Schleswig in den Jahren 1945 - 48
Ringvorlesung "Dem Rechtsextremismus begegnen"	Abschlußveranstaltung mit Ignatz Bubis, Dr. Bull und Dr. Bendixen
Tageskonferenz	Minderheiten im Grenzland
Tageskonferenz	Goldhagen-Debatte
Tagung in Kooperation mit dem IPTS	Schleswig und der Holocaust

Veranstaltung in Kooperation mit dem AStA der BU und einem politischen Bildungsverein)	Verbrechen und Wehrmacht
Ausstellung	Das Reichskriegsrecht und der Widerstand gegen die Nationalherrschaft
Vortragsreihe mit der VHS Flensburg	Es geht weiter - Kriegsende 1945 und Neuanfang in Schleswig-Holstein
Vortrag	Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein
Biologische Kolloquien	Städteökologie und Biotechnologie
Mitwirkung am deutsch-dänischen Gemeinschaftsprojekt	Der nationale Gegensatz - De nationale modsætninger 1864 - 1914
Mitwirkung an BIG-Tagung	Neue Medien - Neue Aufgaben für die Lehrerbildung

3. Fachhochschule Kiel

Elemente der politischen Bildung tauchen nahezu in allen Fachbereichen und in den dort angebotenen Studiengängen der Fachhochschule Kiel im Rahmen der Vorlesungen und Seminare auf. So bietet beispielhaft der Fachbereich Bauwesen Vorlesungen und Seminare an, in denen Umweltpolitik mit energiepolitischen Themen konkretisiert wird, um die Studierenden auf die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung vorzubereiten.

Der Fachbereich Landbau bietet Fachvorträge insbesondere zu marktpolitischen, sozialen und ökologischen Aspekten der Landwirtschaft auch außerhalb der Hochschule an.

Im Fachbereich Sozialwesen werden insbesondere in den Fächern Politologie, Soziologie, Pädagogik, Recht, Verwaltungskunde und Sozialpädagogik die politischen Aspekte hervorgehoben. Dabei geht es sowohl um die Vermittlung theoretischer Grundlagen von Politik und Gesellschaft, als auch um die Diskussion aktueller politischer Themen und deren Auswirkungen auf die soziale Arbeit.

7. Landeszentrale für Politische Bildung

Die Landeszentrale für Politische Bildung als Einrichtung des Landes hat eine besondere überparteiliche und einrichtungsübergreifende Aufgabenstellung. Sie unterstützt die Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, regt den Dialog zwischen verschiedenen politischen Gruppen an und behandelt spezifische Themen.

Nach intensiver Diskussion im Kuratorium für Politische Bildungsarbeit, in dem alle demokratischen Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages vertreten sind, hat die Landeszentrale für Politische Bildung eine neue Dienstanweisung als Grundlage für ihre Arbeit erhalten. Aufgabe und Auftrag ihrer Arbeit ist es demnach, „über politische und gesellschaftliche Strukturen, Prozesse und Probleme zu informieren, das Interesse am öffentlichen Leben zu fördern und zur Fähigkeit und Bereitschaft beizutragen, sich an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft zu beteiligen.“ Als dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zugeordnetes Amt hat die Landeszentrale den Auftrag, selbständig und unabhängig politische Bildung durchzuführen sowie Aufgaben im Zusammenhang mit der Förderung und Unterstützung politischer Bildung in Schleswig-Holstein wahrzunehmen.

Die eigenen Veranstaltungen der Landeszentrale richten sich insbesondere an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung. Das sind:

- Journalistinnen und Journalisten,
- Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politiker,
- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,
- Pädagoginnen und Pädagogen aus Schule, Hochschule und außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung,
- Ausbilder der Bundeswehr in den Bereichen Innere Führung und Politische Bildung,
- Führungskräfte der Verwaltung, Polizei und Justiz, der Wirtschaft, der Kirchen und Kultureinrichtungen,
- Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Gewerkschaften, Verbände und Organisationen,
- jugendliche Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus Schule, Hochschule und Verbänden.

Das Angebot der Landeszentrale dient der Verbreitung von Schwerpunktthemen und der Entwicklung und Erprobung innovativer und integrativer Veranstaltungskonzepte.

Inhaltlich konzentriert sich das Angebot an Veranstaltungen zunehmend auf die Schwerpunktthemen:

- Historisch-politisches Selbstverständnis Deutschlands,
- Auseinandersetzung mit politischem Extremismus,
- Landespolitik,
- Kooperation im Ostseeraum,
- Europapolitik.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Landeszentrale ist die Erstellung und Verbreitung von Materialien zur politischen Bildung. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, Bildungseinrichtungen bei der Vermittlung von Kenntnissen über Traditionen und Kulturen in den Staaten Europas zu unterstützen, bei der Kontaktaufnahme zu Einrichtungen und Partnern in den europäischen Staaten, insbesondere den Ostsee-Anrainerländern und beim Erfahrungsaustausch zur Förderung der politischen Bildung zu helfen, einschl. der Information und Beratung über die Nutzung von Programmen der Europäischen Union und anderer Förderprogramme auf dem Gebiet der politischen Bildung.

Die Landeszentrale sieht sich im Gesamtspektrum politischer Bildungsträger in Schleswig-Holstein in der Rolle des Anregers, Koordinators und Kooperationspartners. In diese Richtung weist auch eine Initiative vom Landesverband der Volkshochschulen, Arbeit und Leben und Landeszentrale, die das Ziel verfolgt, das politische Bildungsangebot in Schleswig-Holstein profilierter, transparenter und kooperativer zu gestalten. Dazu soll die für 1999 geplante Herausgabe eines Institutionenverzeichnisses dienen, in dem alle wichtigen Einrichtungen und Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein mit ihren Bildungsangeboten und Veranstaltungsmöglichkeiten kurz dargestellt werden. Weiteres Ziel ist die koordinierte Werbung und aktuelle Information über die im Lande angebotenen politischen Bildungsveranstaltungen, wobei auch die Präsentation von Veranstaltungen im Internet überlegt werden soll.

Die folgende Darstellung geht zum einen auf die genannten Schwerpunktthemen der Landeszentrale ein und erläutert zum anderen Angebote zu Themenbereichen, die in der Landtagsdebatte zum Berichtsauftrag angesprochen wurden. Einen Gesamtüberblick über Themenspektrum und Leistungen der Landeszentrale enthält die „Bilanz 1997“ in Anlage 2.

Landespolitik und Landesgeschichte

Zum Thema Landespolitik und Landesgeschichte hat die Landeszentrale folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Seminare für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit dem Landtagspräsidenten mit Grundseminar: „Der Landtag - Funktion und Arbeitsweise“ und Aufbau-seminar: „Ausschuß- und Pressearbeit des Landtages“,
- Landtagsseminare für Schülersprecherinnen und -sprecher aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern in Kiel bzw. Schwerin,
- „Landespolitik aktuell“ für Offiziere und Unteroffiziere der Marine,
- Tages- und Wochenendseminare:
 - „Windkraft in Schleswig-Holstein im Aufwind?“
 - „Arbeit in der Region - für die Region?“
 - „Politik persönlich“ - Planspiel mit Kommunal- und Landespolitikern in Schulen
 - „Jetzt: Frei ab 16“ - zum neuen Wahlalter der Bürger.

Diese Seminare und Foren sind als intensives Lernen und Beschäftigen mit Landespolitik angelegt und werden ausschließlich für Schülervvertretungen, Lehrkräfte und ausgewählte Multiplikatoren wie Offiziere und Unteroffiziere angeboten. Daneben wurden und werden Vorträge vor verschiedenen Verbänden und Organisationen zu landespolitischen Themen gehalten.

Landesgeschichtliche Themen wurden meist im Zusammenhang mit herausragenden Jahrestagen in Kongreßform als „Forum Geschichte“ im Kieler Schloß vor größeren Teilnehmerkreisen (300 - 400 Teilnehmer) behandelt. Beispielhaft seien genannt:

- „Nationalsozialistische Herrschaftsorganisationen in Schleswig-Holstein“
- „Regionalgeschichte heute: Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945“
- „Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein“
- „Vor 150 Jahren - die schleswig-holsteinische Erhebung“

Diese Foren wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, der Universität Kiel oder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte durchgeführt.

Politischer Extremismus

Die informierende und aufklärende Arbeit gegenüber dem Extremismus von Rechts und Links ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Zentralen für politische Bildung. Die Landeszentrale Schleswig-Holstein hat insbesondere seit den jüngsten Herausforderungen, Provokationen und Bedrohungen den Seminartyp „Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“ konzipiert und mit verschiedenen Zielgruppen (Offiziere der Bundeswehr, Lehrkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren) realisiert. In ihm werden besonders gefährlich erscheinende rechtsextremistische Potentiale, Parteien und Gruppierungen (DVU, Front National, Siegerist-Bewegung im Baltikum, Schirinowski) analysiert und Möglichkeiten der Prävention erörtert.

Gleichermaßen behielt die Landeszentrale die Entwicklung linksextremistischer Potentiale, z.B. der sogenannten „Autonomen“, im Blick. In Veranstaltungen mit landesweiter Resonanz hat sie untersucht, inwieweit die PDS als linksextremistische Partei einzuschätzen ist.

Umweltpädagogik

Seit 1991, d.h. seit nunmehr 7 Jahren, führt die Landeszentrale zusammen mit der Akademie Sankelmark und dem Weiterbildungs- und Kulturmanagement Kiel (WUK) das einwöchige Seminar „Veränderungen in Umwelt und Umfeld“ durch. In ihm erhalten arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker naturwissenschaftlicher Fächerkombinationen eine Zusatzqualifikation, die sie als Teil eines einjährigen Weiterbildungskurses zum/zur Umweltschutzreferenten/in ausbildet. Zentraler Bestandteil des Wochenseminars ist das Planspiel „Kybernetien“, in dem die Politikfelder Ökologie, Ökonomie, vernetztes Denken sowie Parlamentarismus anhand von Rollenspielen simuliert und bewertet werden.

Neue Formen der Medienpädagogik

Eine neue Form der politischen Meinungsbildung bietet die Landeszentrale mit dem Offenen Kanal Kiel für Multiplikatoren aus Politik und Verwaltung an. Zielgruppe sind leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Institutionen und Pressesprecherinnen und Pressesprecher von Verbänden, die oft vor der Situation stehen, zu Themen Stellung nehmen zu müssen, die ihre Einrichtung betreffen. Hierzu fehlt es

oft an ausreichender Erfahrung. Deshalb sollen diese Seminare Einführungen dazu sein, wie der Auftritt vor der Kamera optisch besser gestaltet werden kann, z.B. bei Mimik, Gestik und Modulation der Stimme, und zum anderen, wie eine derartige Situation rhetorisch und optisch gut durchzustehen ist. An ausgesuchten politischen Themen erarbeiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Statements vor der Kamera, die aufgezeichnet und über Großbildleinwand wiedergespielt werden. Durch Eigenkontrolle soll dann eine Verbesserung des Auftretens in Bild und Ton erreicht werden. Formen und Inhalte dieses Seminars liegen in einer gedruckten Handreichung vor.

Minister, Staatssekretäre, Abteilungsleiter in Ministerien, Leitende Staatsanwälte und Polizeibeamte, Lehrkräfte und Führungskräfte aus Verbänden im vorpolitischen Raum haben bereits an diesen Seminaren teilgenommen, so daß von einem „Schneeballeffekt“ in der Verbreitung dieser Seminare gesprochen werden kann.

Ein weiteres innovatives Medienprojekt führt die Landeszentrale seit 1997 alljährlich in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal Kiel, einem Landkreis in Schleswig-Holstein sowie den örtlichen Jugendverbänden und Dorfbürgermeistern durch. „Fischauge - Politik auf dem Dorf“ bietet Jugendlichen in einem vierwöchigen Mediocamp die Möglichkeit, Probleme vor Ort wie den Wandel der Gewerbestruktur, das Höfesterben, die NS-Vergangenheit u.a.m. filmisch zu visualisieren, Interviews durchzuführen, das Material selbst aufzuarbeiten, und daraus einen fertigen Film zu machen. Alle Produkte werden jeweils am Schluß der Woche auf einem Dorfabend mit bis zu 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gezeigt.

Europapolitik/Wirtschafts- und Währungsunion

Ein weiteres Haupttätigkeitsfeld in der Arbeit der Landeszentrale ist „Europa“, insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion. Als Grundangebot hält die Landeszentrale ca. 30 verschiedene Publikationen und Broschüren über europäische Themen vor, die einzelne Aspekte der Europapolitik behandeln. Ein Schwerpunkt bei Nachfragen der Publikationen liegt bei der Währungs- und Wirtschaftsunion. Überhaupt hat sich bei jeder zweiten Anforderung von Publikationen der Landeszentrale im laufenden Jahr herausgestellt, daß auch Informationsmaterial über „Europa“ erbeten wurde.

Seit Jahren bietet die Landeszentrale Studienfahrten nach Straßburg, Luxemburg und Brüssel an. In der letzten Zeit wurde insbesondere das Angebot an viertägigen Kurzstudienfahrten nach Brüssel verstärkt, die thematisch neben dem Überblick über die europäischen Institutionen und der Währungs- und Wirtschaftsunion auch die spezifischen „europäischen“ Interessen der jeweiligen Seminarmitglieder im Programm berücksichtigen.

In Zusammenarbeit mit dem Wehrbereichskommando I Küste werden zusätzlich seit einigen Jahren jährlich zwei „Europa-NATO-Seminare“ angeboten, im März 1998 für Multiplikatorinnen des Deutschen Frauenrings aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und im November 1998 für Journalistinnen und Journalisten aus beiden Bundesländern. Diese Seminare in Brüssel werden jeweils für ausgesuchte Multiplikatorengruppen auch in Zukunft angeboten.

Aus dem Kreis der Seminarmitglieder erfolgen danach oft Anfragen mit der Bitte um Mithilfe bei der Organisation von eigenen Studienfahrten oder von „Europatagen“. Damit ist ein zweiter „europäischer“ Schwerpunkt der Landeszentrale angeschnitten, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zu europäischen Fragen. 1998 beschränkte sich die Nachfrage fast ausschließlich auf das Thema Währungs- und Wirtschaftsunion, die von Referenten der Landeszentrale wahrgenommen wurden. Nachfragen kamen vor allem aus dem Bereich der Bundeswehr, Schulen und Verbänden.

Zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (asg) werden 1998 mehrere Vortragsveranstaltungen speziell über die Wirtschafts- und Währungsunion durchgeführt.

Kooperation im Ostseeraum

Seit einigen Jahren bietet die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein neben Studienfahrten in die Baltischen Staaten und den Distrikt Königsberg (Kaliningrad) auch konkrete Formen der Kooperation mit politischen Institutionen aus diesem Raum an:

- Im Rahmen der kommunalpolitischen Seminare für litauische Bürgermeister und Landräte wählen die Partner aus Litauen ein bestimmtes kommunalpolitisches Thema (1998 z.B. „Kommunaler Umweltschutz“), das in einem Wochenseminar in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Leck durchgeführt wird. Theorie und Praxis des Umweltschutzes in einer Gemeinde werden dabei vor Ort demonstriert.
- In bildungspolitischen Seminaren für Schulleiter aus den Baltischen Staaten wurde die Organisation von Schulverwaltung in unterschiedlichen Schularten, von Unterricht und Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein mit den baltischen Gästen erörtert.
- Gemeinsam mit der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel wurden Seminare für baltische Parlamentarier zu den Themen Osterweiterung der NATO und Osterweiterung der EU konzipiert, die den Parlamentariern aus den drei baltischen Staaten die Theorie und Praxis der europäischen Integration und der NATO demonstrieren. Nach einem Einführungsseminar in der Hermann-Ehlers-Akademie wurde ausschließlich mit baltischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei der NATO und bei der EU in Brüssel das Seminar fortgesetzt.
- Insgesamt vier Konzerte in Schleswig-Holstein und ein Konzert in Mecklenburg-Vorpommern wurden auf Initiative der Landeszentrale von Jacov Magid, dem Direktor der Jiddish Folk-Singers, in Schleswig-Holstein durchgeführt. Dabei spielte nicht nur die Musik und der Gesang eine wichtige Rolle, sondern auch das Gespräch über den Hintergrund bestimmter jiddischer und israelischer Lieder, die aus dem Ghetto bzw. den Konzentrationslagern stammen.
- Einzelforen im Kieler Schloß zu folgenden Themen fanden statt oder sind geplant:
 - „Perspektiven der Ostseekooperation“ (mehr als 120 Teilnehmende)
 - „Was soll aus dem nördlichen Ostpreußen werden?“
 - „Die Zukunft der Hafenwirtschaft im Ostseeraum“

Bei diesen Foren für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Wirtschaft und Politik spielen die Erörterung von Zukunftsaspekten der Kooperation der Ostseeanrainer eine entscheidende Rolle.

Polen und das deutsch-polnische Verhältnis

Das Thema Polen und das deutsch-polnische Verhältnis gehört seit 1970 zu den inhaltlichen Schwerpunktthemen der Landeszentrale. Neben regelmäßigen politischen Studienfahrten nach Polen führt die Landeszentrale seit 1973 einen wechselseitigen Besuchsaustausch für Lehrkräfte und Kommunalpolitiker aus der Woiwodschaft Oppeln (Opole) durch. Da in dieser Region Polens zugleich die deutsche Minderheit konzentriert ist (ca. 60% der deutschen Minderheit in Polen ist hier beheimatet), hat die Landeszentrale das Thema Minderheiten durch Einbeziehung des deutsch-dänischen Grenzraumes und der dortigen Erfahrungen besonders akzentuiert.

Zum regelmäßigen Angebot der Landeszentrale gehören Seminare, Foren und Vortragsveranstaltungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen, häufig mit polnischen Referentinnen und Referenten.

Migration als Thema der politischen Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung hat seit 1996 in Kooperation mit dem (einzigen) kommunalen Ausländer/innen-Referat der Landeshauptstadt Kiel Seminarangebote entwickelt, in denen die deutsche Mehrheit und die nicht-deutsche Minderheit Gelegenheit hatten, Perspektiven für ihr Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu diskutieren. Die Wochenendseminare fanden jeweils in der Akademie Sankelmark statt und widmeten sich folgenden Themen:

- „Ich bin Deutschländer - na und?“
- „Miteinander leben in Schleswig-Holstein (Minderheiten und Diskriminierung)“
- „Heimat und Fremde in Deutschland“

Auch in Zukunft sind Bildungsangebote zum Thema Migration und Diskriminierung von Ausländern vorgesehen.

Methodik und Didaktik der politischen Bildung

Neue Ansätze zur Methodik und Didaktik der politischen Bildung sind für die Landeszentrale einerseits Gegenstand der Information, andererseits Bestandteil der eigenen Arbeit. Im Rahmen des Publikationsangebots der Landeszentrale gehört daher

dieser Bereich seit Jahren zur „Hausapotheke“. In der eigenen Seminararbeit erprobt die Landeszentrale innovative Ansätze. Dies gilt für die Seminarreihe „Politik persönlich“, in der Landes- und Kommunalpolitiker einerseits und politisch interessierte Jugendliche andererseits über das Medium des Planspiels wechselseitig durch Kooperation und Auseinandersetzung lernen und Vorurteile abbauen. In der Seminarreihe „Veränderungen in Umwelt und Umfeld“ werden über das Planspiel „Kybernetien“ die Vernetzungen der verschiedenen Politikfelder erfahrbar gemacht. Im Bereich der Medienpädagogik hat die Landeszentrale mit zwei Seminarreihen jeweils in Kooperation mit dem Offenen Kanal Kiel Neuland betreten (s. dazu Hinweise unter Stichwort „Medienpädagogik“).

Förderung Dritter durch die Landeszentrale

Das Kapitel 0706 des Landeshaushalts enthält den Titel „Zuwendungen an Dritte für Veranstaltungen der politischen Bildung“, mit dem entweder bestimmte Träger (teilweise institutionell) oder aus aktuellem Anlaß (projektbezogen) gefördert wurden. Exemplarisch seien genannt:

- Deutsche Gesellschaft für Familienbildung und Beratung
- Deutscher Frauenring
- Landesfrauenrat
- Landfrauenverband
- Junge Europäische Föderalisten (bis 1996)

Bei der projektbezogenen Förderung stand der Anlaß im Vordergrund (z.B. interkulturelle Wochen, Landtagswahlen 1996, Einführung des Euro).

Da die Mittel seit Jahren rückläufig sind (1994: 99.999,63 DM, 1995: 89.910,99 DM, 1996: 40.834,00 DM, 1997: 44.147,92 DM, 1998: 47.000,00 DM (Soll)), ist der ergänzende Effekt zu bestimmten Schwerpunkten der Landeszentrale ebenfalls rückläufig.

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des IPTS in den Jahren 1995 - 1998 mit Inhalten der Politischen Bildung

Vorbemerkung:

Im folgenden werden die zentralen Veranstaltungen des IPTS aufgeführt (d.h.: Veranstaltungen der IPTS-Zentrale sowie der IPTS-Landesseminare für Gesamtschulen, Sonderpädagogik und Berufsbildende Schulen), **soweit in ihnen auch Inhalte der Politischen Bildung behandelt wurden.**

Die Veranstaltungen dauerten in der Regel 2 Tage, im Durchschnitt nahmen an jeder Veranstaltung 20 Personen teil. Diese Zahlen gelten nicht für die Lehrbefähigung in Wirtschaft/Politik (16021/95-96), die in Kursen von insgesamt rd. 210 Personen erworben wurde. Die Studienfahrten umfaßten im Durchschnitt 6,5 Tage mit jeweils etwa 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Veranstaltungstitel sind nach Fachgebieten geordnet, innerhalb der Fachgebiete ist die Reihenfolge der Veranstaltungsnummern maßgeblich, die oft weitere inhaltliche Verbindungen der einzelnen Titel mit sich bringt.

Veranstaltungen im Jahre 1995

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer

11222/95	Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Aussöhnung
11450/95	Die Kunst, in Frieden zu leben
11718/95	Fremdes zulassen - voneinander lernen Ein Schritt zur interkulturellen Erziehung
13837/95	Europa-Seminar in Straßburg (Studienfahrt)
13838/95 und 13839/95	Neuer Lehrplan „Wirtschaft/Politik“ - Berufsschule (2 Veranstaltungen)
13840/95	Rückkehr zur Vergangenheit? Nationalismus als Herausforderung europäischer Politik
13841/95	Westintegration, geopolitische Mittellage oder osteuropäische Orientierung - Deutschland nach dem Ende des europäischen Bürgerkriegs
13844/95	Minderheiten in der Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart am Beispiel der Juden in Berlin
13845/95	Wald- und Forstwirtschaft
13846/95	Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern
14080/95	Lernen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt: Der Sprachlosigkeit entgegenwirken

16002/95 und 16012/95 16008/95 16010/95 16040/95	Weltwirtschaft und Welthandel Asien - Kontinent der Extreme (2 Veranstaltungen) Regionale Disparitäten in Europa Wahlanalyse und Wahlprognose - handlungsorientierter Computereinsatz im Wirtschaft/Politik-Unterricht Ende und Anfang im Mai 1945
--	--

Gewaltprävention

11300/95 11307/95	Schulinterne Lehrerfortbildung „Gewaltprävention in Schulen“ Abrufveranstaltung „Gewalt in Schule und Gesellschaft“
----------------------	--

Umwelt

11090/95 13842/95 13847/95	Verkehr und Umwelt Umwelterziehung in der Berufsschule Gewässerschutz - Trinkwassergewinnung - Abwasserreinigung
----------------------------------	--

Religion

11452/95	Gewaltprävention und Friedenserziehung Aufgaben und Möglichkeiten schulischen Religionsunterrichts
----------	---

Gleichstellung

15850/95 15880/95 21150/95 und 21150/b/95	Fortbildungsveranstaltung für Gleichstellungsbeauftragte an Schulen Arbeits- und Fortbildungstagungen für Gleichstellungsbeauftragte und Multiplikatorinnen im IPTS-Bereich Gleichstellungsfragen und Mädchenförderung an der Gesamtschule (2 Veranstaltungen)
--	--

Medienkompetenz

14050/95	Aufgaben von Medienerziehung
----------	------------------------------

Veranstaltungen im Jahre 1996**Gesellschaftswissenschaftliche Fächer**

11222/96 11402/96 11453/96 15400/96 16001/96 16002/96 16003/96 16005/96 16007/96 16008/96 16010/96	Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Aussöhnung Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus psychoanalytischer Sicht - und im eigenen Erleben Erziehungsprogramm „A World of Difference“ Rußland im Umbruch Neue Herausforderung an die politische Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa und ihre aktuellen Gefährdungen Das Europa der Bürgerinnen und Bürger Europäische Dimension bei Lehr- und Lernmitteln Wahlanalyse und Wahlprognose Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik - Geld und Währung Transformationsprozesse mit Tücken - wirtschaftliche und politische Transformation in Europa -
--	--

16013/96	Die Ostsee als Wirtschaftsraum
16015/96	Herausforderung an die westliche Wertegemeinschaft in Vergangenheit und Zukunft
16021/95-96	Erwerb der Lehrbefähigung im Fach Wirtschaft/Politik (Gymnasiale Oberstufe) - einschl. Prüfberechtigung für das Abitur (Weiterbildungskurs)
16040/96	Südosteuropa nach 1945
21620/96	Werkstatt Weltkunde: Erarbeitung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Gleichberechtigung - eine Frage der individuellen Lebensgestaltung“ (Jahrgang 9/10)
21621/96	Werkstatt Weltkunde: Einführung in die Arbeit im Fach Weltkunde am Beispiel einer Unterrichtseinheit zum Thema „Herrschaft über Land und Menschen“ (Jahrgang 5/6)
21622/96	Werkstatt Weltkunde: Erstellung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Krieg und Kriegserfahrung“ (Jahrgang 7/8)
21625/96	Material- und Ideenbörse Weltkunde
23750/96 W	Einsatz von DV-Programmen im Wirtschaftsgeographieunterricht
23751/96 W	Raumstrukturen und Raumordnung in Hamburg und seinem schleswig-holsteinischen Umland
23752/96 W	Veränderungen in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern
23754/96/W	Wirtschaftsgeographische Analyse der Region Lübeck
23755/96 W	Fachdidaktik-Veranstaltung zum Themenkomplex „Energie-wirtschaft“
23950/96 W	Gemeinschaftskunde - Wirtschaft/Politik an berufsbildenden Schulen
23951/96 W	Umgang mit der Vergangenheit - Nationalsozialismus und Stalinismus
23952/96 W	Deutschland und Dänemark - Geschichte und Gegenwart
23953/96 W	Lehrplan „Wirtschaft/Politik“ - Berufsschule
23957/96 W	Europa-Seminar in Straßburg (Studienfahrt)
23958/96 W	Juden in Schleswig-Holstein - Integration, Nebeneinander, Diskriminierung, Verfolgung in Geschichte und Gegenwart
23959/96 W	Sicherheitspolitik
Gewaltprävention	
11460/96	Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Verstehen - Helfen - Handeln
Umweltfragen	
11800/96	Klimaschutz und Energiesparen in der schulischen Umwelt-erziehung
16050/96	Ökosystem Weltmeer
23753/96 W	Projektorientierte Arbeit zur Umweltthematik
23956/96.W	Umwelterziehung in der Berufsschule
Gleichstellung	
15250/96	Intercultural Learning through Literature

- 15800(3)/96 Arbeits- und Fortbildungstagung für Gleichstellungsbeauftragte und Multiplikatorinnen im IPTS-Bereich
- 15850/96 Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, Jungen und Mädchen in Familie, Beruf und Gesellschaft
- 21511/96 Mädchen und Technik
- 21620/96 Werkstatt Weltkunde: Erarbeitung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Gleichberechtigung - eine Frage der individuellen Lebensgestaltung“ (Jahrgang 9/10)
- 21800/96 Mädchen lernen, NEIN zu sagen - Mädchen lernen sich zu wehren

Medienkompetenz

- 11455/96 Wir müssen draußen bleiben?! - Neue Medien und alte Erziehung

Religion

- 11100/96 Religiöse Identität in einer multikulturellen Gesellschaft

Sekten

- 23956/96 W Scientology - eine Gefahr für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft?

Veranstaltungen im Jahre 1997

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer

- 11099/97 Eine Welt und Schule
- 11310/97 HOLOCAUST - eine Wanderausstellung
- 11502/97 Aktion „Schule ohne Rassismus“
- 12667/97 Unterrichtliche Vermittlung eines heutigen Kernproblems: Das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Völker und Nationen in der **Einen Welt**
- 15450/97 Rußland als Komponente im fächerübergreifenden (Projekt-) Unterricht
- 16001/97 Die europäische Dimension in Unterricht und Erziehung Austausch - Begegnung - Kommunikation
- 16002/97 Transformationsländer im Ostseeraum
- 16004/97 Politische Entscheidungsfelder junger Erwachsener
- 16005/97 Wirtschaftspraktikum für Lehrkräfte an Gymnasien
- 16006/97 Aktuelle Kontroversen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik: Staatsverschuldung, Steuerpolitik, Arbeitslosigkeit, ökologische Umorientierung der Marktwirtschaft
- 16008/97 Sozialer Wandel (Jugend, Schule, Familie, Gruppe)
- 16012/97 Betriebspraktikum für Lehrkräfte an Gymnasien und Gesamtschulen
- 16013/97 Fächerübergreifendes Arbeiten und Projektunterricht im Fach Wirtschaft/Politik
- 16015/97 Sozialpolitik in Europa
- 16042/97 1848 - ein denkwürdiges Jahr für 1998?
- 21400/97 Werkstatt Weltkunde: Einführung in die Arbeit im Fach Weltkunde am Beispiel einer Unterrichtseinheit zum Thema „Niemand verlässt gern seine Heimat“ (Jahrgang 5/6)

23750/97 W	Unterrichtliche Einbindung von DV-Programmen im Fach Wirtschaftsgeographie/Geographie
23751/97 W	Landwirtschaft und Umwelt
23752/97 W	Die Nordsee - Nutzung, Gefährdung und Schutz eines Lebensraumes
23753/97 W	Energie und Umwelt am Beispiel von Braunkohle und Wasserkraft
23951/97 W	Soziale Konflikte im Unterricht
23952/97 W	Berlin-Seminar (Studienfahrt)
23953/97 W	Zum Stand der europäischen Integration (Studienfahrt)
23954/97	Bioethik
23955/97 W	Mündliche Prüfungen für das Fach Gemeinschaftskunde (Fachgymnasium)
23956/97 W	Karikaturen und Comics in der politischen Bildung

Gleichstellung

12030/97	Orientierungskurs zum Aufgabenbereich Schulleitung - nur für Lehrerinnen
15850/97 und 15851/97	Frauen und/im INTERNET (2 Veranstaltungen)
21401/97	Werkstatt Weltkunde: Erstellung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Superfrau und Traummann - Rollenbilder im Wandel“
21800/97	Mädchen lernen NEIN zu sagen - Mädchen lernen sich zu wehren
21801/97	„Ich plane mein Leben“: Ein Projekt aus geschlechtsspezifischem Blickwinkel“
21802/97	Koedukation

Deutsch

14080/97	Lernen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt: Bausteine für Deutsch als Zweitsprache - Kindern Sprache geben
----------	---

Veranstaltungen im Jahre 1998¹⁾

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer

11099/98	Eine Welt und Schule
14086/98	Schule ohne Rassismus
15500/98	Die Region Schleswig/Sønderjylland in Gegenwart und Vergangenheit*)
17030/98	„Regionale Spurensuche zur Zeitgeschichte“ im Rahmen des auf 2 Jahre angelegten Projektes „Jahrhundertstory“ in Schleswig-Holstein
17033/98	Studienfahrt nach Breslau, Krakau und Auschwitz*)
17034/98	Berlin - Brennpunkt des innerdeutschen Zusammenwachsens (Studienfahrt*)
17050/98	Europa-Seminar (Studienfahrt)
17070/98	Internationale Währungsfragen
17071/98	Die Bundeswehr - Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland - ein multiperspektiver Ansatz
17072/98	Arbeit und Freizeit
17074/98	Zum Lehrplan Wirtschaft/Politik, Wirtschaft I

17075/98	Lehrplan Wirtschaft/Politik, Wirtschaft II
17078/98	Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie*)
17079/98	Sozialpolitik in Europa*)
17081/98	Betriebspraktikum für Lehrkräfte aller Schularten
17082/98	Neue Herausforderungen an Deutschlands Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik im Übergang zum 21. Jahrhundert*)
17083/98	Der Euro, eine Währung für alle - Chancen und Risiken der Währungsunion*)
17084/98	Aktuelle Entwicklungen im Wirtschafts- und Verkehrsraum Ostsee
21400/98	Werkstatt Weltkunde: Erarbeitung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Europa - das sind auch wir“ (Kernprogramm Grundwerte, 9./10. Jahrgang)
21401/98	Werkstatt Weltkunde: Erarbeitung einer Unterrichtseinheit zum Thema „Fortschritt als Motor - Fortschritt ohne Ende“ Kernproblem Strukturwandel, 9./10. Jahrgang*)
23751/98 W	Umorientierung der Verkehrsströme durch die neuen Ostseequerungen Großer Belt und Öresund
23753/98 W	Landwirtschaft und Umwelt mit aktuellem Schwerpunkt
23754/98 W	Wirtschaftsgeographische Raumuntersuchung auf Helgoland
23952/98 W	Die deutsch-französische Zusammenarbeit - eine wesentliche Grundlage der Europäischen Union
23956/98 W	Nationalsozialismus: Ärzte im Dritten Reich - die Ideologie der „Rassenhygiene“ und ihre Auswirkungen
23961/98 W	Zum Stand der Inneren Einheit (Studienfahrt*)
Gleichstellung	
15860/98	Frauen und/im INTERNET
21800/98	BLK-Modellversuch „Lübecker Netzwerk zur Berufsorientierung“
Religion	
11102/98	„Endzeitsekten“ *)
Medienkompetenz	
23951/98 W	Private Medienanbieter in Schleswig-Holstein

¹⁾ Stand: 25. Sept. 1998; Veranstaltungen, die noch bevorstehen, sind mit einem * gekennzeichnet

Anlg. 2

Düvelsbeker Weg 12
24105 Kiel
Telefon 0431/ 30774
Telefax 0431/ 334093

B I L A N Z 1 9 9 7

der

Landeszentrale für

Politische Bildung

Schleswig-Holstein

Die Schwerpunkte unserer Arbeit lagen 1997 bei folgenden Themenfeldern:

- Historisch-politisches Selbstverständnis Deutschlands
- Kooperation im Ostseeraum
- Deutsch-polnische Nachbarschaft
- Europapolitik

Daneben wurde eine Vielzahl von Einzelthemen aus unterschiedlichen Politikfeldern in Form von Vorträgen, Seminaren, Foren und Studienfahrten behandelt.

Die folgende Übersicht listet die politischen Bildungsveranstaltungen der Landeszentrale in chronologischer Reihenfolge auf und gibt die verantwortlichen und beteiligten Mitarbeiter/innen der Landeszentrale in Kurzform an.

- LZ 1 - Dr. Karl-Heinz Harbeck
- LZ 110 - Dr. Karl-Friedrich Nonnenbroich
- LZ 100 - Waltraut Siebke
- LZ 130 - Dr. Rüdiger Wenzel
- LZ 140 - Dr. Klaus Kellmann

Politische Publikationen wurden 1997 abgegeben an

- 2.100 interessierte Bürgerinnen und Bürger bei Erhebung einer Bearbeitungsgebühr
- 7.500 interessierte Bürgerinnen und Bürger kostenlos (Broschüren der Bundeszentrale und der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein)

9. - 20. Januar

Leitung des Seminars "Im Schatten der Großmächte. Die Baltischen Staaten auf dem Weg in die Freiheit." mit deutschen und amerikanischen Studenten in Litauen. (35 TN) - LZ 110 und LZ 130

21. Januar

Leitung des Forums "Politische Bildung in Schleswig-Holstein - Quo vadis?" im Kieler Landtag (60 TN) - LZ 1

21. Januar

Vortrag vor Offizieren des Marineabschnittskommandos Kiel zum Thema "Die Nato-Osterweiterung". (72 TN) - LZ 110

22. Januar

Vortrag vor litauischen Bürgermeistern und Pädagogen anlässlich eines Empfanges der Gemeinde Trappenkamp (50 TN) - LZ 1

23. Januar

Leitung der Podiumsdiskussion in der HEA zum Thema "Frieden und Sicherheit für Israel und Palästina" (200 TN) - LZ 100

25./26. Januar

Leitung des Wochenendseminars "Politik Persönlich" in der Jugendherberge Bad Segeberg. (22 TN) - LZ 100

12. Februar

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Kazimierz Smolen, Auschwitz "Erinnerungen des Häftlings 1327" im Kieler Schloß (100 TN) - LZ 1

12. Februar

Vortrag "Die Baltischen Staaten und die europäische Sicherheitspolitik" beim Marineabschnittskommando Ostsee (80 TN) - LZ 110

18. Februar

Leitung des Forums Geschichte "Regionalgeschichte heute: das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945" im Kieler Schloß (110 TN) - LZ 1

18. Februar

Vortrag "Was hält unsere Gesellschaft eigentlich noch zusammen?" auf der Jahrestagung des Landfrauenverbandes Schleswig-Holstein in der Akademie Sankelmark (100 TN) - LZ 140

26. Februar

Vorbereitungstagung für die Israel-Studienfahrt in Bordesholm (22 TN) - LZ 1 und LZ 100

27. Februar

Vortrag "Das Sozialpapier der christlichen Kirchen" beim katholischen Bildungswerk in Kiel (47 TN) - LZ 110

28. Februar - 1. März

Leitung des Seminars "Wege aus der Gewalt" in Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung und der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (20 TN) - LZ 140

3. März

Jubliäumsempfang der Landeszentrale in der "Forstbauschule" (140 TN) - LZ 1, LZ 110, LZ 130

4. März

Leitung der Konzertveranstaltung mit Jacov Magid "Jiddische Lieder und Musik" in der Nikolai-Kirche in Kappeln (75 TN) - LZ 130

4./5. März

Teilnahme an der Leiterkonferenz der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung in Berlin (18 TN) - LZ 1

5. März

Leitung der Konzertveranstaltung mit Jacov Magid "Jiddische Lieder und Musik" im Max-Samuel-Haus in Rostock (48 TN) - LZ 130

6. März

Leitung der Konzertveranstaltung "Klezmer und Jiddische Musik" mit Jacov Magid in der Lutherkirche in Kiel (30 TN) - LZ 140

7. März

Leitung der Konzertveranstaltung mit Jacov Magid "Jiddische Lieder und Musik" in der Hauptschule Leck (110 TN) - LZ 130

7 März

Leitung der Konzertveranstaltung mit Jacov Magid "Jiddische Lieder und Musik" abends in der Europäischen Akademie Leck (48 TN) - LZ 130

8. März

Leitung der Konzertveranstaltung mit Jacov Magid "Jiddische Lieder und Musik" in der evangelischen Akademie Bad Segeberg (58 TN) - LZ 110

12. März

Leitung des Forums Geschichte "Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein" und Vortrag "Politischer Bewußtseinswandel in Westdeutschland von 1945 - 1969" im Kieler Schloß (100 TN) - LZ 1

14. - 28. März

Leitung der Israel-Studienfahrt "Israel und der Nahostkonflikt" (24 TN) - LZ 100

18. März

Leitung des Medienseminars "Vor laufender Kamera" in Zusammenarbeit mit den Offenen Kanal Kiel für Mitarbeiter von Verwaltungen und Gebietskörperschaften (9 TN) - LZ 110

19. - 21. März

Teilnahme an der Publikationskonferenz der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung in Leipzig (30 TN) - LZ 140

24. März

Leitung des Medienseminars "Vor laufender Kamera" für leitende Mitarbeiter und Pressesprecher der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Offenen Kanal Kiel (8 TN) - LZ 110

25. März

Leitung des Medienseminars "Vor laufender Kamera" für leitende Mitarbeiter und Pressesprecher der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Offenen Kanal Kiel (8 TN) - LZ 110

8. April

Informationsprogramm für eine litauische Politiker-Gruppe in Kiel (25 TN) - LZ 1

9. April

Informationsprogramm für eine polnische Germanisten-Gruppe aus Kattowitz in Kiel (15 TN) - LZ 1

9. April

Moderation der Podiumsdiskussion zwischen Innenminister Wienholtz und dem Vorsitzenden des GdP-Bezirks Kiel, Doose, in Kiel (180 TN) - LZ 130

12. April

Einführung in die "Geschichte und Praxis der EU" vor Schülerinnen und Schülern der Ratzeburger Gelehrtenschule in Seedorf (25 TN) - LZ 130

15. April

Festveranstaltung des Deutschen Frauenrings Rendsburg zum 50-jährigen Bestehen (120 TN) - LZ 1

17. April

Vortrag vor dem Fortbildungsseminar des IPTS für WiPo-Lehrer/innen "Zentrale Probleme politischer Bildungsarbeit heute" in der Bildungsstätte Tannenfelde (35 TN) - LZ 140

21. April

Vortrag vor amerikanischen Geschichtslehrern in Kiel (25 TN) - LZ 1

21. April

Leitung des Seminars "Zerbricht Zaire?" im Centre Culturel Francais de Kiel (45 TN) - LZ 140

22. April

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Gerhard A. Ritter "Von der Diktatur zur Demokratie: Kontinuität und Wandel in Staat und Gesellschaft in Deutschland nach 1945 und nach 1989/90" (40 TN) - LZ 1

23. April

Festveranstaltung der deutsch-polnischen Gesellschaft Kiel zum 25-jährigen Bestehen mit Vortrag von Janusz Tycner, Warschau (100 TN) - LZ 1

24. April

Festveranstaltung des Deutschen Frauenrings Kiel zum 50-jährigen Bestehen (TN 100) - LZ 1

24. April

Leitung der Lesung und anschließende Diskussion mit den tschechischen Schriftstellern Ota Filip und Ludvik Vaculik (TN 50) - LZ 1

29. April

Vortrag "Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß in der Sackgasse" vor Mitgliedern der AWO Neumünster (25 TN) - LZ 1

30. April

Leitung des Vorbereitungsseminars mit dem Landesfrauenrat "Litauen - Land am Bernsteinmeer: politisch, sozial kulturell." in der Landeszentrale (14 TN) - LZ 110

6. Mai

Leitung des Forums Politik "Deutsche und Polen kommen sich näher - Partnerschaften von Städten, Regionen, Hochschulen und Schulen" im Schleswig-Holstein-Saal des Schleswig-Holsteinischen Landtages (75 TN) - LZ 1

6. Mai

Leitung der Arbeitsgruppe "Kommunale Partnerschaften" innerhalb des Forums Politik "Deutsche und Polen kommen sich näher - Partnerschaften von Städten, Regionen, Hochschulen und Schulen" im Schleswig-Holsteinischen Landtag (32 TN) - LZ 110

13. Mai

Leitung des Forums Geschichte "Vergleichen, ohne gleichzusetzen" - Eine Analyse der SED- und der NS-Diktatur - im Kieler Schloß (140 TN) - LZ 140

13. Mai

Vortrag in der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern, Waren: "Einführung in die deutsch-baltische Geschichte" (38 TN) - LZ 110

13. - 15. Mai

5. Frauen-Nord-Forum "Vater Staat und seine ungleichen Töchter" in Magdeburg, Kooperation aller norddeutschen Landeszentralen (170 TN) - LZ 100

14. Mai

Vortrag in der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern,
Waren: "Auf dem Wege nach Europa: Die Baltischen Staaten
heute" (38 TN) - LZ 110

23. - 25. Mai

Leitung des Wochenendseminars in Mözen "Geht der
Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?" mit Mitgliedern der
Lions-Clubs Neumünster-Holsten und Herning (Dänemark)
(25 TN) - LZ 1

27. Mai

Leitung des Seminars "Wählen mit 16?" in Zusammenarbeit mit
dem Landesjugendring im Landtag mit Politikern/innen aller
Fraktionen (30 TN) - LZ 140

28. Mai

Leitung der Tagung "Frauenpolitik am Ende?" in
Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenring im Foyer
des Kieler Schlosses (80 TN) - LZ 100

30. Mai

Vortrag vor Referendaren/innen der Fächerkombination
Wirtschaft/Politik im IPTS "Schaffen sie den Anschluß? -
Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme
der neuen Bundesländer" (20 TN) - LZ 140

2. - 9. Juni

Leitung der Studienexkursion in Zusammenarbeit mit dem
Landesfrauenrat Schleswig-Holstein "Litauen - Land am
Bernsteinmeer - politisch, sozial, kulturell" (17 TN) -
LZ 110

3. Juni

Leitung des Seminars "Politische Bildung für Spätaussiedler"
in Zusammenarbeit mit dem Diakonieverein Migration in
Pinneberg (22 TN) - LZ 140

4. Juni

Leitung des Vorbereitungsseminars für die Studienreise vom 12. - 21. Juli 1997 nach Polen in Neumünster (20 TN) - LZ 1

10. Juni

Vortrag vor Offizieren der Bundeswehr über "Rechtsradikalismus in Deutschland und Europa" (20 TN) - LZ 140

11. - 13. Juni

Leitung des Landtagsseminars für Schülersprecher aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern in Kiel (30 TN) - LZ 130

13. - 15. Juni

Leitung des Wochenendseminars "Die Baltischen Staaten und die NATO" in der Herrmann-Ehlers-Akademie in Kiel (59 TN) - LZ 110

15. - 18 Juni

Leitung der Studienfahrt der baltischen Teilnehmer am Wochenendseminar "Die Baltischen Staaten und die NATO" nach Mons und Brüssel (23 TN) - LZ 130

16. Juni

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Schönhoven "Grundlagen des Sozialstaats" in Kiel (28 TN) - LZ 110

17. Juni

Vortrag "Das neue soziale Gefüge Deutschlands" beim Katholischen Bildungswerk in St. Peter-Ording (38 TN) - LZ 110

23. Juni

Nachbereitung der Teilnehmer am Europa-NATO-Seminar für Schülersprecher in Kiel (25 TN) - LZ 130

1. - 31. Juli

Leitung des Medienseminars "Fischauge '97 - Jugend und Politik auf dem Dorf" in Zusammenarbeit mit dem Offenen Kanal Kiel in vier Dörfern des Kreises Nordfriesland (120 TN) - LZ 140

8. Juli

Leitung des Vorbereitungsseminars "Israel" für Mitglieder der Jungen Presse in Norderstedt (10 TN) - LZ 1

9. Juli

Informationsseminar zur gegenwärtigen politischen Situation der Bundesrepublik Deutschland für ausländische Germanistik-Studenten/- innen des Goethe-Instituts in Lübeck (20 TN) - LZ 1

12. - 21. Juli

Leitung der politischen Studienreise nach Polen (23 TN) - LZ 1

1. August

Nachbereitungsseminar der Studienreise "Litauen - Land am Bernsteinmeer, politisch, sozial, kulturell" in Kiel (16 TN) - LZ 110

4. August

"Wege aus der Arbeitslosigkeit - Das Sozialpapier der Kirchen" - Vortrag bei einer Veranstaltung der evangelischen und katholischen Kirche St. Peter-Ording (56 TN) - LZ 110

5. August

Vortrag beim katholischen Bildungswerk in Damp "Ist die Bundesrepublik Deutschland noch ein Sozialstaat?" (31 TN) - LZ 110

6. August

Vortrag "Ist die Bundesrepublik Deutschland noch ein Sozialstaat?" beim katholischen Bildungswerk Helgoland (41 TN) - LZ 110

8. August

Vortrag "Israel heute und die Perspektiven der israelisch-arabischen Beziehungen" in Bad Segeberg (20 TN) - LZ 1

12. August

Vortrag "Ist die Bundesrepublik Deutschland noch ein Sozialstaat?" bei der katholischen und evangelischen Gemeinde Westerland (52 TN) - LZ 110

20. August

Teilnahme an der Fachkonferenz der Bundeszentrale und der Landeszentralen "Politische Bildungsarbeit zu Polen und zum deutsch-polnischen Verhältnis" in Bonn (25 TN) - LZ 1

21. August

Teilnahme an der Fachkonferenz der Bundeszentrale und der Landeszentralen "Politische Bildungsarbeit zu Israel und zum Nahost-Konflikt" in Bonn (20 TN) - LZ 1

22. - 23. August

Leitung des Begegnungsseminars "Frauen in Ost und West - gestern und heute" in Hohenschönberg (20 TN) - LZ 100

23. August

Vortrag vor dem Verband der Heimkehrer auf dem Jugendhof Scheersberg "Rußland unter Jelzin - eine neue Demokratie im Werden?" (87 TN) - LZ 110

25. August

Nachbereitung der politischen Studienfahrt nach Polen in Neumünster (20 TN) - LZ 1

3. September

Leitung des Forums "Windkraft in der Flaute?" im Kreishaus Plön (86 TN) - LZ 110

6. - 14. September

Leitung der politischen Studienfahrt mit der schleswig-holsteinischen Pädagogengruppe in die polnische Region Oppeln (25 TN) - LZ 1

9. September

Vortrag beim Ortskulturring und dem Frauenring über den "Euro" in Estram (17 TN) - LZ 130

14. September

Vortrag beim Katholischen Bildungsverband Schleswig-Holstein im Kloster Nütschau über "Der Sozialstaat Deutschland und das Sozialpapier der Kirchen" (21 TN) - LZ 110

15. September

Vortrag beim Katholischen Bildungswerk Schleswig-Holstein im Kloster Nütschau über "Der Sozialstaat Deutschland und das Sozialpapier der Kirchen" (21 TN) - LZ 110

16. September

Leitung des Seminars "Politische Bildung mit Spätaussiedlern" in Zusammenarbeit mit dem Diakonieverein Migration in Pinneberg (20 TN) - LZ 140

22. September

Moderation des Vortragsabends mit Dr. Rolands Lappuke, Außenministerium der Republik Lettland "Die Erwartungen Lettlands an die Osterweiterung der EU". (35 TN) - LZ 110

22. - 24. September

Leitung eines Landtagsseminars für Schülersprecher in Schwerin (32 TN) - LZ 130

25. September

Vortrag über den "Euro" vor Offizieren und Unteroffizieren des Marinefliegergeschwaders in Holtenau (120 TN) - LZ 130

29. September - 1. Oktober

Leitung des Seminars "Die Mauer im Kopf" in Zusammenarbeit mit der Akademie für Wirtschaft, Politik und Kultur in Grevesmühlen mit Seniorinnen und Senioren aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (30 TN) - LZ 140

1. - 2. Oktober

Teilnahme an der Publikationskonferenz aller Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung in Essen (30 TN) - LZ 140

2. - 5. Oktober

Vortrag über "Streitkultur und Moderation von politischen Debatten" im Rahmen eines Seminars für litauische Abgeordnete in Vilnius (30 TN) - LZ 130

19. Oktober

Eröffnung der Ausstellung "Polnische Plakatkunst" im Preetzer Kunstverein (40 TN) - LZ 1

21. Oktober

"Vor laufender Kamera" Seminarleitung im Offenen Kanal Kiel für leitende Mitarbeiter der Landesregierung (8 TN) - LZ 110

22. Oktober

Vortragsveranstaltung mit Prof. Ole Harck über "Jüdische Kultur in Schleswig-Holstein" in Kiel (65 TN) - LZ 130

27. Oktober

Vortrag "Nachbar Polen" im Rahmen der Polen-Projektwoche an der Kreisberufsschule Preetz (50 TN) - LZ 1

27. Oktober

"10 Jahre Städtepartnerschaft Hansestadt Lübeck - Wismar".
Veranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern in Wismar (95 TN) - LZ 130

28. Oktober

Vortrag "Die deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte
und Gegenwart" im Rahmen der Polen-Projektwoche an der
Kreisberufsschule Preetz (60 TN) - LZ 1

28. Oktober

Leitung der luncheon-discussion mit Prof. Lesiuk "Die
deutsch-polnischen Beziehungen der Gegenwart am Beispiel der
Region Oberschlesien" in der HEA, Kiel (25 TN) - LZ 1

29. Oktober

Nachbereitung der politischen Studienfahrt in die polnische
Region Oppeln in Neumünster (22 TN) - LZ 1

31. Oktober

Vortrag vor dem Landesseniorenrat Schleswig-Holstein "Die
deutsche und die europäische Einigung - ein Mißverhältnis?"
in der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel (50 TN) - LZ 140

31. Oktober - 2. November

Leitung der Tagung "Miteinander leben in Schleswig-Holstein
- Minderheiten und Diskriminierung" in der Akademie
Sankelmark (35 TN) - LZ 100

3. November

Teilnahme am Colloquium des Schleswig-Holsteinischen
Instituts für Friedenswissenschaften mit Prof. Dr. Ozolins,
Riga, über die EU-Osterweiterung (56 TN) - LZ 110

3. November

Vortrag beim Verband der Heimkehrer in Fockbek "Rußland und
die NATO-Osterweiterung" (116 TN) - LZ 110

3. - 6. November

Leitung eines Europa-NATO-Seminars für Schulleiter in Brüssel und Mons (35 TN) - LZ 130

5. November

Vortrag in der Europäischen Akademie in Leck "Neue Perspektiven der Ostseekooperation" (34 TN) - LZ 110

6. November

Vortrag "Zur Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit" vor Pädagogen/innen, die im deutsch-polnischen Schüleraustausch aktiv sind in Owschlag (20 TN) - LZ 1

6. November

Leitung des Forums "Schleswig-Holstein, die Baltischen Staaten und die Perspektiven der Ostseekooperation" im Kieler Schloß (96 TN) - LZ 110

10. November

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Senatorin Prof. Dorota Simonides über "Die große Flut - Ausmaß, Folgen und Konsequenzen der Hochwasserkatastrophe in Polen" in Schleswig (30 TN) - LZ 1

11. November

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Senatorin Prof. Dorota Simonides über "Demokratischer Wechsel in Polen - Die politische Situation nach den letzten Sejm- und Senatswahlen" in Kiel (40 TN) - LZ 1

11. November

Leitung eines Extremismus-Seminars mit Bundeswehroffizieren in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale Hamburg im Hamburger Rathaus (32 TN) - LZ 140

12. November

Einführung der Vortragsveranstaltung mit Senatorin Prof. Dr. Dorota Simonides "Die große Flut - Ausmaß, Folgen und Konsequenzen der Hochwasserkatastrophe in Polen" in Bad Segeberg (25 TN) - LZ 1

12. November

Vortrag von Dr. Bettina Goldberg über "Jüdische Emigranten aus Schleswig-Holstein" in Kiel (25 TN) - LZ 130

13. November

Jubiläumsveranstaltung "50 Jahre Deutscher Frauenring in Schleswig-Holstein" im Kieler Schloß (180 TN) - LZ 1

15. November

Vortrag in der Akademie Sankelmark: "Siegerist und die Seinen. Wege zur Macht in den Baltischen Staaten" (32 TN) - LZ 110

16. - 19. November

"Auf den eigenen Spuren" Seminar für Multiplikatoren aus schleswig-holsteinischen und mecklenburger Seniorenverbänden in Bonn (30 TN) - LZ 130

17. November

Leitung der Fachtagung "Moderne Verwaltung - Frauenfreundliche Verwaltung?" im Kulturviertel des Sophienhofs in Kiel (115 TN) - LZ 100

19. November

Leitung der Vortragsveranstaltung mit Prof. Richter über "Außenpolitische Probleme Griechenlands" in Kiel (90 TN) - LZ 130

19. November

Teilnahme mit Kurzreferat in der Podiumsdiskussion über den Euro vor Mitgliedern der Europa-Union Deutschland in Trappenkamp (30 TN) - LZ 130

21. November

Vorbereitungsseminar mit Offizieren des LTG 63 für die geplante Studienreise nach Litauen (57 TN) - LZ 110

23. - 28. November

Leitung eines Berlin-Seminars in Berlin mit Lehrer/innen aller Schularten (20 TN) - LZ 140

24. November

Teilnahme an der Tagung "Frauen in die Politik - Einflußnahme durch Qualifizierung" sowie Teilnahme an der Podiumsdiskussion "Frauenpower im politischen Alltag" in Magdeburg (100 TN) - LZ 100

24. November

Vortrag "Die Zukunft des Ehrenamtes in Deutschland" bei der Katholischen Militärseelsorge in der Katholischen Akademien Hamburg (78 TN) - LZ 110

24. - 25. November

Teilnahme an der Leiterkonferenz der Bundeszentrale und der Landeszentralen in Brühl/Bonn (18 TN) - LZ 1

27. November

Vortrag in Olpenitz vor Offizieren und Mannschaften des Minensuchgeschwaders "Israel und der Nahost-Konflikt - Analyse und Perspektiven" (200 TN) - LZ 1

27. November

Forum "Die Baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union" der Universität Bonn (217 TN) - LZ 110

2. Dezember

Vortrag "Wie funktioniert unser parlamentarisches System?"
auf dem Seminar "Veränderungen in Umwelt und Umfeld" in der
Akademie Sankelmark (32 TN) - LZ 140

3. Dezember

Podiumsdiskussion "Karl-Dietrich Erdmann - ein deutsches
Historiker-Schicksal" in Zusammenarbeit mit der
Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel (250 TN) - LZ 1

4. Dezember

Vortrag "Deutschland in der Krise" in der Volkshochschule
Trappenkamp (20 TN) - LZ 1

8. Dezember

Vortrag vor Referendaren der Fächerkombination
Wirtschaft/Politik im IPTS-Seminar über "Die Entwicklung der
EU" und den "Euro" in Neumünster (22 TN) - LZ 130

